

Preussische Allgemeine



Nr. 50 · 11. Dezember 2020

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,90 €



Vorsicht, Entmündigung!

Wie uns große liberale Denker daran erinnern, dem Staat gerade dann zu misstrauen, wenn er als sorgende Wohlfahrtsgemeinschaft auftritt **Seite 3**



Geschichte Die spanische Thronfolge vor 150 Jahren **Seite 10**



Diktatur Die DDR – ein Doppelstaat zwischen Oder und Elbe **Seite 11**

AUFGEFALLEN

Zum Ende ein versuchter Totschlag

Am Ende der Proteste ist die Gewalt im Dannenröder Forst vollends eskaliert. Ein „Aktivist“ hat ein Baumstammgerüst auf zwei Polizisten und einen bemannten Bagger stürzen lassen. Die Beamten konnten sich gerade noch retten, der Baggerfahrer blieb durch die Schutzvorrichtung seines Fahrzeugs unverletzt. Die Staatsanwaltschaft ermittelt wegen versuchten Totschlags gegen einen Mann.

Die Grünen-Politikerin Luisa Neubauer hatte sich noch kurz zuvor mit den Besetzern in dem hessischen Wald, durch den eine Schneise für die Autobahn A 49 geschlagen wird, solidarisiert. Bis Redaktionsschluss war von Neubauer kein Wort der Distanzierung von der Gewalt zu hören. Schon zu den Vorfällen vor ihrem Besuch, bei denen Beamte bespuckt und mit Exkrementen beworfen worden waren, schwieg Neubauer.

Die Besetzer und ihre Unterstützer haben stattdessen den Einsatz von Wasserwerfern kritisiert. Indes hat der Pressesprecher der Polizei wörtlich betont, dass die Wasserwerfer erst zum Einsatz gekommen seien, nachdem es zu massiver Gewalt aus den Reihen der Besetzer gekommen war. Dabei seien auch lebensgefährliche Stahlgeschosse gegen die Beamten geschleudert worden.

Ganz anders bei der Demonstration gegen die Corona-Maßnahmen in Berlin im November. Hier hatte die Polizei Wasserwerfer auch gegen vollkommen friedliche Kundgebungsteilnehmer eingesetzt. **H.H.**

POLITIK

Führungslos und abhängig von Rot-Grün

Die jüngsten Zerwürfnisse in Sachsen-Anhalt offenbaren auch die strategische Schwäche der Bundes-CDU

VON RENÉ NEHRING

Noch ist nicht abzusehen, wohin die aktuellen Verwerfungen der sachsen-anhaltischen Landespolitik am Ende führen werden. Doch schon jetzt zeichnet sich ab, dass „Magdeburg“ zu einem Menetekel für die im Land und im Bund regierende CDU werden könnte.

Am vergangenen Freitag entließ Ministerpräsident Reiner Haseloff den Innenminister und bisherigen Landesvorsitzenden seiner Partei, Holger Stahlknecht. Vorausgegangen war ein Streit um die Haltung der Landes-CDU zum Rundfunkstaatsvertrag und zur damit verbundenen Erhöhung der Rundfunkbeiträge (siehe auch Seite 4). Während die Regierungspartner SPD und Grüne – entgegen dem Koalitionsvertrag, der eine Beitragsstabilität vorsieht – für den Staatsvertrag stimmten wollten, war die Mehrheit der Union strikt dagegen. Hinzu kam, dass auch die AfD gegen den Staatsvertrag ist – und somit die Möglichkeit im Raum stand, dass die Union mit der Oppositionspartei abstimmen würde.

Haseloff versuchte lange, zwischen den verhärteten Fronten zu vermitteln. Dass Stahlknecht am Freitag in einem Interview mit der „Volksstimme“ auf die Frage, wie seine Partei reagieren würde, wenn SPD und Grüne über den Streit um die Gebührenerhöhung die gemeinsame

Koalition beendeten, unabgestimmt erklärte, „dann käme es zu einer CDU-Minderheitsregierung“, wertete der Regierungschef als Vertrauensbruch – und entließ seinen Innenminister.

Am Dienstag dann erklärte Haseloff, dass er den Staatsvertrag nicht dem Landtag zur Abstimmung vorlegen werde – und sorgte somit für eine vorläufige Beruhigung des Konflikts. Zumindest des Konflikts mit den rot-grünen Koalitionspartnern. Die Verwerfungen innerhalb seiner eigenen Partei dürften bleiben.

Symbolhaft für den Bund

In der vielfältiger gewordenen Parteienlandschaft der letzten Jahre war die Strategie der CDU darauf ausgelegt, flexibel mit möglichst vielen Partnern (außer AfD und Linkspartei) Koalitionen bilden zu können. Dafür wurden nach und nach jahrzehntelange Grundsätze wie das Bekenntnis zur Sozialen Marktwirtschaft (an deren Stelle – siehe die Energiewende – eine gelenkte Staatswirtschaft trat), das klassische Familienbild, die Wehrpflicht und die defensive Haltung in der Einwanderungspolitik abgeräumt.

In einer Zeit, in der die weltanschaulichen Prägungen an gesellschaftlicher Bindekraft verloren haben, ging dieses Konzept – insbesondere im Vergleich zur SPD, die weiter an alten Ideologien festhielt – lange Zeit auf. Vor allem im Bund kann gegen CDU und CSU faktisch keine

Regierung gebildet werden. Sachsen-Anhalt zeigt nun jedoch die Grenzen dieser Strategie. Da es kaum noch zu Mehrheiten mit der FDP reicht, und da jedwede Zusammenarbeit mit der AfD ausgeschlossen ist, ist die Union entweder Rot oder Grün oder beiden faktisch ausgeliefert.

Sachsen-Anhalt zeigt jedoch auch, dass zumindest in den Reihen der Hinterbänkler die von der Führung in Bund und Landesverbänden verkündete Abgrenzung zur AfD aufweicht. Zumindest sind viele Abgeordnete nicht mehr gewillt, Positionen nur deshalb abzulehnen, weil auch die AfD dafür stimmt.

Nicht zuletzt offenbaren die Vorgänge in Magdeburg die aktuelle bundespolitische Führungslosigkeit der Union. Wie in Thüringen im Frühjahr sah die Parteivorsitzende Annegret Kramp-Karrenbauer auch diesmal schweigend zu, wie ein lokaler Konflikt nicht nur eine eigene Landesregierung zerreißt, sondern auch die Bundespartei zu beschädigen droht. Nun rächt es sich, dass „AKK“ noch immer im Amt und auch der inhaltliche Kurs der Partei ungeklärt ist. Diese Führungsschwäche nimmt die Union mit in das „Superwahljahr 2021“, in dem nicht nur im Bund und in Sachsen-Anhalt Wahlen anstehen, sondern auch in Baden-Württemberg, Hessen, Rheinland-Pfalz, Thüringen, Berlin und Mecklenburg-Vorpommern. Angesichts der ungelösten Führungsfrage droht der Union dann ein böses Erwachen.

IN DIESER AUSGABE

Politik

Weitgehend unbemerkt mausert sich Russland vom Importeur zum Exporteur **Seite 7**

Kultur

Das Berliner Humboldt-Forum öffnet mit einem digitalen Rundgang **Seite 9**

Das Ostpreußenblatt

Ein Neubau in Königsberg orientiert sich am historischen Stadtbild **Seite 13**

Lebensstil

Lieder zum Fest – neue Tonträger auf dem Musikmarkt **Seite 21**



Lesen Sie die PAZ auch auf unserer Webseite **paz.de**



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

PCR-Tests Ein auf Coronaviren positiv Getesteter ist noch lange nicht infektiös. Entscheidend ist der Zyklusschwellenwert, die Zahl der Durchläufe, die nötig waren, um ein positives Ergebnis zu erhalten

„Diagnostischer Goldstandard“?

Wie aussagekräftig die Tests auf der Basis der Polymerase-Kettenreaktion wirklich sind

VON WOLFGANG KAUFMANN

Testen sei ein essentieller Bestandteil der Corona-Bekämpfung, betont das Robert-Koch-Institut (RKI) immer wieder. Nur so lasse sich die Pandemie-Lage hierzulande schnell und präzise erfassen. Und die politischen Entscheidungsträger teilen diese Ansicht in aller Regel. Doch wie zuverlässig sind die am meisten verwendeten Tests – fischen sie tatsächlich die Infizierten heraus?

Als „diagnostischer Goldstandard“ gilt der PCR-Test, der auf dem Prinzip der Polymerase-Kettenreaktion (Polymerase Chain Reaction) basiert. Dieser zeigt an, ob in der Nasen- oder Rachenschleimhaut eines Probanden Erbgut (RNA) des Corona-Erregers vorhanden ist, indem er nach zwei oder drei spezifischen Abschnitten des SARS-CoV-2-Genoms sucht. Es geht also keineswegs um den Nachweis der Existenz kompletter oder intakter und somit dann auch schädlicher Viren.

Nicht per se unzuverlässig

Zudem reagieren die Labormessgeräte im Falle der PCR-Tests erst beim Vorhandensein einer bestimmten Mindestmenge an Erbmateriale. Deshalb müssen die in der Probe möglicherweise vorhandenen Spuren der Gensequenzen des Virus künstlich amplifiziert, also vervielfältigt werden – und zwar auf höchst drastische Weise. Das heißt konkret, dass man die Zahl der ursprünglich vorhandenen Bruchstücke der viralen RNA im ersten Durchgang der Amplifikation verdoppelt, im zweiten vervierfacht und so weiter, bis dann schließlich so viele RNA-Segmente vorliegen, dass die Geräte endlich etwas anzeigen. Bei 30 Vermehrungsrunden werden aus zehn Viren-Resten in einem Abstrich 10,7 Milliarden und nach 40 Runden kommt man dann schon auf unglaubliche fast elf Billionen.

Wie viele Durchläufe letztlich nötig waren, um auf Corona-Spuren zu stoßen, besagt der Zyklusschwellen- oder Ct-Wert. Je niedriger dieser ausfällt, umso größer ist die Virenlast im Organismus der Testperson. Somit verrät erst der Ct-Wert, ob ein positiv Getesteter tatsächlich infektiös sein könnte oder nur winzige Mengen von inaktiven Bruchstücken des Virus-Erbmaterials in sich trägt.



PCR-Test: Entnahme einer Probe aus dem Mund

Foto: pa

Bei Corona-Kranken mit Symptomen liegen die Ct-Werte oftmals unter 15. Die Testlabore geben sich jedoch keineswegs mit derart wenigen Durchläufen zufrieden. Vielmehr verfährt man dort nach der Devise: „Wer sucht, der findet auch.“ Die Zahl der üblichen Amplifikationszyklen beträgt zumeist zwischen 37 und 40, obwohl kanadische Forscher inzwischen herausgefunden haben, dass sich ab einem Ct-Wert von 24 keine viralen Zellkulturen aus dem Probenmaterial mehr herauszuchten lassen und somit auch keine Infektionsgefahr besteht.

Deshalb plädieren Fachleute wie der Epidemiologe Michael Mina von der Harvard University und die Virologin Juliet Morrison von der University of California nun dafür, „vernünftige“ Ct-Grenzwerte von 30 oder weniger festzusetzen. Hätten diese von Anfang an gegolten, dann wäre die Quote der „positiven“ Corona-Tests

um die 70 bis 97 Prozent niedriger ausgefallen.

Unsachgemäß verwendet

Der PCR-Test ist also nicht per se unzuverlässig, sondern ein überempfindliches Instrument in den Händen von zu ambitionierten Anwendern. Das erkennen inzwischen sogar das Robert-Koch-Institut und der Entwickler des ersten SARS-CoV-2-PCR-Tests Christian Drosten an. Das RKI sieht die absolute Obergrenze für die potentielle Infektiosität von Getesteten nun bei Ct-Werten von 31 bis 34. Und Drosten meinte im September, er würde es auf jeden Fall begrüßen, wenn man einen verbindlichen Zyklusschwellen-Grenzwert festlegt.

Praktische Konsequenzen hatte das bislang aber keine. Das könnte sich jedoch bald ändern, wenn das Beispiel des Lissabonner Berufungsgerichtes Schule macht.

Dieses entschied am 11. November im Falle eines Portugiesen, der gegen seinen Quarantänebescheid vorgegangen war, dass jener nicht hätte erlassen werden dürfen. In der Urteilsbegründung hieß es, dass im Falle des an dem Kläger durchgeführten PCR-Tests mit „einer Zyklusschwelle von 35 oder höher die Wahrscheinlichkeit einer Infektion weniger als drei Prozent beträgt.“ Oder andersherum ausgedrückt: „Die Wahrscheinlichkeit, dass eine Person ein falsches Positiv erhält, liegt bei 97 Prozent oder höher.“

Sollte diese von Wissenschaftlern wie Mina und Morrison stammende Erkenntnis zu einer allgemeinen Änderung der Teststrategie führen, würde der wichtigste argumentative Stützpfiler wegbrechen, auf dem die Corona-Maßnahmen der Regierung Merkel seit Beginn der Pandemie beruhen. Und das gäbe dann wohl ein politisches Erdbeben sondergleichen.

ALTERNATIVEN

„Wie im Wilden Westen“

Glaubt man Bundeskanzlerin Angela Merkel, sind viele Dinge „alternativlos“. Die umstrittenen PCR-Tests zum Nachweis von SARS-CoV-2 gehören aber definitiv nicht dazu. Ob jemand von diesem Virus befallen ist, lässt sich auch anders feststellen. So zum Beispiel mit Hilfe von Antigen-Tests. Die erfassen Eiweißfragmente des Erregers – hier geht es also um Proteine statt um Erbmateriale. Der große Vorteil dieser Tests ist deren leichte Handhabung in Verbindung mit Schnelligkeit analog einem Schwangerschaftstest, der allerdings mit Nachteilen erkauft wird.

Während die PCR-Tests hypersensibel sind, reagieren die Antigen-Tests eher träge, sodass ein negatives Ergebnis nicht unbedingt Virenfreiheit bedeuten muss. Dazu kommt die geringere Zielgenauigkeit. Auch harmlose Viren aus der Corona-Familie können die Tests positiv ausfallen lassen. Trotzdem eignen sie sich sehr gut zur umgehenden Identifizierung von Personen mit einer hohen Viruslast, den sogenannten Superspreadern.

Ansonsten gibt es auch noch Antikörper-Tests. Sie zeigen an, ob das Immunsystem des Probanden bereits im Kontakt mit dem SARS-CoV-2-Erreger gestanden hat. Jedoch sagt ein Treffer hier nichts darüber aus, wie ansteckend der Getestete aktuell ist, weil sich die Antikörper erst nach einer gewissen Zeit bilden. In der ersten Woche nach dem Auftreten von Symptomen ist das bei gerade 30 Prozent der Infizierten der Fall, und selbst drei Wochen nach dem Krankheitsausbruch besitzen manche noch keine nachweisbaren Antikörper. Zudem besteht die gleiche Gefahr wie bei den Antigen-Tests. Manchmal lösen auch andere Corona-Viren als SARS-CoV-2 Reaktionen aus.

Ansonsten basteln Experten zurzeit noch an neuartigen Testverfahren, mit denen sich Massentests künftig ebenso schnell wie sicher durchführen lassen sollen. Nach Ansicht von Beobachtern der Szenerie herrscht auf dem Gebiet gerade Aufbruchstimmung „wie im Wilden Westen“. W.K.

GESCHICHTE

Kritik aus berufenem Munde

Wie sich Christian Drosten und der Entdecker des Prinzips der Polymerase-Kettenreaktion zu PCR-Tests geäußert haben

Obwohl die Arbeitsgruppe um Christian Drosten den weltweit ersten PCR-Test zum Nachweis des SARS-CoV-2-Virus entwickelt hat, ist der Virologe von der Berliner Charité nicht – wie man bisweilen lesen kann – der Entdecker des zugrunde liegenden Prinzips der Polymerase-Kettenreaktion (PCR). Dieses Verdienst kommt dem US-Biochemiker Kary Mullis zu, der dafür 1993 den Nobelpreis für Chemie erhielt. Drosten war damals noch Medizinstudent und promovierte erst zehn Jahre später in Frankfurt am Main mit einer Dissertation zum Thema „Etablierung eines Hochdurchsatz-PCR-Testsystems für Immundefizienz-Viren und Hepatitis-B-Virus zur Blutspender-

testung“. Anschließend erforschte der Virologe dann die beiden Corona-Erreger SARS-CoV(-1) und MERS-CoV.

Im Falle des ersten Virus, zu dessen Mitentdeckern er zählt, entwickelte Drosten wie dann später auch bei SARS-CoV-2 den allerersten klinischen Test zu dessen Nachweis. Und im Falle des Verursachers von MERS zeichnete er verantwortlich für den heute weltweit verwendeten Standardtest zur Erkennung dieses Erregers. Das macht ihn zu einem unbestrittenen Experten auf dem Gebiet der PCR-Tests zum Aufspüren von Corona-Viren.

Umso bemerkenswerter sind seine Äußerungen vom 16. Mai 2014 in einem Interview mit der „WirtschaftsWoche“.

Damals ging es um die PCR-Tests zur MERS-Diagnostik in Saudi-Arabien. Hierzu meinte Drosten: „Die Methode ist so empfindlich, dass sie ein einzelnes Erbmolekül dieses Virus nachweisen kann. Wenn ein solcher Erreger zum Beispiel bei einer Krankenschwester mal eben einen Tag lang über die Nasenschleimhaut huscht, ohne dass sie erkrankt oder sonst irgendetwas davon bemerkt, dann ist sie plötzlich ein MERS-Fall. Wo zuvor Todkranke gemeldet wurden, sind nun plötzlich milde Fälle und Menschen, die eigentlich kerngesund sind, in der Meldestatistik enthalten ... Dazu kommt, dass die Medien vor Ort die Sache unglaublich hochgekocht haben.“

„Mit PCR – wenn man es gut macht – kann man fast alles in jedem finden“

Kary Mullis

US-amerikanischer Biochemiker und Nobelpreisträger für die Entwicklung der PCR

Und ganz genauso skeptisch war auch Mullis, was die Verwendung seiner Entdeckung in der Medizin betraf: „Mit PCR – wenn man es gut macht – kann man fast alles in jedem finden ... Das kann man als einen Missbrauch ansehen: zu behaupten, dass es bedeutungsvoll ist... Eine winzige Menge von irgendetwas zu nehmen, sie messbar zu machen und es dann so darzustellen, als ob es wichtig wäre ... Der Test sagt nicht aus, ob man krank ist, oder ob das, was ‚gefunden‘ wurde, dir wirklich schaden würde.“ Mullis verstarb im August 2019 und fiel damit als Mahner aus. Warum Drosten die PCR-Tests mittlerweile zum „Goldstandard“ erklärte, ist hingegen weniger klar. W.K.

Das süße Gift der Bevormundung

Schon moderne Klassiker wie Alexis de Tocqueville, Pierre-Joseph Proudhon und Aldous Huxley warnten vor den Gefahren eines fürsorglichen demokratischen Staates, der den Bürgern Stück für Stück ihre Freiheiten nimmt. Heute erinnern sie daran, dem Staat umso skeptischer zu begegnen, je mehr er vorgibt, die Bürger vor Unheil bewahren zu wollen

VON EBERHARD STRAUB

Alexis de Tocqueville war einer der größten Historiker und Soziologen im 19. Jahrhundert. Uner-schöpflich sind bis heute seine Studien zur Demokratie in Amerika, die zwischen 1830 und 1840 erschienen sind. Gänzlich unaufgeregt untersucht Tocqueville darin die Vor- und Nachteile der Demokratie, die unabhängig von den USA überall mit dieser Staatsform verbunden sind. Dabei kommt er unter anderem auf die Gefahr zu sprechen, die in dem Prinzip der Gleichheit und der absoluten Herrschaft der Mehrheit angelegt ist: wie nämlich unter bestimmten Voraussetzungen die Demokratie in eine ganz neuartige Despotie umschlagen könne, die sich von der klassischen Tyrannis und Diktatur oder dem napoleonischen Cäsarismus kaum unterscheiden werde. Den leidenschaftlichen Freund der Freiheit Tocqueville bekümmerte es, dass Demokratisierung nicht unbedingt zu mehr Freiheit führen müsse, sondern einem ungeahnten Staatsabsolutismus den Weg ebnen könne, der nicht gewalttätig, sondern mit betreuender Fürsorglichkeit allmählich alles selbstständige Leben ersticke.

Gesellschaft ohne Leidenschaft

Alexis de Tocqueville analysierte eine bürgerliche Gesellschaft, die keine großen Leidenschaften und öffentlichen Tugenden mehr kennt. Demokratische Bürger begnügen sich vielmehr – unter dem Postulat der Gleichheit der Lebensverhältnisse und des Denkens – behaglich mit der Sättigung kleiner Launen und sanfter Wünsche als Konsument und Sozialpartner. Wenn die einzige politische Leidenschaft sich in der Liebe zur öffentlichen Ruhe erschöpft, weil sie vor materieller Unordnung schützt, der dauernden Furcht demokratischer Gesellschaften, dann allerdings müsse sich die staatliche Macht zur Omnipotenz erweitern, eben um stetiges Wachstum, emsigen Verbrauch und stabile Gesundheit gewährleisten zu können. Solche demokratischen Gesellschaften begnügen sich mit kleinen, allerdings vernünftigen Absichten.

Die demokratischen Bürger zwingen ihre ganze Seelenkraft dazu, mittelmäßige Dinge zu tun, sie kennen viele Streber, aber wenig großes Streben. „Ein Mann, der Stufe um Stufe sich zu Reichtum und Macht aufschwingt, gewöhnt sich in langer Arbeit an Vorsicht und Zurückhaltung, von der er sich später nicht frei machen kann. Man erweitert seine Seele nicht nach und nach wie sein Haus“, so Tocqueville. In einer solchen Atmosphäre verkümmern unweigerlich die Einbildungskraft und die Lust, außerordentliche Dinge zu tun; dafür befindet sich die Gesellschaft in dem einschläfernden Glück, das ihre Beschützer und Helfer ihr ermöglichen:

„Ich will mir vorstellen, unter welchen neuen Merkmalen der Despotismus in der Welt auftreten könne: Ich erblicke eine Menge einander ähnlicher und gleichgestellter Menschen, die sich rastlos im Kreise drehen... Über diesen erhebt sich eine gewaltige, bevormundende Macht, die allein dafür sorgt, ihre Genüsse zu sichern und ihr Schicksal zu überwachen. Sie ist unumschränkt, ins Einzelne gehend, regelmäßig, vorsorglich und mild... Sie arbeitet gern für deren Wohl; sie will aber dessen alleiniger Betreuer und einziger Richter sein; sie sorgt für ihre Sicherheit, ermisst und sichert ihren Bedarf, erleichtert ihre Vergnügungen, führt ihre wichtigsten Geschäfte, lenkt ihre Industrie, ordnet ihre Erbschaften, teilt ihren Nachlass; könnte sie ihnen nicht auch die Sorge des Nachdenkens und die Mühe des Lebens ganz abnehmen?“



Schleichende Entmündigung: Egal, ob Kindergarten, Schule und Ausbildung, Gesundheitswesen oder Rentensystem – in den modernen Demokratien haben sich die Bürger daran gewöhnt, dass der Staat in jeder Lebenssituation für sie da ist. Dieser kümmert sich gern um seine Landeskinder, doch wächst mit jeder weiteren sozialen Leistung die Gefahr der Unselbstständigkeit der Bürger und ihrer Bevormundung durch den Staat

„Auf diese Weise“, so Tocqueville, „macht sie den Gebrauch des freien Willens mit jedem Tag wertloser und seltener... und schließlich entzieht sie jedem Bürger sogar die Verfügung über sich selbst.“ Dieser geregelten und friedlichen Knechtschaft fügen sich die Betreuten willig, darüber erleichtert, gelenkt zu werden und als Herde ängstlicher und arbeitsamer Willenloser einem treuen Hirten folgen zu dürfen, der mit Vollmachten ausgestattet ist, von denen kein absolutistischer Monarch je zu träumen gewagt hätte. Tocquevilles Bild einer möglichen, sanft auftretenden, aber totalen Interventionsmacht entspricht weitgehend der „neuen Normalität“, von der heute viel die Rede ist unter den Regierenden und deren Tonverstärkern in den Medien. Beiden geht es um Meinungsführerschaft und Erziehung zu einem homogenisierten Verhalten wahrhafter und wehrhafter Demokraten, das vor den Gefahren der Meinungsvielfalt und des Pluralismus schützt, die schon die revolutionären Demokraten seit 1789 in Schrecken versetzten.

Der liberale Aristokrat Tocqueville fürchtete diese Tyrannei der Mehrheit, die jeden verdächtig macht, der abweicht von dem,



War früh um die Freiheit der Bürger in einer Demokratie besorgt: Der Publizist, Politiker und Historiker Alexis de Tocqueville

was sie verlangt in Übereinstimmung mit der Regierung und des Allgemeinwohls. Das nicht immer leicht zu durchschauende Zusammenspiel der Kräfte im System der herrschenden Mehrheit erlaubt es den systemrelevanten Ordnungshelfern, sich ohne offene Brutalität und Gewalt ihrer Gegner, als Feinde begriffen, zu entledigen. Die Meinungsführer und ihre Regierungen haben den Despotismus vervollkommen, der doch scheinbar nichts mehr zu lernen hatte.

Der neue Despot zielt nicht auf den Körper, sondern auf die Seele: „Du bist frei, nicht so zu denken, wie ich; du behältst dein Leben, deinen Besitz, alles; aber von dem Tage an bist du unter uns ein Fremdling... Du bleibst unter den Menschen, aber du büßt deine Menschlichkeit ein. Näherst du dich deinen Mitmenschen, werden sie dich wie ein unreines Wesen fliehen... Ziehe hin in Frieden, ich lasse dir das Leben, es wird aber für dich schlimmer sein als der Tod.“

Der wohlmeinende Überwachungsstaat

Ein anderer leidenschaftlicher Freund der Freiheit, jetzt von links, Pierre-Joseph Proudhon, verzweifelte unter der ausgreifenden Tätigkeit des modernen, sich demokratisierenden Überwachungsstaats, der sich in alles einmischt und auch in die Privatheit aggressiv eindringt. Regiert zu werden, das hieß für ihn, bei jeder Handlung, jedem Geschäft beobachtet, erfasst, beurteilt, eingeschätzt, ermahnt, korrigiert zu werden und im Namen des Allgemeinwohls bedrückt, bevormundet, bedrängt, verbessert, getadelt, diffamiert, kriminalisiert, endlich bestraft, festgesetzt, entehrt und immer und überall belogen zu werden. Das ist die Gerechtigkeit und Moral des Systems, das seinen eigenen Nutzen mit dem allgemeinen Wohl verwechselt und mit allen möglichen Gemeinheiten vor Kontrollen absichert.

Tocqueville als vornehmer Herr und alter Aristokrat warnte und sprach von fürchterlichen Möglichkeiten, die bei besonnener Umsicht aufgehalten oder verhindert werden könnten. Proudhon wurde zuweilen vollkommen erschlagen von der schrecklichen Zukunft, die unvermeidlich jede Frei-



Fotos: Shutterstock / imago images

Den leidenschaftlichen Freund der Freiheit Tocqueville bekümmerte es, dass Demokratisierung nicht unbedingt zu mehr Freiheit führen müsse, sondern einem ungeahnten Staatsabsolutismus den Weg ebnen könne, der nicht gewalttätig, sondern mit betreuender Fürsorglichkeit allmählich alles selbstständige Leben ersticke

heit vernichten werde. Beide waren sich freilich darin einig, in der kommenden wackeren, neuen Welt mit grässlichen Überraschungen rechnen zu müssen. Die sogenannte „neue Normalität“ wurde von ihnen nicht frohgemut als kühnes soziales Experiment und als Chance für eine umfassende Transformation im „Projekt der Moderne“ erwartet, sondern gefürchtet.

Auch in der „schönen neuen Welt“ des Aldous Huxley, in der wie in dem dystopischen Roman Jewgenij Samjatsins alle nur noch ein großes „Wir“ sind – genormt, behütet und beaufsichtigt von Beschützern, den Aufsichtsräten unseres totalen Glücks in totaler Selbstvergessenheit –, wird die Freiheit nicht mehr vermisst. Sie ist überholt wie die Vergangenheit, in der sie nur irritierende Unberechenbarkeiten bewirkte. Die Freiheit wird ersetzt durch das Behagen, das innigste Übereinstimmung mit dem Gesellschaftsplan gewährt, ehemals Volksgemeinschaft genannt. In ihr darf jeder tun, was er soll. Alle finden, in dauernder Unruhe und Angst gehalten, zu ihrer wahren Bestimmung, im großen Ganzen geborgen zu sein. Die moralische Idee erschöpft sich in dem physischen Wohlstand für alle, in der Pflicht zur Gesundheit, Jugend und Frische. Der Sinn des Daseins liegt im funktionierenden Wohlbefinden des sozialen Organismus und seiner Zellen. Das Leben ist der Güter höchstes geworden.

Liebevolle Heilsgemeinschaft

Im Namen des Lebens und der Gesundheit jenseits von Freiheit und Würde soll jeder sein Ich auslöschen in einer stillen und nachhaltigen Selbstentwürdigung ohne Qualen, die es endlich ermöglicht, dass die so Enteigneten ihren beharrlich überredenden Enteigner lieben, ihm danken und sich hingebungsvoll seinem wohlmeinenden Plan einfügen. Nur diese Liebe, die einzig geduldete, ja erwünschte, weil das Ich vergesellschaftend, ist in der schönen, neuen Welt noch zugelassen.

Die Gesellschaft als liebevolle Heilsgemeinschaft dient dem neuen wahren Gott, dem Leben. Ihre Kirche ist das Gesundheitssystem, in dem der Arzt als Heiland Wunder wirkt und alles heilt, was wund ist. Er ersetzt Priester und Philosophen in Eintracht mit der Regierung, die wachsam das öffentliche Glück stabilisiert und gegebenenfalls in brennender Sorge zu drastischen Maßnahmen greifen muss, um die geistige und körperliche Gesundheit biederer Demokraten und Menschen vor bösen Anschlägen zu bewahren.

Der demokratische Staat entfernt sich unter solchen Absichten vom herkömmlichen Rechtsstaat und wandelt sich zu einer für den Bürger heilsnotwendigen Zwangsanstalt, die dafür sorgt, jeden vor Unheil zu bewahren, der möglicherweise sein Leben verkürzt und sein Glück mindert. Doch überschreitet er mit solchen Ansprüchen weit seine Befugnisse, und es ist daher geboten, ihn im Sinne Tocquevilles, Proudhons oder Huxleys in seine Schranken zu verweisen. Wo ein neues Gottesgnadentum gebastelt wird mit dem nackten Leben als Gott, sei daran erinnert, dass es durch die Jahrtausende hieß, dass das sterbliche Leben nicht der Güter höchstes ist. Und dass der Staat kein rettender Leibwächter ist – auch wenn er sich dreist eine heilige Majestät verschaffen möchte, die freilich nur eine ganz unheilige, despotische sein kann –, da er nicht dazu eingesetzt worden ist, als Glaubens- und Schwurgemeinschaft Körper und Seele gesund zu machen.

● Dr. Eberhard Straub ist Historiker und Publizist. Zu seinen Werken gehören u.a. „Zur Tyrannei der Werte“ (2010) und „Der Wiener Kongress. Das große Fest und die Neuordnung Europas“ (2014, beide Klett-Cotta). www.eberhard-straub.de

MELDUNGEN

Erfundenes NSU-Opfer

Aachen – Das Landgericht Aachen hat einen Anwalt aus Eschweiler freigesprochen, der im Münchner NSU-Prozess mehr als zwei Jahre lang eine angebliche Geschädigte des Nagelbombenanschlags in der Kölner Keupstraße vertreten hat. Bezahlt vom Staat, hatte der Anwalt von 2013 bis 2015 als Nebenklagevertretung insgesamt über 211.000 Euro für Gebühren, Kosten und Auslagen erhalten. Das Opfer „Meral Keskin“ hat tatsächlich nie existiert, sondern war eine Erfindung eines wirklichen Anschlagsoffiziers. Aus Sicht der Aachener Strafkammer hatte der angeklagte Jurist zwar gegen „alle anwaltsrechtlichen Vorschriften verstoßen, die man sich denken kann“, allerdings verneint die Richter einen Vorsatz zum Betrug. In seinem Urteil sprachen die Richter des Landgerichts auch an, dass der Staatsanwaltschaft in Köln und dem Münchner Oberlandesgericht im Zusammenhang mit dem erfundenen Opfer Widersprüche hätten auffallen müssen. *N.H.*

Vorläufiger Rodungsstopp

Frankfurt an der Oder – Umweltschützer haben dem Elektroauto-Hersteller Tesla auf gerichtlichem Wege ein Bein gestellt. Das Verwaltungsgericht Frankfurt an der Oder hat weitere Rodungen eines Kiefernwaldes im brandenburgischen Grünheide, wo die neue Tesla-Fabrik entstehen soll, vorläufig gestoppt. Der Abholzungsstopp von 82,9 Hektar Wald währt so lange, bis in der Sache endgültig entschieden worden ist. Damit soll verhindert werden, dass Tesla vorzeitig Tatsachen schafft und ein späteres, möglicherweise endgültiges Rodungsverbot ad absurdum geführt wird. In der Gigafabrik sollen schon ab kommendem Jahr bis zu 500.000 „umweltfreundliche“ E-Mobile für Europa gebaut werden und tausende Arbeitsplätze entstehen. Dass mit dem Nabu ausgerechnet eine Naturschutzorganisation gerichtlich gegen einen Hersteller „nachhaltiger“ Technologie vorgeht, beweist die Inkonsistenz der Umweltaktivisten. *tws*

Impfstoff für Afrika

Berlin – Entwicklungsminister Gerd Müller fordert, dass „reiche“ Länder wie Deutschland Corona-Impfstoff in großen Mengen an Entwicklungsländer abtreten. Diese Hilfe müsse bereits geleistet werden, bevor die eigene Bevölkerung durchgeimpft worden sei, so der CSU-Politiker gegenüber dem „Redaktionsnetzwerk Deutschland“. Im Frühjahr hatte Müller für die Dritte Welt eine Pandemie-Katastrophe ungeahnten Ausmaßes vorhergesagt. Gerade Afrika aber ist besser durch die Pandemie gekommen als jeder andere Erdteil. Dies führt der Entwicklungsminister auf das Durchschnittsalter der Afrikaner zurück, das aufgrund der fortwährenden Bevölkerungsexplosion bei 20 Jahren liegt. Der Zusammenbruch der Lieferketten infolge der Lockdown-Maßnahmen hat laut Müller jedoch zu einer schweren Wirtschaftskrise in den Entwicklungsländern geführt, die noch Jahre andauern werde. *H.H.*

VON HERMANN MÜLLER

Deutschlandweit erstmalig starteten CDU, SPD und Grüne im Frühjahr 2016 in Sachsen-Anhalt eine sogenannte Kenia-Koalition. Inzwischen zeigt sich, dass die Christdemokraten in Sachsen-Anhalt einen hohen Preis dafür zahlen, mit SPD und Grünen die AfD vom Mitregieren abzuhalten. Die Grünen, die 2016 nur knapp den Einzug in den Landtag schafften, und die SPD, die mit Mühe ein Wahlergebnis im einstelligen Prozentbereich verhinderte, treiben nun die CDU als stärkste Landtagsfraktion vor sich her.

Wenige Monate vor der Landtagswahl läuft ein Versuch der beiden kleinen Juniorpartner, der stärksten Landtagsfraktion in der Frage der Rundfunkgebühren ihren Willen aufzuzwingen. Der SPD-Generalsekretär Lars Klingbeil warf der CDU vor, diese „bereitet wenige Monate nach der Schande von Thüringen nun in Sachsen-Anhalt die nächste Kooperation mit der AfD vor“. Der Vorsitzende der Grünen, Robert Habeck, sieht die Union vor einer Richtungsentscheidung. Sinn und Aufgabe der Kenia-Koalition sei es bei ihrer Bildung gewesen, „die Kräfte der CDU, die nicht mit der AfD kooperieren wollen, in der Mitte der Gesellschaft zu halten“.

Regionale Besonderheiten

Markus Kurze, parlamentarischer Geschäftsführer der CDU-Fraktion im Landtag Sachsen-Anhalts, stellte währenddessen klar, dass es Grüne und SPD sind, die sich nicht an den Koalitionsvertrag halten wollten. Die drei Parteien haben nämlich zu Beginn der Legislatur als Ziel eine „Beitragsstabilität“ bei den Rundfunkgebühren vereinbart.

Ebenso hatte Schwarz-Rot-Grün in den Koalitionsvertrag geschrieben, dass eine „nachhaltige und sparsame Haushaltsführung bei den Rundfunkanstalten erforderlich“ sei. Allgemein übliche Geschäftsgrundlage der Koalition ist zudem, sich bei unterschiedlichen Positionen in Abstimmungen zu enthalten. Als Ministerpräsident Reiner Haseloff den Staatsvertrag zur Gebührenerhöhung unterschrieb, wurde zudem eine Protokollnotiz angefügt, der zufolge es im Landtag keine Mehrheit dafür gebe.

Der Kontrakt von SPD und Grünen innerhalb der Koalition erhielt im November noch zusätzliche Brisanz. Bis dahin hatte nämlich neben CDU und AfD auch die Linkspartei eine Erhöhung abgelehnt. Mit dem Umschwenken der Linken war der Boden für Vorwürfe bereitet, die Union sei es, die Positionen der AfD vertrete und so den Weiterbestand der Koalition gefährde.

Bei der Heftigkeit der Vorwürfe von Bundespolitikern gegen die CDU in Sach-



Wohl doch nur ein Etappensieg für SPD und Grüne: Ministerpräsident Reiner Haseloff (l.) entließ seinen Innenminister Holger Stahlknecht, weil der öffentlich die Kenia-Koalition infrage gestellt hatte

Foto: pa

RUNDFUNKGEBÜHREN

Wenn der Schwanz mit dem Hund wackeln will

In Sachsen-Anhalts Kenia-Koalition haben SPD und Grüne vergeblich versucht, der CDU ein Abweichen vom Koalitionsvertrag aufzuzwingen

sen-Anhalt spielen auch regionale Besonderheiten eine Rolle. Zum einen war Sachsen-Anhalt schon mehrmals ein politisches Zukunftslabor, in dem bundesweite Entwicklungen vorweggenommen wurden. Im Jahr 1994 ließ sich in Magdeburg erstmals eine Minderheitsregierung von SPD und Grünen durch die damalige PDS tolerieren. Vor vier Jahren war Sachsen-Anhalt wiederum mit der ersten schwarz-rot-grünen Koalition Vorreiter. Vor diesem Hintergrund ist durchaus vorstellbar, dass in dem mitteldeutschen Bundesland

auch eines Tages erstmals ein schwarz-blaues Koalitionsmodell Wirklichkeit wird.

Landtagswahlen am 6. Juni 2021

Der Politikwissenschaftler Benjamin Höhne, der an der Universität Halle-Wittenberg lehrt, wies in diesem Zusammenhang auf eine generell größere Distanz zwischen Grünen und Christdemokraten in den östlichen Bundesländern hin: „Wenn man einen CDU-Politiker nimmt und ihn an einen Stammtisch setzt, dann würde er sich wahrscheinlich eher mit jemandem von der AfD verstehen als mit einem Grünen.“ Für diese Einschätzung liefert gerade Sachsen-Anhalt reichlich Anschauungsmaterial.

Nur wenige Monate nach dem Start der Koalition im Jahr 2016 krachte es bereits, als die Grünen-Fraktionschefin Cornelia Lüdemann bei der Wahl zur Parlamentarischen Kontrollkommission im Landtag scheiterte. Allgemein wurde vermutet, dass in der geheimen Abstimmung

mehrere CDU-Abgeordnete der Grünen ihre Stimmen verweigert hatten.

Der AfD-Kandidat Volker Olenicak wurde wiederum mit 48 Stimmen in das Gremium gewählt, obwohl seine Fraktion nur 25 Parlamentarier umfasste. Auch hier stand schnell der Verdacht im Raum, die zusätzlichen Stimmen seien von der CDU gekommen. Im August 2017 beschloss der Landtag in Magdeburg auf Antrag der AfD-Fraktion die Bildung einer Enquete-Kommission zur Untersuchung des Linksextremismus in Sachsen-Anhalt. Neben der AfD-Fraktion stimmten Teile der CDU-Fraktion für den Antrag. Vergangenes Jahr veröffentlichten obendrein die CDU-Vizefraktionschefs Ulrich Thomas und Lars-Jörn Zimmer eine Denkschrift, in der es hieß, die Wähler von CDU und AfD hätten ähnliche Ziele.

Am Dienstag dieser Woche verkündete Ministerpräsident Haseloff schließlich, dass seine CDU-Fraktion bei der Ablehnung der Rundfunkbeitrags-Erhöpfung bleiben werde.

Die CDU zahlt einen hohen Preis dafür, die AfD vom Mitregieren abzuhalten

ARBEITERWOHLFAHRT

Nur die Spitze des Eisbergs

Der Skandal um Vetternwirtschaft bei der hessischen AWO zieht immer weitere Kreise

Maßlos überhöhte Gehälter, Luxusfahrzeuge als Dienstwagen und eine Mentalität der Selbstbedienung zerfressen die Arbeiterwohlfahrt (AWO) in Hessen. Die AWO kümmert sich als Spitzenverband der Wohlfahrtspflege in der Bundesrepublik Deutschland um Behinderte und Senioren. Sie betreibt Kindergärten, Schulen, psychiatrische und forensische Kliniken, Kurheime und Beratungsstellen für Asylsucher, Immigranten und Menschen in den verschiedensten Notlagen. Da passt Nepotismus einzelner Führungspersonen und Angestellter äußerst schlecht in das Bild der SPD-nahen Organisation. Die Arbeiterwohlfahrt in Hessen ist jedoch seit Jahren immer mehr zum Selbstbedienungsladen hochrangiger Sozialdemokraten geworden.

Vor allem die Ortsverbände Frankfurt und Wiesbaden sind skandalumwoben. Frankfurts Oberbürgermeister Peter Feldmann ist schwer beschädigt. Zübeyde Feldmann, die Ehefrau des Oberbürgermeisters, war Leiterin der deutsch-türkischen AWO-Kita „Dostluk“ (Freundschaft) in Frankfurt. Dafür bekam sie nicht nur ein völlig überhöhtes Gehalt, sondern auch ein Luxusauto als Dienstwagen, was in diesem beruflichen Sektor absolut unüblich ist.

Feldmann war vor seiner Wahl zum Oberbürgermeister 2012 selbst Leiter eines AWO-Altenhilfezentrums. Deshalb war seine Ausrede, dass er vom Gehalt seiner Frau nichts gewusst habe, ungläubwürdig. Er wurde der offensichtlichen Lüge überführt, aber dies hatte für ihn keine

Konsequenzen, außer dass er versprach, die überhöhten Bezüge und das Geld für den unrechtmäßigen Dienstwagen zurückzuzahlen.

Kreisverband beantragte Insolvenz

Doch die Affäre um Zübeyde Feldmann ist nur die Spitze des Eisbergs. Auch andere Vergütungen in den Kreisverbänden Frankfurt, Wiesbaden und Hessen-Süd waren außergewöhnlich hoch. Sie betrug teilweise mehr als 300.000 Euro im Jahr. Dies ist für einen gemeinnützigen Sozialverband völlig unangemessen. In anderen Kreisverbänden wurde für solche Leitungsstellen maximal ein Drittel davon gezahlt.

Der für die Aufsicht zuständige AWO-Bezirksverband Hessen-Süd hat vollstän-

dig versagt. Er hat offenbar gegen interne Regeln verstoßen. Es kam offenbar zur Vermischung von Aufsicht und Geschäftsführung. Inzwischen ermitteln sogar die Staatsanwaltschaften in Frankfurt und Wiesbaden wegen des Verdachts auf Untreue und Betrug gegen führende Funktionäre der AWO, und auch das Revisionsamt der Stadt Frankfurt hat sich eingeschaltet.

Der Kreisverband Hessen-Süd der AWO steckt infolge der Vetternwirtschaft in derart großen finanziellen Schwierigkeiten, dass er bereits einen Insolvenzantrag gestellt hat. Zuvor hatte das Bundesschiedsgericht des Wohlfahrtsverbandes den Vorstandsvorsitzenden des Bezirksverbandes Hessen-Süd, Wilhelm Jost, seines Amtes enthoben. *Bodo Bost*

VERBRECHEN

Gruppenvergewaltigungen nehmen zu

„In einer europäischen Kultur kaum bekannt“: Immigranten stechen als Tätergruppe hervor

VON NORMAN HANERT

Als im Oktober 2018 in Freiburg ein damals 18 Jahre altes Mädchen von einer Gruppe überwiegend syrischer Jugendlicher über Stunden hinweg wieder und wieder vergewaltigt wurde, sorgte dies bundesweit für Entsetzen. Wie aus einer Antwort der Senatsinnenverwaltung auf eine parlamentarische Anfrage des Abgeordneten Marc Vallendar (AfD) hervorgeht, registriert auch die Polizei in Berlin eine steigende Zahl von Gruppenvergewaltigungen. Unter den Opfern sind sogar Kinder.

Laut der Senatsantwort, die der PAZ exklusiv vorliegt, wurden in Berlin im Berichtsjahr 2019 von der Polizei insgesamt 864 Vergewaltigungen erfasst. In 93 dieser Fälle wurden die Opfer nicht nur durch einen Einzeltäter, sondern durch mehrere Täter vergewaltigt. Ein besonders bedrückendes Detail birgt die vorgelegte Statistik in der Aufstellung zur Altersstruktur der Opfer.

Demnach sind vergangenes Jahr in Berlin drei Mädchen unter 14 Jahren zum Opfer einer Gruppenvergewaltigung geworden. Zudem erfasste die Berliner Polizei neun weitere Fälle, bei denen Kinder unter 14 Jahren durch Einzeltäter missbraucht wurden. Für die Altersgruppe von 14 bis 18 Jahren weist die Statistik 155 Opfer aus. Auch von diesen Heranwachsenden wurden 26 zum Opfer einer Gruppenvergewaltigung.

„Relativ neues Phänomen“

Gegenüber der PAZ kommentierte Vallendar die Antwort des Senats auf seine Anfrage: „Gruppenvergewaltigungen sind ein relativ neues Phänomen. Im europäischen Kulturraum waren sie bisher kaum bekannt und gesellschaftlich derart geächtet, dass Vergewaltiger zumeist nur alleine handelten. In Berlin wird dieses Phänomen erst seit 2018 statistisch erfasst. Seitdem sind die Zahlen deutlich gestiegen. 2018 gab es 81 Fälle, 2019 bereits 94.“

Der AfD-Politiker erinnert im Zusammenhang mit den steigenden Deliktzahlen in Berlin auch an die berüchtigte Kölner Silvesternacht von 2015, bei der es in aller Öffentlichkeit zu massenhaften se-



Die Wut der potentiellen Opfer wächst: Demo gegen Vergewaltigungen in Berlin

Foto: imago images/Seeliger

xuellen Übergriffen gekommen war. Als Konsequenz aus der Entwicklung fordert der rechtspolitische Sprecher seiner Fraktion eine Verschärfung des Strafmaßes im Strafgesetzbuch sowie die Abschiebungen von ausländischen Tätern. Die vom Berliner Senat vorgelegten Zahlen weisen für das Jahr 2019 bei Vergewaltigungsfällen insgesamt 561 Tatverdächtige aus, darunter fast die Hälfte, 256, Nichtdeutsche. Unter diesen erfasste die Polizei wiederum 43 Personen als Verdächtige in Fällen von Gruppenvergewaltigungen.

Aus der Antwort der Senatsinnenverwaltung ergibt sich allerdings nicht, welche genauen Kriterien Grundlage der Zuordnung „nichtdeutsch“ waren. Aufschlussreich wären insbesondere Angaben, wie vielen der Tatverdächtigen die deutsche Staatsangehörigkeit erst nach ihrer Zuwanderung verliehen wurde.

Bereits im Januar 2020 hatten mehrere Abgeordnete der AfD-Bundestagsfrak-

tion, unter ihnen auch der Berliner Parlamentarier Gottfried Curio, die Bundesregierung um Auskunft zum Problem der Gruppenvergewaltigungen in Deutschland gebeten. Aus der Antwort des Bundesinnenministeriums ergab sich, dass im Jahr 2018 deutschlandweit der Anteil nichtdeutscher Tatverdächtiger bei Vergewaltigungsfällen mit mehreren Tatverdächtigen bei 52,2 Prozent lag.

Opfer noch zusätzlich gedemütigt

Durch die Zunahme solcher Straftaten können sich nicht nur Kritiker der Zuwanderungspolitik der Bundesregierung bestärkt fühlen: Naheliegend sind auch Zweifel, ob die jüngste Verschärfung des Sexualstrafrechts im Jahr 2016 ausreichend war. Als damaliger Bundesjustizminister hatte Heiko Maas (SPD) bei der Reform angekündigt: „Frauen werden in Zukunft besser vor sexualisierter Gewalt geschützt.“

Bislang sieht das Gesetz für die Begehung des Grundtatbestands der Vergewaltigung eine Freiheitsstrafe von mindestens zwei Jahren vor, die maximale Freiheitsstrafe beträgt zehn Jahre. Die Opfer leiden durch posttraumatischen Belastungsstörungen mitunter noch wesentlich länger unter dem Durchlittenen. Selbst im Vergleich zu den Sexualstraftaten durch Einzeltäter stellen die Gruppenvergewaltigungen nochmals eine neue Stufe der Verrohung dar.

Auffallend ist bei den Gruppendedikten, die in den vergangenen Jahren in Deutschland bekannt wurden, zudem, dass die Missbrauchsoffer häufig zusätzlich gedemütigt und erniedrigt werden. Beinahe regelmäßig filmen die Peiniger das Geschehen sogar noch. Standardrepertoire vieler Täter ist es bei diesen Verbrechen ebenso, ihre Opfer durch Drogen oder sogenannte KO-Tropfen zunächst völlig wehrlos zu machen.

TERRORISMUS

Anis Amri hatte Kontakte ins Clan-Milieu

Behörden ließen Hinweise auf die Vernetzung des Attentäters vom Breitscheidplatz offenbar unbeachtet

Am 19. Dezember 2016 ermordete der tunesische „Flüchtling“ Anis Amri den polnischen Lkw-Fahrer Lukasz Urban. Dann lenkte er seinen Sattelzug in den Weihnachtsmarkt an der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche in Berlin-Charlottenburg. Dadurch tötete er weitere elf Menschen. Wie der radikale Moslem nach der Tat aus der Bundeshauptstadt entkommen und sich über die Niederlande und Frankreich nach Italien absetzen konnte, wo ihn die Polizei schließlich am 23. Dezember erschoss, ist bis heute ungeklärt.

Allerdings gibt es mittlerweile Hinweise darauf, dass er möglicherweise Unterstützer im Berliner Clan-Milieu besaß. Ein Informant aus der radikalen Moslem-Szene berichtete seinem Kontaktmann beim Landesamt für Verfassungsschutz von Mecklenburg-Vorpommern bereits im Februar 2017, er sei Zeuge eines Ge-

sprächs von vier Mitgliedern eines Araber-Clans aus Neukölln geworden, aus dem man schließen könne, dass die Großfamilie mit libanesischen Wurzeln Amri die Schusswaffe beschaffte und Geld gegeben sowie zur Flucht verholfen habe. Ansonsten soll laut dem V-Mann auch noch die Äußerung gefallen sein, dem „Esel“ Amri wäre mehr Erfolg beim Töten von „Ungläubigen“ beschieden gewesen, wenn er den Weihnachtsmarkt von der anderen Seite her angesteuert hätte.

Zeuge wurde lange ignoriert

Diese Aussage passt zu dem, was inzwischen über die gemeinsame Aktion „Opalgrün“ des Bundesamtes für Verfassungsschutz und der beiden Landesämter Mecklenburg-Vorpommern und Berlin im Jahre 2016 bekannt wurde. Damals observierte der Inlandsgeheimdienst einen

Berliner Clan, weil es Hinweise darauf gab, dass er während des Fastenmonats Ramadan terroristische Anschläge verüben wollte. Jedoch verlief die Sache ungeachtet einiger abgehörter Telefonate, die Sympathien für den Islamischen Staat offenbarten, im Sande.

Trotzdem hätten die Schweriner Verfassungsschutzler hellhörig werden müssen, als der Informant 2017 bei ihnen vorsprach. Stattdessen ignorierten sie seinen Bericht, wodurch die Ermittler der Bundesanwaltschaft und des Bundeskriminalamtes zunächst auch keine Kenntnis davon erhielten. Das änderte sich erst im Oktober 2019. Da kontaktierte der V-Mann die Bundesanwaltschaft schließlich in Eigeninitiative, weil er fürchtete, der Clan plane nach wie vor Terroraktionen.

Danach dauerte es noch mal mehr als ein Jahr, bis der Untersuchungsausschuss

des Bundestages zum Anschlag auf dem Breitscheidplatz den Verfassungsschutzchef von Mecklenburg-Vorpommern, Reinhard Müller, vorlud und zu der Angelegenheit befragte. Bei der Befragung aber stritt er ab, dass in seiner Behörde Fehler gemacht worden seien.

Das butterweiche Vorgehen gegen den Berliner Clan, dessen Name bisher nicht genannt wurde und von dem unter Umständen weiterhin Gefahr droht, könnte viele Ursachen gehabt haben. Es öffnet sich ein weites Feld für Spekulationen. Vielleicht war es einfach nur Inkompetenz und Bequemlichkeit. Möglicherweise wollte man aber auch nicht wahrhaben, dass sich da eine Allianz zwischen der importierten Organisierten Kriminalität und dem ebenfalls leichtfertig ins Land gelassenen islamischen Terrorismus abzeichnete. *Wolfgang Kaufmann*

KOLUMNE

Im Advent

VON VERA LENGSELD

In der Nacht zum 6. Dezember kam im gutbürgerlichen Berlin-Pankow statt des Nikolaus die Antifa. Etwa 20 schwarz gekleidete, maskierte Vermummte zogen kurz vor Mitternacht brüllend durch die stillen Wohnstraßen. Obwohl die menschenleeren Straßen trugen sie Plakate gegen den „Kapitalismus“ mit sich herum. Ihr „Protest“ richtete sich offenbar gegen die hauptsächlich von jungen Familien bewohnten Neubauten auf einem ehemaligen Betriebsgelände.

Sich Wohnraum zu schaffen statt zu mieten, zählt für die Linksterroristen zu den verabscheuenswürdigsten Sünden. Autos wurden demoliert, Böller in Vorgärten geworfen, die Straße mit Gerümpel verbarrikadiert. Keine fünf Minuten entfernt befindet sich ein „Unabhängiges Jugendzentrum“, das vollständig von der Stadt unterhalten wird, auf dessen Dach die Antifa-Fahne weht und dessen Fassade mit Parolen geschmückt ist. Es war auch schon mal „Deutschland, Du mieses Stück Scheiße“ dabei, das aber abgehängt wurde, nachdem ich angefragt hatte, wieso das Projekt eigentlich Geld von einem miesen Stück Scheiße annimmt. Diesmal wurde kurz vor der Tat ein Graffiti an die Mauer geschmiert, das fordert, Berlin dürfe keine Stadt der Reichen werden. Ob der Polizei da wohl ein möglicher Zusammenhang auffällt?

Aber vielleicht sind die Kräfte der Ordnungshüter zu sehr gebunden, als dass sie sich darum kümmern könnten. Am 2. Advent war in den Parks und auf den Straßen etwas zu sehen, was man als spontanen Widerstand gegen die Corona-Restriktionen deuten könnte. Der Bürgerpark war überfüllt mit Menschen wie sonst nur an den schönen Sommertagen. Die Schlange vor dem Parkrestaurant, das jahreszeitgemäß Glühwein an einem Freiluftstand auschenkt, war etwa 50 Meter lang. Die an der Bratwurstbude nur unverhältnismäßig kürzer. Auf unserem Spaziergang kamen wir an mehreren improvisierten Glühweinausschänken vorbei, alle gut besucht. So wurde der verordneten vorweihnachtlichen Tristesse getrotzt. Schiebt der Senat jetzt dieser Unbotmäßigkeit einen Riegel vor und verhängt Glühweinverbot?

MELDUNG

Grüne gegen Patrioten

Berlin – Die Grünen im Berliner Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg haben eine lange Liste für Straßenumbenennungen vorgelegt: Yorckstraße, Blücherstraße, Blücherplatz, Hornstraße, Möckernstraße, Gneisenaustraße, Katzbachstraße, Hagelberger Straße, Großbeerenstraße, Eylauer Straße, Obentrautstraße, Großgörschenstraße. Letztere liegt zwar im benachbarten Bezirk Tempelhof-Schöneberg, soll aber gleich mit weggeräumt werden. Schlachtfelder und Generäle sollten grundsätzlich verbannt werden. Timur Husein, CDU-Kreisvorsitzender und Fraktionschef in der Bezirksverordnetenversammlung, hält dagegen: „In jedem anderen Land würde man die Befreiungskriege feiern, bei uns will man noch das Letzte tilgen, was daran erinnert. Diese Generäle sind verdiente Patrioten, die Namen müssen bleiben“, erklärte er im Namen seiner Partei. In Frankreich würde man so eine Debatte niemals führen. *F.B.*

● MELDUNGEN

Russen kaufen Antibiotika

Moskau – Mit Sorge beobachten Ärzte in Russland, dass die Bürger aus Angst vor einer Corona-Infektion in die Apotheken stürmen und sich mit Antibiotika und Vitaminen eindecken. Eine Verkaufsteigerung von 48 Prozent der antibakteriellen Arzneien in diesem Jahr hat in russischen Apotheken bereits zu Engpässen geführt. Ärzte warnen vor Eigenbehandlungen, da Antibiotika nur bei bakteriellen Infektionen Wirkung zeigen, gegen das Coronavirus jedoch völlig unwirksam sind. Die besonders häufig gekauften Mittel Azithromycin und Levofloxacin können schwere Nebenwirkungen auslösen, die sogar zum Tod führen könnten. Die Ärzte warnen auch vor der Entstehung von Resistenzen, wodurch künftige Infektionen schwerer zu behandeln sind. Da in russischen Kliniken 70 bis 80 Prozent der Corona-Infizierten mit Antibiotika behandelt werden, obwohl die Häufigkeit einer bakteriellen Komplikation nur bei zehn bis 15 Prozent liegt, fühlen sich die Bürger darin bestärkt, vorsorglich Antibiotika einzunehmen. **MRK**

Hüterin der Beutekunst tot

Moskau – Die Präsidentin des Moskauer Puschkin-Museums, Irina Antonowa, ist vergangene Woche im Alter von 98 Jahren verstorben. Die Kunsthistorikerin galt als strenge Hüterin der Beutekunst, die Sowjetsoldaten nach dem Zweiten Weltkrieg als „Entschädigung“ für eigene Kriegsverluste nach Russland verschleppt hatten. Bis zum Alter von 91 Jahren war Antonowa Direktorin des Puschkin-Museums. Zu den als „Wiedergutmachung“ aus Deutschland „verlagerten Kulturgütern“ gehören unter anderem Heinrich Schliemanns Troja-Funde. Antonowa verteidigte den Erhalt der Kunstschätze im Puschkin-Museum und ist mit dafür verantwortlich, dass ein russisches Gesetz die Rückgabe der Kunstwerke an Deutschland verhindert. **MRK**

Straßburg lässt „Klimaklage“ zu

Straßburg – Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) hat den Weg für eine „Klimaklage“ von sechs Kindern und Jugendlichen aus Portugal freigemacht. Die Heranwachsenden werfen Deutschland und allen anderen EU-Staaten, Norwegen, Russland, Großbritannien, der Türkei, der Schweiz und der Ukraine vor, die „Klimakrise“ verschärft und damit die Zukunft ihrer Generation gefährdet zu haben. Erreichen wollen die Kläger beim Gerichtshof für Menschenrechte, dass diese Staaten ihre nationalen „Klimaziele“ verschärfen. Die Klage der portugiesischen Kinder und Jugendlichen wird von „Global Legal Action Network“ unterstützt. Ein juristischer Berater der Nichtregierungsorganisation sagte, „damit die EU-Mitgliedstaaten ihren Verpflichtungen gegenüber den jugendlichen Antragstellern und unzähligen anderen nachkommen“, müsse die Zielvorgabe der EU lauten, die Kohlendioxidemission bis 2030 um mindestens 65 Prozent zu senken. **N.H.**

SÜDAFRIKA

„Saison der Plündererei“

Auch Corona wird von der Regierung unter der Führung des ANC zur Selbstbereicherung genutzt



Am 13. November am Obersten Gerichtshof in Bloemfontein, der Hauptstadt der Provinz Freistaat: Generalsekretär und Nummer zwei der Regierungspartei ANC, Elias Sekgobelo Magashule

Foto: pa

VON WOLFGANG KAUFMANN

Als der Vorsitzende des African National Congress (ANC), Cyril Ramaphosa, im Februar 2018 das Amt des Präsidenten der Republik Südafrika übernahm, versprach er ein Ende der maßlosen Korruption im Lande. Während der fast zehnjährigen Herrschaft seines Vorgängers Jacob Zuma sollen Steuergelder in Höhe von umgerechnet mehr als 70 Milliarden Euro veruntreut worden sein – andere Schätzungen gehen sogar von der dreifachen Summe aus.

Vorwürfe aus beiden Lagern

Dabei bereicherten sich die Täter nicht nur äußerst skrupellos, sondern agierten auch extrem brutal. Nach Angaben des Forschungsnetzwerkes Assassination ZA starben in den letzten 20 Jahren 311 südafrikanische Politiker durch Mordanschläge – wobei deren Zahl ab 2016 mas-

siv zunahm. Viele der Getöteten hatten versucht, Korruptionsfälle innerhalb des African National Congress öffentlich zu machen.

Trotzdem gibt es noch genügend Beweismaterial, um alleine schon gegen Zuma 18 Anklagen wegen 700 verschiedener schwerer Straftaten zu erheben. So soll der frühere Staats- und Regierungschef im Zusammenhang mit Waffenkäufen im Ausland mehrere Millionen US-Dollar Schmiergeld eingestrichen haben. Zuma drückte sogar beide Augen zu,

„Nur Aasfresser profitieren von einem Desaster“

Cyril Ramaphosa
Präsident der Republik Südafrika

ls seine Gefolgsleute die Trauerfeier für den verstorbenen Nationalhelden Nelson Mandela nutzten, um sich illegal die Taschen zu füllen.

Allerdings lehnte es der Expräsident bislang strikt ab, vor Gericht zu erscheinen, während die Zuma-Loyalisten um die nationale Ombudsfrau (Public Protector) Busisiwe Mkhwebane zum Gegenschlag ansetzten und Ramaphosa der Annahme von illegalen Wahlkampfspenden bezichtigten. Daraufhin ordnete dieser zur Ablenkung die publikumswirksame Verhaftung von 13 korrupten ANC-Funktionären durch Polizei-Spezialeinheiten und die staatliche Strafverfolgungsbehörde National Prosecuting Authority (NPA) an. Den Festgenommenen wird unter anderem vorgeworfen, 2014 um die 12,5 Millionen Euro an staatlichen Mitteln für die Asbestsanierung von Wohnhäusern in der Provinz Freistaat kassiert zu haben, ohne die Arbeiten jemals ausführen zu lassen.

Danach traf es den engen Zuma-Vertrauten Elias Sekgobelo Magashule, 2009 bis 2018 Premierminister der Provinz Freistaat und seit 2017 Generalsekretär des ANC. Der zweithöchste Funktionär der südafrikanischen Regierungspartei musste am 13. November wegen seiner mutmaßlichen Verwicklung in die Asbestaffäre und weiterer Korruptionsvorwürfe vor Gericht erscheinen und wartet nun auf die Hauptverhandlung.

Schuldige in beiden Lagern

Weil die NPA während der Zuma-Ära derart demontiert worden war, dass sie bis heute noch nicht so effektiv agieren kann wie erforderlich, herrscht auch während der Corona-Krise Anarchie. Das bewog Ramaphosa zu einem Wutschreiben an die Adresse aller Südafrikaner. Darin hieß es: „Nur Aasfresser profitieren von einem Desaster.“ Hintergrund ist, dass dem ANC angehörende Geschäftsleute die Preise für Mund-Nase-Masken um 900 Prozent erhöht hatten. Ebenso ermöglichte es Magashule seinen beiden Söhnen, sich mit umgerechnet 110.000 Euro aus dem Pandemietopf zu bedienen. Und die ANC-Politikerin sowie frühere Kommunikations- und Umweltministerin Nomvula Mokonyane nutzte staatliche Gelder, um Seife im Wert von 150.000 Euro zu horten.

Allerdings waren auch Mitglieder des Kreises um Ramaphosa aktiv, als es darum ging, etwas von den Milliardenbeträgen zu ergaunern, welche die südafrikanische Regierung für den Kampf gegen das Coronavirus zur Verfügung gestellt hatte. Beispielsweise ergatterte der Ehemann von Ramaphosas Sprecherin Khusela Diko einen unverhältnismäßig lukrativen Auftrag zur Beschaffung von Schutzanzügen. Insofern hat die Ramaphosa-Gegenspielerin Mkhwebane durchaus recht, wenn sie konstatiert, mit der Corona-Pandemie sei in Südafrika eine neue „Saison der Plündererei“ eröffnet worden.

All das lenkt naheliegenderweise von den laufenden Verfahren gegen ihren Ziehvater Zuma und die Nummer zwei des ANC Magashule ab. Dergestalt ermutigt, besitzt Letzterer die Dreistigkeit, weiter als Generalsekretär zu agieren, obwohl die Statuten der Partei vorschreiben, dass er sein Amt bis zur Klärung der Korruptionsvorwürfe gegen ihn ruhen lässt.

GROSSBRITANNIEN

Dämpfer für die Transgender-Bewegung

Junge Klägerin stoppt umstrittene Hormonbehandlung für angeblich transsexuelle Kinder

In vielen westlichen Ländern steigt die Zahl angeblich transsexueller Kinder und Jugendlicher dramatisch. Beispiel Großbritannien: Innerhalb einer Dekade ist die Zahl der Fälle von 97 auf 2728 gestiegen, die am Londoner Tavistock NHS Hospital, der auf Jugendliche mit Gender-Störung spezialisierten Klinik des Landes, behandelt werden. Dies ist eine Steigerung um mehr als 2000 Prozent. Drei Viertel waren Mädchen, die Mehrzahl erst 13 oder 14 Jahre alt oder jünger. Einige Beobachter sprechen von einer regelrechten Trans-Welle, besonders unter weiblichen Teenagern, die mit „Pubertätsblockern“ und Hormonen behandelt werden; es folgen weitere Schritte zur Geschlechtsumwandlung, „Transition“ genannt.

Nun hat ein Urteil des High Court, des obersten Gerichtes des Königreichs, dem vorerst einen Riegel vorgeschoben. Ge-

klagt hatte die 23-jährige Keira Bell, die als Mädchen glaubte, sie sei transsexuell und wolle ein Mann werden. Nachdem sie im Tavistock-Hospital oberflächlich untersucht worden war, erhielt sie als 16-Jährige die Hormonbehandlung, später ließ sie sich auch noch die Brüste amputieren. Die sogenannte Transition empfand sie als sehr schmerzhaft und traumatisch. Bell bereute das alles später und versucht seitdem, die sexuelle Umwandlung rückgängig zu machen – „Detransition“ heißt das im Fachjargon. Bis heute hat Bell aber eine tiefe Männerstimme, im Gesicht leichten Bartwuchs und Narben auf der Brust.

High Court verurteilt Klinik

„Die Gender-Kliniken spielen Gott“, klagt Bell. Verletzliche, unsichere Kinder, die wie sie selbst psychische Probleme haben,

würden leichtfertig auf den Weg einer Geschlechtsumwandlung geschickt. Die Richterin Victoria Sharp vom High Court stimmte zu, dass die Klinik das Gesetz gebrochen habe, indem sie nicht genügend über die Risiken und die Konsequenzen der Pubertätsblocker informiert habe. Außerdem sei „sehr unwahrscheinlich“, dass Kinder und Jugendliche die langfristigen Risiken von Pubertätsblockern oder die Tragweite einer „Transition“ zum anderen Geschlecht verstehen könnten.

Für die gut organisierte Trans-Bewegung ist das Urteil von letzter Woche ein Schlag. Die LGBT-Organisation Stonewall, einst als Schwulen- und Lesbenorganisation gegründet, und der Mermaids-Verein, der explizit Trans-Kinder anspricht, sprachen von einem „schockierenden“ Urteil. Mermaids (Meerjungfrauen) sieht eine „potentielle Katastrophe“

für junge Trans-Personen. Beides sind mit viel Geld, auch Steuergeld, ausgestattete Trans-Lobbygruppen.

Einige Feministinnen, darunter auch die Schriftstellerin J.K. Rowling, die Erfinderin von Harry Potter, beobachten mit Sorge, dass vor allem junge Frauen, darunter viele burschikose Lesben, inzwischen unter Druck geraten, sich zu Transmännern zu erklären. Gegen die umstrittene Gender-Klinik im Tavistock-Hospital gab es schon länger Vorwürfe. Ärzte hatten intern gewarnt, dass viel zu leichtfertig jungen Leuten eine Trans-Behandlung verschrieben werde. Tage nach dem Urteil wurde bekannt, dass ein leitender Arzt, der Psychiater David Bell, als „Whistleblower“ nun mit einem Disziplinarverfahren überzogen wird, weil er interne Klagen weitergereicht hatte.

Claudia Hansen

VON MANUELA ROSENTHAL-KAPPI

Die Folgen der Sanktionspolitik des Westens gegen Russland zeigen Auswirkungen, wenn auch nicht die von EU und USA beabsichtigten. Entgegen der Erwartung, mit dem Handelsembargo Moskau politisch in die Knie zwingen zu können, profitiert die Wirtschaft. Russland mausert sich vom Importeur zum Exporteur.

Bereits im vergangenen Jahr war das Land zum weltweit größten Weizenexporteur aufgestiegen. Für das Erntejahr 2020/21 hat das Landwirtschaftsministerium der USA (USDA) für Russland eine Exportmenge von rund 37.500 Tonnen Weizen prognostiziert. Auch in anderen Agrarbereichen holt das Land auf. Beim Export aller Agrargüter gibt es trotz Corona-Krise, unter der auch die russische Wirtschaft leidet, ein Plus von 21,5 Millionen Euro in diesem Jahr. Besonders Ölmühlenprodukte und Getreide aus Russland sind auf dem Weltmarkt gefragt.

Es sind die Erfolge der staatlichen Importsubstitutionspolitik, die sich besonders in der Landwirtschaft zeigen. Dank großzügiger Investitionsprogramme hat Russland den Ausbau bei der eigenen Schweineproduktion vorangetrieben und ist in nur kurzer Zeit zum siebtgrößten Schweinefleischexporteur der Welt aufgestiegen. Wichtige Absatzmärkte sind Vietnam und Hongkong, gefolgt von der Ukraine, die in diesem Jahr trotz der außenpolitischen Zerwürfnisse 29.600 Tonnen Schweinefleisch von ihrem Nachbarn importiert hat. Russland drängt mit seinen Agrarprodukten auch auf den chinesischen Markt und entwickelt sich zum Konkurrenten der EU.

Das Handelsembargo hat ebenfalls den Ausbau der kommerziellen Milcherzeugung und -verarbeitung beschleunigt. Zwar wurde das Ziel, bis 2020 völlig autark zu sein, noch nicht erreicht, aber dank verbesserter Tiergenetik, Leistungssteigerungen sowie Kostenreduzierung rückt dieses Ziel in greifbare Nähe. Für die EU wird auch nach einem möglichen Wegfall der Sanktionen auf dem russischen Markt kaum noch Platz sein.

Die Regierung hat in den vergangenen Jahren viele Milliarden Euro in den Agrarsektor gesteckt. Kurzfristige Bankdarlehen für Landwirte führten zu einem regelrechten Investitionsboom, der mit dem Handelsembargo des Westens und dem Boykott westlicher Waren zusätzlichen Schub erhielt. Um gänzlich autark zu werden, sind jedoch weitere Subventionen sowie vertieftes Fachwissen notwendig. Ein großes Problem für die russische Landwirtschaft stellt zudem die oft schwierige Logistik in dem Flächenland mit großen Entfernungen zu den Verbraucherzentren dar.



Putin in Tobolsk: Sibur-Chef Dmitrij Konow (l.) führt den Präsidenten durch den zukunftssträchtigen Petrochemie-Konzern

INVESTITIONSPROGRAMME

Russland mausert sich vom Importeur zum Exporteur

Folge der Sanktionen des Westens: Die russische Wirtschaft legt zu. Moskau erschließt neue Märkte im Osten und konkurriert mit der EU

Der Erfolg der bisherigen Investitionsprogramme beflügelte den Präsidenten, der sich im Inneren verstärkt Kritik wegen der wenig erfolgreichen Bewältigung der Corona-Krise ausgesetzt sieht, auf weitere Subventionen zu setzen. Vor Kurzem besuchte Wladimir Putin den größten petrochemischen Konzern des Landes Sibur im sibirischen Tobolsk, dessen Aktivitäten das gesamte Spektrum der Petrochemie abdecken. Putin rechnet in den nächsten Jahren mit einer drastischen Abnahme der Erdölnachfrage auf dem Weltmarkt. Deshalb setzt er auf die verarbeitende Produktion. Hier sei mit einem Wachstum von etwa vier Prozent zu rechnen.

Der Verfall der Öl- und Gaspreise auf dem Weltmarkt und des aufgrund der Ausstiegs aus der Nutzung fossiler Brennstoffe in vielen Ländern zu erwartende Nachfra-

gerückgang zwingt Russland dazu, seine weiterverarbeitende Produktion voranzutreiben. Bei der Produktion von Polymeren (Basisstoff für Kunststoffe) soll das Land bald einen Platz unter den ersten Zehn der Welthersteller einnehmen.

Gute Aussicht trotz Plastikverbot

Eine weitere dringende Aufgabe ist laut Putin die Bildung einer stabilen Nachfrage nach russischen petrochemischen Produkten. Als Beispiel führte er den Bereich Wohnen und kommunale Dienstleistungen an, in dem durch die Verwendung von Polymerrohren bis zu 50 Prozent der Kosten für die Wartung von Wasserleitungen und Abwasserkanälen eingespart werden. In Russland betrage der Anteil an Plastikrohren in Wohnungen 35 und in Europa 85 Prozent.

Um Plastikverbote in reichen Gesellschaften wie der US-amerikanischen oder deutschen in den kommenden Jahren machen sich russische Experten wenig Sorgen. Denn während die reichen Staaten sich den Verzicht leisten könnten, so die Begründung, seien Länder wie Indien, Pakistan, Mexiko, die Philippinen, Indonesien oder Nigeria weiterhin auf den Einsatz von Kunststoffen angewiesen. Sie seien es auch, die in den nächsten 30 Jahren zu den Triebkräften des globalen Wirtschaftswachstums gehören würden. Von daher rechnen russische Fachleute mit einer wachsenden Nachfrage nach verschiedenen Kunststoffderivaten. Die Entwicklung der Petrochemie wird als vorrangige Aufgabe der Branche gesehen, da sie Möglichkeiten für die Entwicklung der Regionen und zur Schaffung von Arbeitsplätzen bietet.

NOVEMBER-HILFEN

Betriebswirtschaftlicher Unsinn

CDU-Vorsitzkandidat Friedrich Merz kritisiert die Berechnung der Corona-Hilfen nach dem Umsatz

Seit einigen Tagen können die Ende Oktober nach dem zweiten Teil-Lockdown beschlossenen Corona-Hilfen für Selbstständige der Veranstaltungsbranche und der Gastronomie beantragt werden. Diese Hilfen gelten zunächst nur für den Monat November, deshalb wird von Novemberhilfen gesprochen.

Da aber im Dezember die Coronazahlen weiter steigen und deshalb bereits eine Verschärfung der Lockdown-Maßnahmen beschlossen wurde, ist davon auszugehen, dass diese Hilfen auch auf den Dezember ausgedehnt werden müssen. Da die Hilfen 75 Prozent des Umsatzes und nicht des Gewinns des Vorjahres der betroffenen Unternehmen betragen sollen, könnte eine Ausdehnung auf Dezember nicht nur zu einer Verdoppelung der ursprünglich geplanten Hilfssumme, sondern zu einer Ver-

vielfachung führen, denn viele Unternehmen generieren wegen des Weihnachtsgeschäfts gerade im Dezember die Hälfte ihres Jahresumsatzes.

Die Zuschüsse der Bundesregierung erhalten Gastronomiebetriebe sowie Solo-Selbstständige und Künstler, die von behördlich angeordneten Schließungen wegen der Corona-Pandemie betroffen sind. Verwunderlich ist, dass nur der Kandidat für den CDU-Vorsitz Friedrich Merz diese auf der Basis des Umsatzes berechnete Hilfsmaßnahme, die jeglicher betriebswirtschaftlicher Logik widerspricht, als „Schnellschuss“ bezeichnet. Der Umsatz sei kein geeignetes Maß, die Wirtschaftlichkeit eines Unternehmens zu berechnen, und kein geeigneter Maßstab für die Hilfsbedürftigkeit aus betriebswirtschaftlicher Sicht. Um den betriebswirtschaftli-

chen Unsinn dieser Hilfsmaßnahmen zu veranschaulichen, brachte Merz das Beispiel eines selbstständigen Konzertveranstalters, der in normalen Jahren fünf Prozent Gewinn am Umsatz hat, jetzt aber 75 Prozent eines Monatsumsatzes erstattet bekommt. Dieser Konzertveranstalter habe jetzt dank Corona eine Gewinnsteigerung um satte 70 Prozent und dies ohne dass ihm ein strafbares Corona-Hilfen-Abkassieren vorgeworfen werden könne, wie dies viele Scheinselbstständige täten, die nach Ausbruch der Pandemie schnell noch Einmannunternehmen gegründet hätten, um die entsprechenden Hilfen abzukassieren.

70 Prozentpunkte Steigerung

Mit dem Umsatz hätte der Konzertveranstalter eigentlich seine Zulieferer, also

Bühnenbauer, Techniker, Künstler etc. bezahlen müssen. Diese können jetzt jedoch eigene Anträge aus dem Corona-Hilfefonds stellen und bekommen ebenfalls 75 Prozent ihres Umsatzes erstattet. „Umsatz und Gewinn sind eben zwei verschiedene Dinge“, sagte Merz. BWL-Studenten lernen das im ersten Semester, spätestens aber im ersten Betriebspraktikum.

Während im Inland nur Merz die betriebswirtschaftliche Unlogik der Hilfen moniert, kommt aus dem Ausland umso mehr Kritik an den deutschen Hilfen, in denen viele EU Länder eine unzulässige Staatsfinanzierung und damit Verzerrung des Wettbewerbsprinzips sehen. Außer Deutschland kann sich nämlich kein weiteres EU-Mitglied, auch nicht die noch stärker von der Pandemie betroffenen, solch üppige Hilfen leisten. *Bodo Bost*

● MELDUNGEN

China zeigt Krallen

Peking – Australien bekommt Schwierigkeiten mit seinem Kohle-Export nach China. Zwei große Kohlefrachter liegen seit dem Sommer vor der chinesischen Küste und dürfen nicht entladen werden. Weil die australische Regierung eine unabhängige Untersuchung Pekings über das Coronavirus verlangte, behindert die Regierung in Peking die Ausfuhren von Australien nach China. Betroffen sind außer Kohle noch Holz, Wein und Gerste. Weitere Frachtschiffe sind auf dem Weg nach China und könnten dort bald gleichfalls festliegen. Japan wäre zwar bereit, die Kohle abzunehmen, fordert aber einen großzügigen Rabatt. Proteste von Zeitungen und Gewerkschaften in Australien machen auf die chinesische Regierung keinen Eindruck. Vom chinesischen Außenministerium ist zu hören, dass niemand die Frachter daran hindere, die Anker zu lichten und umzukehren. Die meisten Seeleute an Bord der Frachter sind Indier, was derweil die dortige Regierung auf den Plan gerufen hat. *F.B.*

Aldi expandiert in Frankreich

Essen – Aldi Nord hat die bislang größte Übernahme in seiner Firmengeschichte vereinbart. Der deutsche Discounter kauft für 717 Millionen Euro von der Group Casino 547 Filialen der französischen Supermarktkette Leader Price. Mit den übernommenen Filialen wächst das Netz von Aldi Nord in Frankreich auf etwa 1400 Filialen. Teil der Übernahme sind auch 40 Filialen in der französischen Hauptstadt, in der Aldi Nord nur schwach vertreten war. Bislang liegt Aldi Nord in Frankreich deutlich hinter dem Erzrivalen Lidl zurück. Laut der „Lebensmittelzeitung“ erzielte Aldi Nord in Frankreich bislang einen Jahresumsatz von rund 3,3 Milliarden Euro. Mit den übernommenen Filialen wird Aldi Nord auf einen Schlag seinen Umsatz auf etwa sechs Milliarden erhöhen. Der Konkurrent Lidl erwirtschaftet in Frankreich in seinen mehr 1530 Filialen einen jährlichen Umsatz von mehr als zwölf Milliarden Euro. *N.H.*

Russland soll helfen

Leipzig – Beim Deutsch-Russischen Rohstoff-Forum am 1. Dezember in Leipzig waren deutsche und russische Wissenschaftler, Wirtschaftsvertreter und Politiker zusammengekommen, um über die Zukunft von Wasserstoff als Energieträger zu sprechen. Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier hob die Bedeutung Russlands bei der Zusammenarbeit beim sogenannten grünen Wasserstoff hervor. Bei der Dekarbonisierung von Sektoren, die sich nur schwer oder gar nicht elektrifizieren lassen, falle dem Wasserstoff zukünftig eine Schlüsselrolle zu. Da Russland dank seiner Ressourcen kostengünstig Wasserstoff herstellen und durch seine umfangreiche Pipeline-Infrastruktur den CO₂-neutralen Energieträger transportieren könne, sei das Land ein vielversprechender Partner, der helfen könne, das Ziel der Klimaneutralität bis zum Jahr 2050 zu erreichen. *MRK*

ANALYSE

Polizei am Pranger

ERIK LOMMATZSCH

Es gibt Begriffe, die sind jedem geläufig. Und es gibt Zeiten, da erfreut sich der eine oder andere davon einer medialen Dauerpräsenz. Suggestiert wird so, dass es sich um ein aktuelles, mit einer dringend zu lösenden Problematik verbundenes Phänomen handelt. Einer dieser Begriffe lautet „Polizeigewalt“. Seit einigen Monaten werden damit verstärkt Schlagzeilen produziert, in der Regel mit anklagendem Charakter und unter Vermittlung des Eindrucks einer allgemeinen, immer weiter um sich greifenden Tendenz.

Der Übergang der Gewalt in das Monopol des Staates gilt als ein wesentliches Charakteristikum der Neuzeit. Über die – lange als fortschrittlich geltende – Idee kann man bei Klassikern der Staatstheorie wie Jean Bodin oder Thomas Hobbes nachlesen. Max Weber, der soziologische Klassiker schlechthin, formulierte: „Staat soll ein politischer Anstaltsbetrieb heißen, wenn und insofern sein Verwaltungsstab erfolgreich das Monopol legitimen physischen Zwanges für die Durchführung der Ordnungen in Anspruch nimmt.“

Am Gedanken der Legitimation des Staates, diesen physischen Zwang im Rahmen seiner Gesetze zur Aufrechterhaltung des Gemeinwesens im Bedarfsfall mit der Polizei als einem der wesentlichen Vollzugsorgane der Exekutive durchzusetzen, werden nun erhebliche Zweifel gestreut. Deutlichen Aufwind erfuhr eine klare Position beziehende „Berichterstattung“ mit dem Tod des Kriminellen George Floyd im US-Bundesstaat Minneapolis im Mai.

Neben dem Rassismus-Vorwurf prägte der Begriff „Polizeigewalt“ die entsprechenden Nachrichten. Unabhängig von der Bewertung des Handelns der Polizisten wurde der Anlass der Festnahme meist völlig ausgeblendet. Ähnliches gilt für eine Reihe anderer Fälle, welche die Medien vorrangig mit Fokus auf die „Polizeigewalt“ präsentierten. Dies ist bei Weitem nicht nur auf die USA beschränkt.

Systematischer Vertrauensverlust

In der „Welt“ hieß es über einen Vorgang in Paris: „Polizei räumt gewaltsam Migranten-Camp“. Kommt es bei den derzeitigen Demonstrationen in Frankreich, welche sich laut „Tagesschau“-Homepage „gegen ein umstrittenes Sicherheitsgesetz und Polizeigewalt“ richten, zu Ausschreitungen bei den

Protesten, so finden diese lediglich „am Rande“ statt. Hingegen heißt es bezüglich des Vorgehens gegen einen Musikproduzenten: „Wieder Polizeigewalt in Frankreich“.

Und auch hierzulande gibt es Entsprechendes zu vermelden. So klagte die „taz“ im August: „Videos von Polizeihandlungen zeigten in den vergangenen Tagen Fälle von Polizeigewalt. Die Verantwortlichen wiegeln oft noch ab.“ Der MDR berichtete Mitte November auf seiner Website über eine „Studie zu Polizeigewalt“ mit der Spezifizierung: „Die Polizei und ihr latenter Rassismus“.

Die Medien greifen auf, die Zuständigen handeln. Da muss es nicht einmal zu „Gewalt“ gekommen sein, auch anderes reicht aus, um „Verfehlungen“ der Polizei anzuprangern, etwa: „Disziplinarverfahren gegen 17 Polizisten wegen rechter Chatgruppe“.

Dass es Verfehlungen von Amtsträgern und natürlich auch von Polizisten gibt, die zu ahnden sind, dass es Beamte gibt, die sich als ungeeignet für ihren Beruf erweisen, soll nicht in Frage gestellt werden. Bemerkenswert und hochgradig gefährlich für die Zukunft der öffentlichen Ordnung ist das deutlich erkennbare Bestreben, die Polizei insgesamt zu diskreditieren und zu delegitimieren. In der öffentlichen Wahrnehmung verkommt sie dadurch am Ende zu einem Akteur unter vielen, zudem noch anfällig für Gewalttaten. Das Vertrauen, welches grundsätzlich in die Polizei vorhanden sein sollte, wird systematisch untergraben.

Vor diesem Hintergrund erscheinen Meldungen über Angriffe auf die Polizei – über die gegenwärtig ohnehin zurückhaltend berichtet wird – in einem anderen Licht als früher. Selbst wenn es nicht explizit ausgeführt wird, so erhalten die Taten durch das mehr und mehr verfestigte Bild der „gewalttätigen“ Polizei zumindest einen Anflug von moralischer Berechtigung. Dies gilt für links-extreme Anschläge auf eine Polizeiwache in Leipzig-Connewitz ebenso wie für den Vorgang im Dannenröder Forst Ende November, der einige Beamte beinahe das Leben gekostet hätte und als versuchter Totschlag gewertet wird.

Sollte sich die Berichterstattung fortsetzen, welche das „Problem“ einer verbreiteten, zumindest latenten „Polizeigewalt“ weiter in den Köpfen verankert, so wäre der ideale Boden bereitet, um, neben vielem anderen, auch die Polizei abzuschaffen. Dann sogar mit gutem Gewissen.



Verdrängtes Schicksal: Vertreibung der Deutschen aus Schlesien im März 1946

Foto: AKG images

LEITARTIKEL

Halbierte Erinnerung

RENÉ NEHRING

Die Partnerschaft zwischen Deutschland und Polen ist eine wichtige Voraussetzung für eine erfolgreiche Zukunft. Aber wir werden auch die Vergangenheit nicht vergessen. Nicht das Leid der Menschen in Polen, nicht den historischen Mut zur Versöhnung und auch nicht einen Kniefall, der uns an all das erinnert.“

Mit diesen Worten endete eine am Montag ausgestrahlte Videobotschaft von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier zum 50. Jahrestag des Kniefalls Willy Brandts vor dem Ehrenmal für die Toten des Warschauer Ghettos am 7. Dezember 1970. Eingeleitet hatte Steinmeier seine Botschaft mit den Worten: „Als der deutsche Bundeskanzler damals nach Warschau kam, waren die Wunden der Vergangenheit noch frisch: Der Überfall auf Polen, der mit entsetzlicher Grausamkeit von Deutschland geführte Vernichtungskrieg, der Terror und die polnischen Opfer der deutschen Besatzung, der Völkermord an den Juden. Auch Flucht und Vertreibung der deutschen Zivilbevölkerung lasteten auf den Beziehungen.“ Immerhin erwähnte der Bundespräsident die deutschen Opfer des Zweiten Weltkriegs noch am Rande.

Auch Außenminister Heiko Maas widmete sich gegenüber der dpa Brandts Kniefall und wertete diesen als „eine stille und demütige Bitte um Vergebung für die abscheulichen Verbrechen des national-

sozialistischen Deutschlands in Polen“ und versprach: „Wir Deutschen werden dabei niemals vergessen, welche Überwindung es für Polen und die Nachfahren der Millionen Opfer bis heute bedeuten muss, Willy Brandts stille und demütige Bitte um Vergebung anzunehmen.“ Für die eigenen Landsleute fand der Außenminister keine Worte des Gedenkens.

Mit ihrer Fokussierung auf den Kniefall Willy Brandts reduzieren die beiden Repräsentanten der Bundesrepublik Deutschland einen der großen Wende-

ein Viertel seines Staatsgebietes verzichtete. Kein Wort von den großen Schicksalsfragen, um die in jenen fernen Tagen gerungen wurde – und auch kein Wort davon, wer den deutschen Heimatvertriebenen ihr Leid angetan hatte.

Ein Sprichwort besagt: „Eine halbe Wahrheit ist eine ganze Lüge.“ Was dies bezogen auf eine halbierte Erinnerung bedeutet, mag sich jeder selbst erschließen.

Dass die offenkundige Schiefelage in der deutsch-polnischen Gedenkkultur keinesfalls nur ein historisches Problem ist, zeigen die wiederholten Reparationsforderungen Polens an Deutschland in den letzten Jahren. Dabei listet der östliche Nachbar und Bündnispartner der Bundesrepublik regelmäßig seine während des Krieges erlittenen Verluste an Menschen und Sachwerten auf – und lässt dabei konsequent beiseite, dass der polnische Staat durch die Grenzverschiebungen nach Kriegsende mehrere Zugänge zum Meer, fruchtbare Agrarflächen, das Kohle- und Industrieviertel in Oberschlesien und vieles mehr erhalten hat, deren Wert die geforderte Reparationssumme weit überschreitet. Dass auch Polen vor, während und nach dem Zweiten Weltkrieg tausendfach zu Tätern wurden, findet heute praktisch keine Erwähnung mehr.

1965 schrieben die polnischen Bischöfe an ihre deutschen Amtsbrüder den großen Satz: „Wir vergeben und bitten um Vergebung.“ Damals war man in der deutsch-polnischen Erinnerungskultur offenkundig weiter als im Jahre 2020.

1965 war man in der Erinnerungskultur offenkundig weiter als im Jahre 2020

punkte der deutschen Nachkriegsgeschichte auf die – durchaus bewegende – Geste eines Parteifreunds. Kein Wort bei Steinmeier und Maas über den eigentlichen Anlass der Reise des damaligen Bundeskanzlers in die polnische Hauptstadt – nämlich die Unterzeichnung des Warschauer Vertrags, der nicht zuletzt die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als Westgrenze Polens bedeutete. Kein Wort davon, dass Deutschland damals – die durch den Zweiten Weltkrieg geschaffenen Realitäten anerkennend – faktisch auf

PORTRÄT

Bissige Friedensstifterin

Man kann nicht behaupten, dass die OSZE in jüngster Zeit viel zum Frieden in Europa beigetragen hätte. Die Konflikte in der Ukraine, Weißrussland oder Bergkarabach hat die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, die 1995 die Nachfolge der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) antrat, bislang nicht lösen können.

Hinzu kam, dass eine Art interner Kalter Krieg die Führungsebene der Organisation geschwächt hat. So scheiterte eine Verlängerung des Mandats des Schweizer Generalsekretärs Thomas Greminger am Widerstand einzelner Teilnehmerstaaten. Diese haben sich jetzt auf die deutsche Diplomatin **Helga Maria Schmid** geeinigt, die vom kommenden Jahr an als erste Frau das Generalsekretariat leiten wird.

Unter dem derzeitigen OSZE-Vorsitzenden, Albanien Ministerpräsidenten Edi Rama, wird die aus Dachau stammende 60-Jährige zur Chefin eines Apparats von 3500 Angestellten, die am OSZE-Sitz im Wiener Palais Pálffy und der Hofburg mehr kosten als nutzen. Unter ähnlichen

Voraussetzungen ist sie seit 2016 derzeit noch Generalsekretärin des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD), ist also so etwas wie die oberste Bürochefin der in aller Welt verteilten Botschaften der EU.

Als sie noch stellvertretende Generalsekretärin des EAD war, fädelte sie 2010 das Atomabkommen mit dem Iran ein, das aber inzwischen durch den Konflikt zwischen den Mullahs und den USA auf Eis liegt. In diplomatischen Diensten steht sie seit ihrem Studium der Romanistik, Geschichte und Politik. Sie war Referentin bei den Außenministern Klaus Kinkel und Joschka Fischer, der sie wegen ihrer Hartnäckigkeit als „Tüpfelhyäne“ bezeichnet hat. Um die 57 Teilnehmerstaaten der OSZE auf Spur zu bringen, wird sie jedenfalls viel Biss nötig haben. H. Tews



Neue OSZE-Chefin: Helga Schmid

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Die Pommerische Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2019: Inland 12 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 14,50 Euro, Luftpost 18,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem

Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,90 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 33.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADE33XXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDE33 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen: www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: lo@ostpreussen.de

Geduld ist gefragt

Die Pandemie hebt den Eröffnungstermin des Humboldt-Forums aus – Dafür gibt es einen digitalen Rundgang am 16. Dezember

VON DIRK KLOSE

Es wäre zu schön gewesen! Am 17. Dezember sollte das Humboldt-Forum im nach sieben-jähriger Arbeit wiederaufgebauten Berliner Schloss eröffnet werden. Aber daraus wird nichts. Corona-bedingt wurde der Termin verschoben. Stattdessen wird es am 16. Dezember um 19 Uhr einen digitalen Live-Rundgang durch die ersten Ausstellungsräume geben.

Mit nur wenig verlängerter Bauzeit und üblicher Kostenüberschreitung – am Ende werden statt der geplanten 552 Millionen Euro etwa 677 Millionen Euro zu Buche stehen – hat sich hier ein kleines Berliner Wunder ereignet. Ein Wunder vor allem deswegen, weil das Schloss, an dessen Wiederaufbau noch lange nach der deutschen Vereinigung niemand ernstlich geglaubt hatte, nun doch und äußerlich in alter Pracht wiedererstand ist.

So rechte Freude will gleichwohl nicht aufkommen, nicht nur wegen Corona, sondern auch weil das Schloss unversehens in schlechten Ruf geraten ist. Wegen der einmaligen völkerkundlichen Sammlungen, die Berlin nun einmal hat und die künftig hier gezeigt werden, ist das Humboldt-Forum unversehens in den Geruch eines Symbols des deutschen Kolonialismus geraten. So verrückt das ist, so hat es doch Methode.

Das Schloss zur Königskrönung

Wenn überhaupt, dann ist das Schloss ein Symbol für Preußen. Fast 600 Jahre lang haben die jeweiligen Hohenzollernherrscher ihre Spuren hinterlassen: erster Bau, Abriss und Neubau, weiterer Ausbau zur Königsresidenz, Ausschmückung zahlreicher Innenräume als Glanzpunkte des deutschen Barock und des Klassizismus, und das alles mit den besten Baumeistern, Architekten und Bildhauern, die Preußen jeweils aufbieten konnte.

Unter Kurfürst Friedrich II. wurde am 31. Juli 1443 der Grundstein gelegt. Acht Jahre später war der Bau, eher eine befestigte Burg als ein Schloss, fertig, sehr zum Ärger der Bürger Berlins und Cöllns, de-



So gut wie fertig: Das Berliner Schloss mit seiner West- und Südfassade

Foto: SHF/Hi.Res.Cam

ren Widerstand als „Berliner Unwille“ in die Geschichte eingegangen ist.

Im 16. Jahrhundert wurde diese Burg freilich schon wieder abgetragen und stattdessen ein schlossähnlicher Bau im Renaissancestil errichtet, von dem sich bis 1945 vor allem die an der Westseite weit in die Straße, die heutige Karl-Liebknecht-Straße, ragende Hofapotheke erhalten hatte – Berlins älteste Giftküche, wie man später spöttelte.

Doch auch dieser Bau hatte keinen Bestand. Kurfürst Friedrich III. hatte sich 1701 in Königsberg eigenhändig zum preussischen König Friedrich I. gekrönt, und nun musste auch seine Residenz königlich werden. Dazu wurde das alte Schloss umgebaut und erweitert. Beauftragt wurde der gleichermaßen als Architekt, Baumeister und Bildhauer schon berühmte Andreas Schlüter, der dem Bau seine gewaltige, immer wieder imponierende

Form gab, ferner die prachtvollen Fassaden, zwei ebenso prächtige Innenhöfe, ferner Wohn- und Repräsentationsräume, die alle Vergleiche mit Meisterwerken in Italien und Frankreich aushielten.

Schlüters Tätigkeit ist von Tragik umwittert. Aus Prestige Gründen wurde neben dem Schloss ein Münzturm gebaut, mit 94 Metern das damals höchste Gebäude in Europa. Schlüter hatte den sumpfigen Untergrund aber zu wenig einkalkuliert. Wegen Einsturzgefahr musste der halb fertige Turm wieder abgetragen werden. Schlüter wurde in Ungnade seines Postens enthoben, blieb allerdings weiter als Bildhauer tätig. So wurde hinter der südöstlichen Schlossecke sein Reiterstandbild des Großen Kurfürsten (heute im Charlottenburger Schloss) aufgestellt.

Schlüters Werk vollendete im Wesentlichen sein Konkurrent Johann Friedrich Eosander. Er baute auch das große Portal

auf der Westseite, über dem erst 1854 von Friedrich August Stüler die markante Kuppel aufgesetzt wurde.

Honeckers Schlossportal

Ebenfalls ein Werk des 19. Jahrhunderts ist der Neptunbrunnen von Reinhold Begas, der heute vor dem Roten Rathaus steht. Nach 1918 waren in dem nun herrenlosen Schloss Behörden und wissenschaftliche Institute untergebracht. Im Zweiten Weltkrieg wurde das Schloss am 3. Februar 1945 schwer getroffen, freilich nicht so stark, dass nicht doch ein Wiederaufbau möglich gewesen wäre. Aber der SED passte dieses „Symbol des preussischen Militarismus“ ganz und gar nicht. Gegen viel Widerstand wurde die Ruine im Herbst 1950 gesprengt.

Das Portal IV, von dem aus der Sozialistenführer Karl Liebknecht am 9. November 1918 die „freie sozialistische Re-

publik Deutschland“ ausgerufen hatte (zwei Stunden zuvor hatte Philipp Scheidemann vom Reichstag aus die „deutsche Republik“ proklamiert), war ausgebaut und wurde in den 1960er Jahren als Entree in das neue Staatsratsgebäude der DDR eingefügt, vor dem SED-Chef Erich Honecker meist seine Gäste empfing.

Die Fläche, auf der das Schloss stand, war jahrelang als Marx-Engels-Platz ein öder Aufmarschplatz. Das wurde schließlich auch der SED zu viel. Von 1973 bis 1976 wurde der Palast der Republik hochgezogen, ein Mehrzweckbau mit riesiger Tagungsstätte, Restaurants und Vergnügungsmöglichkeiten, der sich rasch allgemeiner Beliebtheit erfreute. Bald nach der friedlichen Revolution aber, als im Bau Asbest festgestellt wurde, kam das Aus.

Eröffnungstermin bleibt offen

Der 1992 gegründete Förderverein Berliner Schloss konnte nach langen Diskussionen die Politik von einem Wiederaufbau des Schlosses überzeugen. Den 2007 ausgeschriebenen Architekturwettbewerb gewann der Italiener Franco Stella, der sich an die alte Kubatur, die Bauform, hielt. Lediglich die östliche Spreefassade besitzt fürs Humboldt-Forum eine modernistische Form. Am 12. Juni 2013 legte der damalige Bundespräsident Joachim Gauck den Grundstein.

Sechs Jahre später, also 2019, hätte die Einweihung stattfinden sollen. Da es zu Bauverzögerungen gekommen war, hatte man die Eröffnung auf den September dieses Jahres verschoben. Dieser Plan konnte wegen „Kapazitätseinschränkungen“ infolge der Pandemie ebenfalls nicht eingehalten werden. Im April wurde zudem durch einen Brand auf der Baustelle ein Teil der Barockfassade in Mitleidenschaft gezogen. Der Schaden war schnell behoben. Wann aber das Humboldt-Forum für das Publikum nun geöffnet werden kann, ist noch völlig offen. Man wird sich noch eine Weile gedulden müssen. Aber die Berliner sind das schon gewohnt.

● Livestream am 16. Dezember im Internet unter: www.humboldtforum.org

LITERATURTIPP

Wo die Weiße Frau spukte

Neue Bücher erzählen Geschichten über das Berliner Schloss und informieren über dessen Rekonstruktion

Pünktlich zur ursprünglich geplanten Eröffnung des Berliner Schlosses im Dezember sind neue Buchtitel über den Prachtbau der Preußenherrscher erschienen. Sie ersetzen zwar nicht den Besuch des rekonstruierten Schlosses, trösten aber mit unterhaltsamen Geschichten sowie informativen Einblicken ins Humboldt-Forum über die Zeit des Wartens auf die stets hinausgeschobene Eröffnung hinweg.

Der Autor Ulli Kulke, der 2010 bereits einen beachtlichen Bildband über Alexander von Humboldt veröffentlicht hat, erzählt mit der Co-Autorin Utta Raifer in „Das Berliner Schloss“ anekdotenreiche „Geschichten aus fünf Jahrhunderten“. Das reichlich bebilderte Buch will, wie es im Vorwort von Felix Müller heißt, „ein bedeutendes Stück Stadtgeschichte unterhaltsam Revue passieren lassen, die im Berliner Fall immer auch ein Stück preussischer und deutscher Geschichte ist“.

Damit ist nicht zu viel versprochen. Die vielen chronologisch aufbereiteten Geschichten fesseln von der ersten Seite,



Utta Raifer/Ulli Kulke: „Das Berliner Schloss. Geschichten aus fünf Jahrhunderten“. Verlag für Berlin-Brandenburg, Berlin 2020, gebunden 160 Seiten, 19,90 Euro.

wenn erzählt wird, wie Friedrich II., Kurfürst von Brandenburg, im Jahr 1442 einen Streit zwischen den benachbarten Berlinern und Cöllnern schlichtete und als Dank dafür Baugrund für ein Schloss forderte. Das Schloss zu Cölln am Spreeufer war die Keimzelle für das spätere von Andreas Schlüter entworfene Barockschloss, das im Zweiten Weltkrieg größtenteils ausgebombt, zu DDR-Zeiten gesprengt und ab 2013 wiederaufgebaut wurde.

Raifer und Kulke erzählen, was sich in den Glanzzeiten des Schlosses an Skurrilem und historisch Bedeutsamem alles zugetragen hat. Man erfährt von Ränkeschmieden am Hofe, Seitensprünge oder einem Schlossgespenst. Demnach spukte eine Weiße Frau immer dann in den Gängen herum, wenn das Ableben eines Herrschers bevorstand. Zuletzt sei sie demnach im Dreikaiserjahr 1888 erschienen, als zwei Hohenzollernherrscher starben.

Eine ideale Ergänzung zu diesen Schlossgeschichten ist Rainer Haubrichs Broschüre „Das Berliner Schloss“, das dessen Baugeschichte und den Gang der Rekonstruktion nachvollzieht. Zahlreiche Abbildungen und architektonische Entwürfe erlauben nicht nur einen Blick auf die Gesamtgestaltung der Spreeinsel, sondern auch in das Innere des Schlosses. Dabei kann man wenigstens schon einmal in Gedanken durch das Humboldt-Forum im Schloss wandeln.

Harald Tews



Rainer Haubrich: „Das Berliner Schloss“, Edition Braus, Berlin 2020, broschiert, 144 Seiten, 19,95 Euro.

MELDUNG

Versprechen eingelöst

Berlin – Kurz vor der erneut verschobenen Eröffnung des Berliner Humboldt-Forums ist nach Angaben der Stiftung Humboldt-Forum das Spendenziel für die Rekonstruktion der barocken Schlossfassaden erreicht. Der Förderverein Berliner Schloss hatte im Jahr 2002 dem Bundestag versprochen, 105 Millionen Euro an Spendengeldern zu sammeln, um die Außenfassade weitgehend nach dem historischen Vorbild gestalten zu können. Erreicht hat der Förderverein dieses Ziel mit Hilfe von rund 45.000 Spendern. Wilhelm von Boddien, der Geschäftsführer des Fördervereins Berliner Schloss, bemüht sich nun um weitere Spenden in Höhe von 75 Millionen Euro, mit denen auch noch restliche Arbeiten an den Balustraden und Portalen des Stadtschlusses finanziert werden sollen.

N.H.

SPANISCHE THRONFOLGEKRISE

Wer statt des Hohenzollern-Prinzen König wurde

Nachdem der Sigmaringer Leopold auf Druck Napoleons III. auf eine Kandidatur verzichtet hatte, fiel die Wahl auf einen Savoyer

VON MANUEL RUOFF

Wer sich als Deutscher für die Entstehungsgeschichte des heutigen kleindeutschen Nationalstaates interessiert, der weiß, dass Leopold von Hohenzollern-Sigmaringen 1870 zur Kandidatur für die spanische Krone aufgefordert wurde, dass der Prinz auf Druck des französischen Kaiserreichs darauf verzichtet hat, dass Frankreich trotzdem dem Hohenzollernstaat den Krieg erklärte und dass während dieses Deutsch-Französischen Krieges das deutsche Kaiserreich gegründet wurde. Dabei bleibt meistens unberücksichtigt, warum in Spanien überhaupt ein neuer König gesucht wurde, warum gerade dem Hohenzollern-Prinzen eine Kandidatur angetragen wurde und schließlich wer nach dessen Kandidaturverzicht stattdessen König von Spanien wurde.

Zweiter Sohn des Königs von Italien

Dass in Spanien ein neuer König gesucht wurde, lag an der Septemberrevolution des Jahres 1868. Die damalige Königin und Urururgroßmutter des heutigen Königs Felipe VI., Isabella II., floh nach Frankreich und entsagte schließlich 1870 dem Thron. Die Revolutionäre standen

nun vor der Frage: Monarchie oder Republik. Aus den Wahlen zur verfassunggebenden Versammlung gingen 1869 die Monarchisten mit 236 zu 85 Sitzen als Sieger hervor. Da die emigrierte Bourbonn nicht mehrheitsfähig war, fand nun die Suche nach einer personellen Alternative statt.

Diverse Personen waren in der Diskussion. Zeitweise schien es auf den ältesten Sohn von Karl Anton, dem letzten regierenden Fürsten von Hohenzollern-Sigmaringen und preußischen Ministerpräsidenten der liberalen Neuen Ära, zuzuliegen. Die Familie war wie die Mehrheit der Spanier katholisch sowie im Gegensatz zu Isabella liberal. Leopold war mit Jahrgang 1835 im besten Mannesalter und hatte mit dem 1864 geborenen Sohn Wilhelm auch bereits einen potentiellen Thronfolger zu bieten, was auch ein Kriterium war. Seine Herkunft aus dem Hause Hohenzollern versprach gute Beziehungen zu Preußen, was dem spanischen Streben entgegenkam, die Abhängigkeit vom mächtigen französischen Nachbarn zu minimieren. Und Leopolds Ehe mit einer Schwester des portugiesischen Königs Ludwig I. ließ zudem gute Beziehungen zu Spaniens kleinem Nachbarn im Westen erwarten, mit dem manche in Spanien eine iberische Vereinigung wünschten.

Widerstand seitens des Kaisers der Franzosen, der mit Leopold enger verwandt war als der preußische König, war nicht unbedingt zu erwarten. Schließlich war Leopolds jüngerer Bruder Karl auf Empfehlung Napoleons III. 1866 Fürst von Rumänien geworden. Allerdings hatten sich die Beziehungen zwischen Preußen und Frankreich im Allgemeinen sowie dem preußischen Ministerpräsidenten und dem französischen Kaiser mittlerweile nicht zuletzt wegen der Luxemburgkrise von 1867 derart verschlechtert, dass das Projekt am Widerstand Frankreichs scheiterte. Leopold verzichtete auf die ihm angetragene Kandidatur.

Kein Widerstand Napoleons III.

Das kam dem italienischen Herrscherhaus Savoyen zugute. Schon frühzeitig hatte Italiens König seinen minderjährigen Neffen Thomas vorgeschlagen. Der Vorschlag war in Spanien auf fruchtbaren Boden gefallen. Die Idee, den italienischen König auf seiner Seite zu wissen, kam dem spanischen Streben nach mehr Unabhängigkeit von Frankreich entgegen. Denn wenn sein Versuch, eine französisch-österreichisch-italienische Allianz gegen Preußen zu schmieden Erfolg haben sollte, musste Napoleon auf Viktor Emanuel Rücksicht nehmen. Allerdings war der Vorschlag des italienischen Königs bereits 1869 an der Ablehnung durch Thomas' Mutter gescheitert.

Nun hatte Viktor Emanuel neben seinem ältesten Sohn Umberto, von dem zu erwarten war, dass er einmal König werden würde, noch weitere Söhne, deren ältester Amadeus Ferdinand Maria war. Amadeus war Jahrgang 1845. Wie Leopold war auch er katholisch und hatte mit Emanuel Philibert bereits einen potentiellen Thronfolger zu bieten. Nachdem das italienische Außenministerium in Europa eruiert hatte, dass anders als im Falle des Hohenzollern-Prinzen Leopold diesmal kein nennenswerter Widerstand zu befürchten war, stellte sich Amadeus als Kandidat zur Verfügung.

Nach seiner Wahl durch Spaniens Parlament im November 1870 und seiner An-



Vor 125 Jahren zum König von Spanien proklamiert: Amadeo I. Foto: Museo del Prado

kunft in seiner neuen Haupt- und Residenzstadt leistete Amadeus am 2. Januar 1870 den Eid auf die spanische Verfassung. 16 Tage vor der Proklamation des

preußischen Königs Wilhelm I. zum Deutschen Kaiser in Versailles wurde der Herzog von Aosta in Madrid als Amadeo I. zum König von Spanien ausgerufen.

Kurzporträts

Isabella II. starb 1904 in Paris. Sie erlebte noch, dass 1874 die Herrschaft des Hauses Bourbon-Anjou restauriert und ihr Sohn Alfonso spanischer König wurde.



Karl I. kam wie sein jüngerer Bruder Leopold grundsätzlich auch als Kandidat für den spanischen Thron in Frage, blieb aber lieber Fürst von Rumänien.



Amadeos I. älterer Bruder, **Umberto I.**, wurde wie zu erwarten nach dem Tode ihres gemeinsamen Vaters im Jahre 1878 Italiens zweiter König.

OECD

Der „Klub der Reichen“

Vor 60 Jahren gründeten 20 Staaten die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Für das vom US-amerikanischen Außenminister George C. Marshall 1947 präsentierte European Recovery Program (ERP) zum Wiederaufbau Europas nach dem Zweiten Weltkrieg wünschten die USA auf europäischer Seite einen Ansprechpartner und eine engere ökonomische Kooperation. Vor diesem Hintergrund richteten die ERP-interessierten europäischen Staaten einen Ausschuss ein, der seinerseits die Schaffung eines formellen ständigen Organs empfahl. Dieser Empfehlung folgend schlossen die 15 europäischen Länder Belgien, Dänemark, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Irland, Island, Italien, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Österreich, Portugal, Schweden und Schweiz sowie die Türkei 1948 ein Übereinkommen zur Gründung der Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit (Organisation for European Economic Co-operation; OEEC).

Zur Stärkung ihres weltweiten ökonomischen Einflusses betrieben die Vereinigten Staaten dann die Umwandlung der Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit in eine Organisa-

tion für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Organisation for Economic Co-operation and Development, OECD) als Nachfolgeorganisation. Das entsprechende Gründungsabkommen wurde vor 60 Jahren, am 14. Dezember 1960 unterzeichnet und trat am 30. September 1961 in Kraft.

Eine Spätfolge des Marshallplans

Zu den 20 Gründungsmitgliedern gehörten nun neben den 16 OEEC-Gründungsmitgliedern auch die Bundesrepublik Deutschland, Spanien, Kanada und die USA. Nicht nur, dass das Aufgabenspektrum sich nicht mehr auf die Zusammenarbeit beschränkte, sondern nun auch die Entwicklung mit einschloss, es fand sich auch das Wort „europäisch“ nicht mehr im Namen. Außereuropäische Staaten durften sich damit angesprochen fühlen. Nachträglich zu den größtenteils europäischen Gründerstaaten hinzu stießen 1964 Japan, 1969 Finnland, 1971 Australien, 1973 Neuseeland, 1994 Mexiko, 1995 die Tschechei, 1996 Polen, Südkorea und Ungarn, 2000 die Slowakei, 2010 Chile, Estland, Israel

und Slowenien, 2016 Lettland, 2018 Litauen sowie dieses Jahr Kolumbien. Damit gehören der Organisation derzeit 37 Staaten an. Es handelt sich vornehmlich um westlich geprägte Industriestaaten, und so ist denn auch schon einmal von einem exklusiven „Klub der Reichen“ die Rede.

Heute verfolgt die OECD vor allem das Ziel, in ihren Mitgliedstaaten die Wirtschaftsentwicklung zu optimieren, um auf diese Weise einen hohen Beschäftigungsgrad und wachsenden Lebensstandard zu erreichen. Sie versucht aber auch, ökonomische Fortschritte in den Entwicklungsländern herbeizuführen und den Welthandel auszuweiten. Besonderes Augenmerk schenkt die OECD den Bildungs-, Gesundheits-, Altersversorgungs- und Entlohnungssystemen sowie der Entwicklungszusammenarbeit mit ärmeren Nichtmitgliedern. Dazu kommen die Bekämpfung von Korruption, die Integration von Immigranten in den Arbeitsmarkt und die Gesellschaft, die Bewältigung von Umweltproblemen, die Anpassung der Steuersysteme an die Bedingungen der globalisierten Wirtschaft, die Schaffung einheit-

licher Standards bei der Unternehmensführung, der Bürokratieabbau und die Förderung technologischer Innovationen.

Verherrlichung der Migration

Spektakuläre Erfolge blieben dabei zumindest bislang aus. Zur Relativierung dieser Kritik ist auf die geringen Kompetenzen der OECD im Vergleich zu anderen inter- oder supranationalen Organisationen wie der Europäischen Union zu verweisen. Ihre Beschlüsse und Empfehlungen unterliegen dem Konsensprinzip, und wenn ein Staat diese ignoriert, ist die OECD machtlos, besitzt keine Sanktionsmöglichkeiten. Die Beschwerdeverfahren im Falle von Menschenrechtsverletzungen sind nur sehr unzureichend geregelt und zeitigen kaum nennenswerte Effekte. Die Bundesrepublik bildet dabei keine löbliche Ausnahme. Auch dort bleiben wichtige OECD-Leitsätze unberücksichtigt, bei denen es beispielsweise um die ökologische und soziale Verantwortung von Unternehmen geht.

Doch nicht jede Kritik an der OECD lässt sich mit dem Hinweis auf ihre insti-

tionelle Schwäche relativieren. Oft wird bemängelt, wie die OECD mit den Ergebnissen der von ihr initiierten PISA-Studien verfährt. Sie versuche unter Verweis auf die Daten aus dem Programm zur internationalen Schülerbewertung die Schulpolitik der Teilnehmerstaaten über unsinnige Zielvorgaben zu beeinflussen, beispielsweise durch die Vorgabe einer unsinnig hohen Abiturientenquote. Dergestalt lautet unter anderem der Vorwurf des renommierten Experten Eckhard Klieme, früher Direktor des Leibniz-Institutes für Bildungsforschung und Bildungsinformation in Frankfurt am Main.

Und in der aktuellen Corona-Krise macht die OECD durch fragwürdige Aussagen auf sich aufmerksam. So forderte ihr Generalsekretär José Ángel Gurría kürzlich, dass die Migration und die Integration von Immigranten auch unter den Bedingungen der Pandemie keinesfalls zu kurz kommen dürften, mit der Begründung, dass Einwanderung die wirtschaftliche Erholung fördere.

Wolfgang Kaufmann

VON HEIDRUN BUDDÉ

Der deutsch-amerikanische Jurist und Politikwissenschaftler Ernst Fraenkel unterschied in seiner erstmals um die Jahreswende 1940/41 erschienenen Studie „The Dual State“ („Der Doppelstaat“) zwischen dem „Normenstaat“, dessen Handeln an Gesetzen gebunden war, und dem „Maßnahmenstaat“, der sich allein an politischen Zweckmäßigkeitsüberlegungen ausrichtete. Im Zusammenhang mit dem Dritten Reich sprach Fraenkel von einem „Doppelstaat“, denn der „Maßnahmenstaat“ existierte neben dem „Normenstaat“. Fraenkel betonte, dass jeder Lebenssachverhalt in die Kategorie „politisch“ kommen konnte und damit dem „Normenstaat“ entzogen wurde. Das führte zu Willkür und Rechtsunsicherheit. Die Akten belegen, dass dieses theoretische Denkmodell von Ernst Fraenkel auch auf die DDR anwendbar ist. Im Gegensatz zum Dritten Reich lag die DDR zwar nicht zwischen Rhein und Memel, sondern zwischen Elbe und Oder, doch kann auch sie im Fraenkelschen Sinne als „Doppelstaat“ bezeichnet werden.

Grundsätzlich gab es im SED-Staat ein funktionierendes Rechtssystem. Kriminelle Handlungen wurden bestraft, Verträge durch Willensübereinstimmung geschlossen und Schadensersatzansprüche gerichtlich eingeklagt. Allerdings wurde das gesetzte Recht zur Nebensächlichkeit, wenn politische Interessen im Vordergrund standen. Das staatliche Handeln vollzog sich dann außerhalb der Rechtsordnung, und kein Bürger konnte sich dagegen wehren.

Gesetzlicher Anspruch auf Antwort

Kritik an Entscheidungen staatlicher Stellen war im SED-Staat nur mit Hilfe einer Eingabe möglich. Seit 1952 gab es keine Verwaltungsgerichtsbarkeit mehr. Im Artikel 103 Absatz 2 der Verfassung vom 7. Oktober 1974 ist zu lesen: „Die für die Entscheidung verantwortlichen Organe sind verpflichtet, die Eingaben der Bürger oder der Gemeinschaften innerhalb der gesetzlich vorgeschriebenen Frist zu bearbeiten und den Antragstellern das Ergebnis mitzuteilen.“ Die Bürger hatten einen gesetzlichen Anspruch auf eine Antwort innerhalb von vier Wochen. 1986 schrieb Frau R. an den Rat der Stadt Rostock:

„Am 26.2.1986 habe ich eine Eingabe gemacht, wegen meiner Ausreise bzw. Eheschließung mit einem BRD-Bürger, der seit 4½ Jahren mein Verlobter ist. Ich finde es nicht in Ordnung, daß man bzw. Sie mir keine Antwort auf meine Eingabe geben. Ist das jetzt so üblich, daß die Bürger, die eine Eingabe machen, keine Antwort erhalten. Oder sind es keine 4 Wochen, wie sich die Frist der Bearbeitung beläuft. Ich möchte Sie doch bitten, mir eine Antwort auf meine Eingabe zu geben. Vor allem bitte ich Sie mir die Ausreise zu erteilen. Die schönsten Jahre sind mir und meinem Verlobten doch schon verloren gegangen. Warum sind Sie so grausam? Ich habe doch nichts verbrochen.“

Was Frau R. damals nicht wissen konnte: Es gab seit dem 8. März 1977 eine streng „Vertrauliche Verschlussache B 2-I-044 128“ vom Vorsitzenden des Ministerrates Willi Stoph, der selbst das Eingabengesetz unterschrieben hatte, mit diesem Inhalt: „Schreiben, die den rechtswidrigen Versuch beinhalten, die Übersiedlung zu erreichen, sind nicht Eingaben im Sinne des Eingabengesetzes der Deutschen Demokratischen Republik. Nach Auswertung solcher Schreiben sind die erforderlichen Maßnahmen einzuleiten.“ Der Regierungschef hatte gar nicht die Kompetenz, Verfassungsrecht zu konterkarieren. Doch hier dominierte das politische Interesse, Übersiedlungersuchen in die Bundesrepublik einfach zu ignorieren und den Antragstellern klarzumachen, dass sie jegliche Rechte verloren, wenn dies dem Machterhalt des politischen Systems diene.

DDR

Der Doppelstaat zwischen Elbe und Oder

Wie in der ersten hatte auch in der zweiten deutschen Diktatur politische Zweckmäßigkeit Priorität vor Recht und Gesetz



Die von ihr als Legislative beschlossenen gesetzlichen Normen boten keine Rechtssicherheit: Volkskammer der DDR Foto: Jochims

Auch Innenminister Friedrich Dickel schob gesetzliche Regelungen aus politischen Gründen einfach beiseite. In seinem Kompetenzbereich gab es zahlreiche Zivilbeschäftigte, die turnusmäßig über eine geradezu monströse Geheimhaltungsordnung belehrt wurden. Die Mitarbeiter hatten „ständig politisch wachsam zu handeln“, die „Ausprägung der sozialistischen Lebensweise im Arbeitskollektiv zu unterstützen“ und „sich ständig mit den Erkenntnissen des Marxismus-Leninismus vertraut zu machen“. Dieses Verhalten wurde „auch außerhalb der Arbeitszeit“ verlangt. Persönliche Kontakte zum westlichen Ausland waren unerwünscht. Wurde politisches Fehlverhalten festgestellt, so drohte die härteste Disziplinarmaßnahme, die fristlose Entlassung.

Das Arbeitsgesetzbuch der DDR, verabschiedet von der Volkskammer, beinhaltete Schutzvorschriften vor willkürlichen Entlassungen. Die zuständige betriebliche Gewerkschaftsleitung musste der fristlosen Entlassung zustimmen, und der Betroffene hatte die Möglichkeit einer gerichtlichen Nachprüfung. In der internen Disziplinarordnung Nr. 149/79 vom 17. Dezember 1979 des Innenministers war allerdings nicht das gesetzte Recht sondern allein politische Zweckmäßigkeit der Maßstab der Entscheidungen: „Der Ausspruch einer fristlosen Entlassung be-

darf nicht der Zustimmung der zuständigen betrieblichen Gewerkschaftsleitung.“

Das war ein eklatanter Rechtsbruch, denn gemäß Artikel 44 der Verfassung waren die Gewerkschaften „unabhängig“, niemand durfte sie in ihrer Tätigkeit „einschränken und behindern“. Eine fristlose Entlassung ohne vorherige Zustimmung der betrieblichen Gewerkschaftsleitung war rechtsunwirksam, und ein Gericht hätte das festgestellt. Doch auch den Gerichtsweg schloss der Innenminister kurzerhand für seinen Zuständigkeitsbereich aus. In seiner Disziplinarordnung ist zu lesen: „Der Zivilbeschäftigte hat das Recht, gegen eine ausgesprochene Disziplinarmaßnahme innerhalb von 2 Wochen nach ihrer Bekanntgabe Einspruch beim übergeordneten Disziplinarbefugten einzulegen. Dessen Entscheidung ist endgültig.“ Der in die Kritik geratene Mitarbeiter war der willkürlichen Entlassung vollkommen schutzlos ausgeliefert. Recht und Gesetz hatten sich hier dem politisch nützlichen Willen, die Mitarbeiter zu unbedingtem Gehorsam zu zwingen, unterzuordnen.

Missachtung des gesetzten Rechts

Doch auch bei an sich völlig unpolitischen Vorgängen wird in den Akten deutlich, dass Verfassungsrecht konterkariert wurde. Wenn ein Bürger stirbt, dann ist es ein Menschenrecht, dass Angehörige

Abschied nehmen und angemessen trauern können. Am 15. Dezember 1980 starb einsam und allein ein Mann in einer Kleinstadt im Norden der DDR. Die Mutter des Mannes war als Rentnerin legal nach West-Berlin übergesiedelt und machte sich nach der Scheidung ihres Sohnes große Sorgen, denn der Mann hatte erhebliche gesundheitliche Probleme. Die Frau mobilisierte alle Kräfte, um ihren Sohn zu sich nach West-Berlin zu holen. Sie drohte damit, die bundesdeutsche Presse einzuschalten, wenn der Übersiedlungsantrag nicht genehmigt würde. Die SED-Funktionäre waren darüber verärgert und gaben nach. Der Mann bekam die „Position 4“ auf der Ausreiseliste vom 4. Dezember 1980. Allerdings beendet der Tod diese Übersiedlung noch vor dem Vollzug.

In einem Brief an den Hauptabteilungsleiter Innere Angelegenheiten vom 15. Dezember 1980 ist zu lesen, welche Bedeutung der Artikel 86 der Verfassung hatte, wonach die Staats- und Rechtsordnung die „grundlegende Garantie für die Einhaltung und Verwirklichung der Verfassung im Geiste der Gerechtigkeit, Gleichheit, Brüderlichkeit und Menschlichkeit“ war. „Aus den bisherigen Aktivitäten der Mutter ist anzunehmen, daß diese an einer Überführung nach Berlin-West interessiert ist. Wir sind in Übereinstimmung mit den Sicherheitsorganen an einer Einreise der Frau ... nach ... zwecks Beisetzung nicht interessiert. Frau ... steht in der Sperrkartei. Wir bitten um die Einleitung entsprechender Maßnahmen. Eine Information durch uns nach Berlin-West erfolgte nicht.“ Die Akte endet mit einem kleinen handschriftlichen Zettel, der das Datum vom 24. Dezember 1980 trägt: „mit VO des MfS abgestimmt am 22.12.80 zurück Gen. Sch. teilt mit – nichts veranlassen – Mutter sollte nicht benachrichtigt werden – absetzen von Liste und Ablage 24.12.80 R.“

Das Gebot der Menschlichkeit im Sinne der Verfassung wurde politisch zweckmäßig vollkommen ignoriert. Die SED-Funktionäre wollten diese Mutter bestrafen, und sie taten es ohne Skrupel. Ein Staat, der, aus welchen Gründen auch immer, das gesetzte Recht derartig missachtet und konterkariert, ist eine Diktatur.

KRÜGER-DEPESCHE

Ein Zeichen der Solidarität mit dem Opfer

Zu den Schwächen der Außenpolitik Kaiser Wilhelms II. gehörten ihre Sprunghaftigkeit und ihr Wankelmut. Diese waren geeignet, im Ausland Misstrauen zu wecken und Ausländer vor den Kopf zu stoßen. Ein gutes Beispiel hierfür ist die Haltung des Reiches im Allgemeinen und des Kaisers im Besonderen zum Kampf der Buren in Südafrika für ihre Unabhängigkeit von Großbritannien.

Vor 125 Jahren kam es zum sogenannten Jameson Raid (Jameson-Überfall). Irreguläre Kräfte unter der Führung des Verwaltungschefs des britischen Protektorats Südrhodesien, Leander Starr Jameson, fielen am 29. Dezember 1895 vom britischen Protektorat Betschuanaland aus in die benachbarte Südafrikanische Republik ein, mit dem Ziel, die Buren zu entmachten und das Land für das Empire zu annektieren. Der Überfall scheiterte am 2. Januar 1896 kläglich.

Anfänglich war nicht klar, inwieweit amtliche britische Stellen hinter der Aggression standen. Trotzdem solidarisierte sich der deutsche Kaiser mit deren Opfer. Am 3. Januar 1896 telegraphierte er dem südafrikanischen Präsidenten Paul Kruger: „Ich spreche Ihnen Meinen aufrichtigen Glückwunsch aus, daß es Ihnen, ohne an die Hilfe befreundeter Mächte zu appellieren, mit Ihrem Volke gelungen ist, in eigener Tatkraft gegenüber den bewaffneten Scharen, welche als Friedensstörer in Ihr Land eingebrochen sind, den Frieden wiederherzustellen und die Unabhängigkeit des Landes gegen Angriffe von außen zu wahren.“

Die Reaktion im Reich auf diese Krüger-Depesche war gespalten. Der traditionell dem liberalen England kritisch gegenüberstehende Konservatismus urteilte positiv. Die Linke unter Einschluss des Linkliberalismus äußerte sich eher negativ. Dort sorgte man sich um das Verhältnis zu Großbritannien. Das entbehrt nicht einer gewissen Pikanterie, ist es doch



Paul Kruger

Foto: Mauritius

heute die Linke, die fordert, unter Hintanstellung deutscher Interessen eine Moral-orientierte Außenpolitik der Einmischung zu betreiben, die den Konflikt mit Großmächten nicht scheut.

Das Deutsche Reich im Allgemeinen und der Kaiser im Besonderen haben ihre Buren-freundliche Politik nicht fortgesetzt. Im drei Jahre später ausbrechenden Zweiten Burenkrieg hat sich das Reich sehr zurückhaltend verhalten. Und nach dem britischen Sieg hat sich Wilhelm 1908 gar seiner Unterstützung der Briten gegen die Buren gerühmt, der Nukleus der Daily-Telegraph-Affäre. Manuel Ruoff

Kurzporträts



Ernst Fraenkel gilt als einer der Väter der modernen Politikwissenschaft in der Bundesrepublik. Sein Buch „The Dual State“ erschien 1974 auch auf Deutsch und gilt inzwischen als Klassiker.



Willi Stoph war in der DDR von 1973 bis 1976 als Staatsratsvorsitzender der Staatsoberhaupt. Abgesehen von dieser Unterbrechung war er 1964 bis 1989 als Ministerratsvorsitzender der Regierungschef.



Friedrich Dickel war Minister des Innern der DDR und Chef der Deutschen Volkspolizei von November 1963 bis November 1989. Von 1967 bis März 1990 saß er außerdem als Abgeordneter in der Volkskammer.

VON WOLFGANG KAUFMANN

Während der Demonstrationen gegen die Corona-Restriktionen kamen auch zwei junge Rednerinnen zu Wort. Die eine verglich sich mit der 1943 hingerichteten Widerstandskämpferin Sophie Scholl, die andere mit dem jüdischen Mädchen Anne Frank, das zwei Jahre in einem Versteck in Amsterdam ausharrte und Anfang 1945 im Konzentrationslager Bergen-Belsen ums Leben kam. Anlass für die letztere Äußerung war eine „verbotene“ Geburtstagsfeier mit Freunden: „Wir mussten die ganze Zeit leise sein, weil wir sonst vielleicht von unseren Nachbarn verpetzt worden wären.“

Daraufhin erhob sich ein Sturm der Entrüstung ob dieser „perfiden Verharmlosung des Nationalsozialismus“. So twitterte Bundesaußenminister Heiko Maas (SPD), welcher selbst gern die Nazi-Keule gegen den politischen Gegner schwingt, derartige Wortmeldungen stünden für „eine unerträgliche Geschichtsvergessenheit“. Zwar unterscheidet sich die heutige Lage von jener im NS-Staat in nahezu jeder Hinsicht. Dennoch sehen wir Ansätze von Entwicklungen, die den Anhänger des Rechtsstaats beunruhigen müssen. Bei der Betrachtung solcher Entwicklungen auch Erkenntnisse aus der NS-Erfahrung einfließen zu lassen, bedeutet keine Relativierung der abgrundtiefen Unterschiede, sondern eine Sensibilisierung für problematische Tendenzen. Genau um diese zu erkennen, wollen wir ja immerfort „aus der Geschichte lernen“.

Kaum merkliche Veränderungen

Anfang 1941 publizierte der in die USA emigrierte deutsch-jüdische Rechtsanwalt und Politikwissenschaftler Ernst Fraenkel ein Buch über das politische System des Dritten Reiches, in dem er NS-Deutschland als „Dual State“, also Doppelstaat, charakterisierte. Auf der einen Seite, so der Autor, existiere noch der altergebrachte Normenstaat. Für den hätten Gesetze, Gerichtsentscheidungen und Verwaltungsakte uneingeschränkte Gültigkeit – das mache den Normenstaat weitestgehend berechenbar und verhindern obrigkeitliche Willkür.

Demgegenüber stehe aber der Maßnahmenstaat, der sich nicht an Rechtsnormen gebunden fühle und sein Handeln vorwiegend am Grundsatz der situativen politischen Zweckmäßigkeit ausrichte. Typische Hinweise auf die Existenz eines solchen Maßnahmenstaates seien Aktivitäten staatlicher Organe ohne ausreichende Rechtsgrundlage sowie Einschränkungen verfassungsmäßiger Grundrechte, welche nicht auf den vier Prinzipien Legitimität, Erforderlichkeit, Eignung und Angemessenheit beruhen.



Demonstrationsrecht unter Druck: Wasserwerfereinsatz gegen friedliche Protestler am 18. November in Berlin

Foto: imago images/Future Image

PANDEMIE-MASSNAHMEN

Alarmsignal für den Rechtsstaat

Die Empörung über falsche NS-Vergleiche darf den Blick nicht verstellen: Ernst Fraenkels Warnungen erweisen sich auch im „Corona-Staat“ als beunruhigend aktuell

Betrachtet man nun die Entwicklung in der Bundesrepublik im Verlaufe des Jahres 2020, so drängt sich der Eindruck auf, dass im Schatten der Corona-Pandemie ebenfalls ein Maßnahmenstaat heranwächst, welcher dem Normenstaat Konkurrenz zu machen droht. Hinweise hierfür gibt es einige: Da wären zum Ersten die Kontaktverbote und anderen massiven Beschneidungen essentieller Grundrechte ohne ausreichende gesetzliche Grundlage. In einigen Punkten erfolgte die Ermächtigung seitens der Legislative zwar nachträglich, so beispielsweise durch die mittlerweile schon drei „Gesetze zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite“ vom 27. März, 19. Mai und 18. November. Trotzdem ist dies ein Zeichen dafür, dass die Rechtsordnung erodiert, weil die staatlichen Maßnahmen eben schon vor Erlass der Gesetze verhängt worden waren.

Zum Zweiten widerspricht das zugunsten des Bundesgesundheitsministers eingeführte Sonderverordnungsrecht

ebenfalls grundlegenden Prinzipien eines zeitgemäßen Normenstaates, der auf Gewaltenteilung und umfassender Einbeziehung des Parlaments beruht. Zum Dritten treffen Gremien wie das „Corona-Kabinettsrat“ und die „Runde der Länderchefs“ permanent weitreichende Entscheidungen, ohne dass jemals auf verfassungsmäßig saubere Weise geregelt worden wäre, über welche Kompetenzen sie eigentlich verfügen. Und zum Vierten sind auch viele der 2020 neu erlassenen Rechtsnormen auffallend unbestimmt, wodurch eine willkürliche Auslegung durch die Exekutive nicht nur in der Theorie möglich ist, sondern auch bei vielerlei Gelegenheiten praktiziert wird – besonders gern natürlich zum Nachteil derer, welche darauf verweisen, dass die genannten vier Punkte auf eine Unterminierung der Grundfesten der Demokratie durch den Maßnahmenstaat hindeuten.

Allerdings wehren sich nicht wenige Protagonisten des Normenstaates momentan noch gegen das Erstarken des Maßnahmenstaates. Symptomatisch hier-

für sind Gerichtsentscheidungen, in denen juristisch bedenkliche Verordnungen der Exekutive aufgehoben werden, etwa manche Demonstrationsverbote. Das freilich nehmen die Vertreter des Maßnahmenstaates nicht einfach hin und beanspruchen aggressiv die alleinige Kompetenz zur Auslegung der Normen. Oder sie ignorieren diese einfach, wie das Gebaren einer obersten Bundesbehörde, nämlich der Bundesbank, zeigt. Die kauft auch nach dem ausdrücklichen Verbot des Bundesverfassungsgerichts vom Mai 2020 munter weiter Staatsanleihen.

Die Medien tun ihr Übriges

Mittlerweile steht zu befürchten, dass sich der Maßnahmenstaat hierzulande auf ganzer Linie durchsetzen könnte und die Institutionen beziehungsweise Rechtsgrundlagen des Normenstaates in wesentlichen Bereichen zu einer Fassade verkümmern, die der Wahrung des Scheins dienen soll. Das ist insbesondere dann zu erwarten, wenn die Bequemlichkeit der Bürger und ihre Ängste dazu führen, dass

sie sich mit der wachsenden staatlichen Willkür abfinden. Eine wichtige Rolle spielt hierbei die nahezu flächendeckende Beeinflussung durch die Medien, welche oftmals schon den Eindruck erwecken, zu direkten Vollzugsorganen des Maßnahmenstaates mutiert zu sein. Und natürlich kann der Maßnahmenstaat auch unmittelbaren Zwang ausüben, wenn sich genügend Vertreter der Exekutive hierfür hergeben.

Für die Letzteren gilt daher in ganz besonderem Maße, was Fraenkel 1941 auch jedem anderen Deutschen mit auf den Weg gegeben hat: „Der Doppelstaat ist die notwendige politische Erscheinungsform einer an Spannungen reichen Zwischenperiode. Wie sich die Spannungen lösen werden, hängt letztlich von uns selbst ab.“ Der Sieg des Maßnahmenstaates, wie ihn Deutschland bereits anderthalb Mal erlebte, nämlich nach 1933 im gesamten Reich und nach 1945 nochmals in der Sowjetischen Besatzungszone beziehungsweise DDR, wäre auf jeden Fall eine Katastrophe epochalen Ausmaßes.

REISEN

Die meisten hoffen auf das zweite Halbjahr

Corona: Kaum ein Deutscher glaubt an normale Reisebedingungen vor der Jahresmitte – Die Branche leidet weiter

Die Corona-Pandemie hat den Tourismus weltweit größtenteils lahmgelegt. Das Jahr 2020 kann für den betroffenen Wirtschaftszweig mit Fug und Recht unter der Rubrik „Katastrophe“ abgehakt werden. Während die Politiker noch darüber streiten, ob und wie in Europa Ski-Urlaub stattfinden kann, wächst in der Branche die Hoffnung auf Erholung im kommenden Jahr.

Die Reiselust bleibt dennoch

Die Touristik ist besonders stark vom Nachfragerückgang in der Corona-Pandemie betroffen. Deutschlands größter Reiseanbieter TUI war einer der ersten Großkonzerne, der auf staatliche Überbrückungskredite angewiesen war. Nun mu-

tiert das Unternehmen gar teilweise zum Staatsbetrieb. Dass die Reiselust auf Dauer nachlässt, ist aber nicht zu erwarten. „Die Menschen verzichten nicht deshalb aufs Reisen, weil sie nicht wollen, sondern weil sie nicht können. Die Nachfrage ist potentiell da“, meint Branchenexperte Martin Lohmann vom Tourismus-Institut NTI in Kiel.

Bisher deutet sich an, dass zunächst vor allem Ziele in Deutschland und den Nachbarländern gefragt sind, die mit dem eigenen Auto, per Bus oder Bahn erreicht werden können. Vor allem an Nord- und Ostsee berichten Hotel- und Pensionsbesitzer bereits von einer regen Nachfrage. Denn die Unsicherheit ist groß. Im vergangenen Jahr sah es zunächst so aus, als

würde die komplette Sommersaison ausfallen. Nach Pfingsten keimte dann Hoffnung. Doch die Zahl der Flugreisen halbierte sich fast. Die Branche beklagt ständige Kurswechsel, die hinderlich seien, um Vertrauen wiederherzustellen. Denn nur vier von zehn Bundesbürgern (42 Prozent) erwarten einen uneingeschränkten Sommerurlaub 2021.

Laut einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Yougov halten vier Prozent der Befragten uneingeschränktes Verreisen schon im ersten Quartal des Jahres 2021 wieder für möglich, 14 Prozent im zweiten Quartal. Rund ein Viertel (24 Prozent) der Befragten erwarten uneingeschränktes Reisen ab dem dritten Quartal und damit zur Haupturlaubszeit,

neun Prozent erst ab Quartal vier. Aber: Mehr als ein Drittel der Befragten glaubt nicht, dass 2021 ein Urlaub, wie man ihn aus der Vorkrisen-Zeit kennt, stattfinden kann.

Zick-Zack-Kurs der Politik

Die Politik sei daher gefordert, sensibel mit Reiseverboten und Reisehinweisen umzugehen, sagt Norbert Fiebig, Präsident des Deutschen Reiseverbands (DRV), und erklärt: „Ein Zick-Zack-Kurs, wie im laufenden Jahr gesehen, verunsichert nicht nur die Urlaubswilligen, sondern auch die Unternehmen, und erstickt die vorhandene Reiselust im Keim.“

Die Branche ist Corona-bedingt im Wandel. Buchungsportale, die sich 2019

einer immer größeren Beliebtheit erfreuten, klagen über rückläufige Zahlen. DRV-Chef Fiebig hat dafür eine einfache Erklärung. „Der Wunsch nach Beratung wächst. Die Kunden wollen wissen, wie es sich mit Reiseverboten verhält. Wie sie stornieren können. Und wie die Situation vor Ort ist. Davon profitieren derzeit die klassischen Reisebüros.“

Einen entscheidenden Durchbruch erhofft sich die Branche von einem Impfstoff. Doch der wird weitere Probleme mit sich bringen. Lufthansa-Vorstand Björn Becker hat einen Immunitätsspass ins Gespräch gebracht. „Das Thema Impfung wird ganz zentral für die Branche werden“, sagt auch DRV-Präsident Fiebig voraus. *Peter Entinger*



KÖNIGSBERG

„Bellevue“ als Vorbild

Ein Neubau in Königsberg will an die Vergangenheit erinnern – Architekt Alexander Baschin war Ideengeber

VON JURIJ TSCHERNYSCHEW

Anfang Oktober wurden die Gerüste des neuen Wohnkomplexes, der am Ufer des Schlosssteichs in Königsberg gebaut wurde, entfernt. Bei der Erteilung der Baugenehmigung für diesen Komplex versicherten die Stadtbehörden, dass auf dem Gelände neben der Stadthalle, dem heutigen Regionalmuseum für Geschichte und Kunst, „eines der schönsten Gebäude“ Königsbergs wiederaufgebaut werde.

Das historische Gebäude, das der Bauträger nachzubilden versuchte, wurde Ende des 19. Jahrhunderts erbaut und war auf vielen Königsberg-Postkarten zu sehen. Es beherbergte die Pension „Königlicher Garten“, aber der Name des Restaurants „Bellevue“ war allen Königsbergern bekannt. Das Restaurant befand sich 1941 im Erdgeschoss der Pension, nebst einem Zigarrenladen und einem Fotostudio. Im August 1944 wurde das Gebäude nach einem Angriff der britischen Luftwaffe durch Brandbomben beschädigt und während des Sturms der Roten Armee auf Königsberg im April 1945 noch schwerer zerstört. Ende der 1950er Jahre trug man die Ruinen des Gebäudes ab.



Auferstanden aus Ruinen: Am Schlossteich erinnern Fassadendetails eines Neubaus (l.) an ein ehemaliges Gebäude an der Neuen Schlossteichbrücke (r., die Aufnahme datiert aus der Zeit zwischen 1925 und 1935)

Ruinen wurden 1950 abgetragen

Ende 2016 begannen die Bauarbeiten für einen Wohnkomplex am Schlossteich. Als ein Zaun um das Gelände für den Bauplatz gezogen wurde, versuchten viele Stadtbewohner, den Bau zu stoppen. Damals wurden zwei Petitionen im Internet veröffentlicht: In einer davon forderten die Stadtbewohner ein Ende der Bauarbeiten, und in einer weiteren das Verbot jeglicher modernen Bebauung im historischen Stadtzentrum. Auf die Entscheidung der Behörden hatte dies jedoch keine Auswirkungen. Der ehemalige Bürgermeister Alexander Jaroschuk teilte auf alle Fragen mit, dass die Unterlagen des Bauträgers in Ordnung seien und „dort in

Übereinstimmung mit allen städtebaulichen Normen eines der schönsten Gebäude, das bei den Deutschen gestanden hatte, restauriert wird“.

Über knapp vier Jahre erstreckten sich die Bauarbeiten, bis der Neubau endlich vor den Augen der Königsberger in seiner ganzen Pracht sichtbar wurde. Ein Teil der Fassade des neuen Gebäudes ähnelt tatsächlich dem bekannten Königsberger Vorbild, allerdings besteht es aus zwei Gebäudeteilen. Nach dem Plan der Architekten sollen die zukünftigen Bewohner des Hauses nicht nur behaglich wohnen können, sondern auch die Möglichkeit haben, an der Geschichte

der Stadt teilzuhaben. Ursprünglich wurde die neue Wohnanlage „KoenigHaus“ genannt, aber im Mai 2018 wurde der Name in „Rossgarten“ geändert. Auf der Projekt-Website wurde erklärt, dass die Entscheidung „durch kommerzielle Interessen motiviert“ sei.

Der Komplex heißt „Rossgarten“

Wie in offiziellen Dokumenten angegeben, war der Generalplaner die Firma des ehemaligen Königsberger Architekten Alexander Baschin „BaltCityService“. Wie der Bauherr versicherte, wurde das Konzept auf der Grundlage historischer Fotografien und unter Berücksichtigung der

ursprünglichen Ausmaße des Gebäudes entwickelt. Die Höhe der Anlage wurde mit bis zu 29 Metern angegeben, und bei einer Turmspitze von bis zu 40 Metern haben die Gebäude zwischen acht und neun Etagen. Laut Baugenehmigung verfügt der Komplex neben 234 Wohnungen auch über Cafés, zwei Billardsäle und Büros. Die Kosten für die Wohnungen liegen im Durchschnitt bei umgerechnet 1000 bis 1360 Euro pro Quadratmeter. Etwa 80 Prozent der Wohnungen sind trotz der für das Königsberger Gebiet recht hohen Kosten bereits verkauft. Es gilt als Prestigefrage, eine Wohnung am Ufer des Schlossteichs zu besitzen.

MELDUNGEN

Mittel für Heilsberg

Heilsberg – Das Museum der Woiwodschaft Ermland und Masuren in Heilsberg erhielt auf Beschluss des polnischen Kulturministers finanzielle Unterstützung für einen Antrag für Maßnahmen zum Erhalt des kulturellen Erbes, der aus Mitteln des Europäischen Wirtschaftsraums und des Staatshaushalts finanziert wird. Das Projekt: „Erhaltung und Restaurierung der Burg aus dem 14. Jahrhundert in Heilsberg“ erhielt Gelder in Höhe von umgerechnet knapp 2,7 Millionen Euro für ein Projekt im Wert von vier Millionen Euro. Die Heilsberger Burg erhielt diese Unterstützung als einzige Einrichtung im südlichen Ostpreußen. Die Mittel werden für die Renovierung von Mauern, Brücken und Orgeln, die Gestaltung der Gärten und den Ausbau der Beleuchtung verwendet. Die ehemalige Schlossküche wird rekonstruiert und als Lehrküche genutzt. Es werden auch Konservierungsarbeiten der Wandbemalung im „Arbeitszimmer“ des Bischofs und in einigen Kellern durchgeführt. Darüber hinaus werden neue Räume für Bildungsaktivitäten geschaffen. Die Arbeiten sollen im Frühjahr beginnen und im Jahr 2024 enden. **E.G.**

Corona in Nordostpreußen

Königsberg – Das nördliche Ostpreußen zählt zu den Corona-Risikogebieten der Russischen Föderation. Vergangenen Montag wurden 198 neue Fälle gemeldet. Insgesamt betrug die Zahl der Infizierten damit 12.817. An dem Wochenende konnten 48 Patienten aus dem Krankenhaus entlassen werden, 9491 Menschen galten insgesamt als geheilt, 130 Patienten verstarben bisher an Covid-19. **MRK**

UMBETTUNG IN LANGGUT

Auf den Spuren von Napoleon

Franzosen interessieren sich für Schauplätze napoleonischer Feldzüge – Militärs besuchten die Stadt an der Memel

Das nördliche Ostpreußen ruft als Schauplatz napoleonischer Feldzüge ein zunehmendes militärhistorisches Interesse der Franzosen hervor. Für mehrere Tage waren aus Moskau französische Militärs angereist, um nach Spuren jener Zeit zu suchen. Der Abordnung gehörten die Militärattachés der französischen Botschaft, Brigadegeneral Ivan Marten und Oberstleutnant Michel Desvart, an. Ihre Mission betrachteten sie als einen Beitrag zur Vertiefung der diplomatischen Beziehungen zwischen Frankreich und der Russischen Föderation.

Die „Andrej Gorochov & Partner Stiftung“ hatte die gründliche Vorbereitung der Reise übernommen. Erstes Ziel waren die Schlachtfelder von Pr. Eylau und Friedland, wo mit Kranzniederlegungen der gefallenen Soldaten von 1807 gedacht wurde. Besonderes Interesse fand ein Kirchturm in Pr. Eylau, von dem aus Napoleon den Verlauf der Kämpfe beobachtet hatte. Mit Andrej Gorochov, dessen Gesellschaft sich mit der Pflege und Bewahrung historischer Erinnerungsstätten



Am Schauplatz der Friedensverhandlungen: Französische Diplomaten in Tilsit

beschäftigt, wurde vereinbart, den Turm als militärhistorisches Museum auszubauen.

Höhepunkt der Reise war der Besuch in Tilsit, der Stadt des Friedensschlusses von 1807. Trotz Corona-Pandemie stand Tilsit mit seiner geschichtlichen Biografie

im europäischen Blickfeld. Stadtoberhaupt Grigorij Sokolowskij hieß die Gäste des Corps Diplomatique herzlich willkommen und würdigte den Besuch als ein gutes Zeichen für das russisch-französische Zusammenwirken auf kultureller Ebene. Die Franzosen wurden begleitet

vom Gebietsvorsitzenden der Russischen Militärhistorischen Gesellschaft, Fregatkapitän a.D. Igor Jalytschew, sowie dem Bildhauer und Staatspreisträger Wladimir Surowzew.

Beim Gang durch die Stadt wurde den Gästen ein Blick in die geschichtsträchtige Vergangenheit vermittelt. Besucht wurden das Haus, in dem Zar Alexander I während der Friedensverhandlungen residierte, das Stadtgeschichtliche Museum, der Gedenkstein „Paix de Paris“ und schließlich die Memel, auf deren neutraler Strommitte die Verhandlungen stattfanden und der Friedensvertrag unterzeichnet wurde. Das Gedenken an das historische Ereignis und an den Triumph Napoleons steckt tief in der französischen Erinnerungskultur. Reges Interesse fand der Vorschlag, auf der neugestalteten Uferpromenade die Flöße der Imperatoren mit dem Unterzeichnungszeremoniell in einem Modell darzustellen.

Dem Denkmal der Königin Luise im Park Jakobsruh wurde leider keine Aufmerksamkeit zuteil. Stattdessen machte

Bildhauer Surowzew den Vorschlag, in der Stadt ein Reiterdenkmal Alexander I. aufzustellen. Seiner Meinung nach hätte die Realisierung dieses nicht neuen Vorhabens unter dem Einfluss der neuen Stadtoberen sicher bessere Chancen als vorher.

Im weiteren Verlauf der Erörterungen stand das beiderseitige Interesse an dem Jagdflegelgeschwader „Normandie-Nje-man“. Sein Kampf gilt als Symbol französisch-russischer Waffenbrüderschaft im Zweiten Weltkrieg. Viele Exponate im Tilsiter Museum erinnern an die legendären Einsätze der französischen Flieger in Ostpreußen. Als Geschenk wurden 50 Exemplare einer Buchdokumentation überreicht.

Die Reise war ergiebig. Es konnten all jene Orte aufgesucht werden, die im nationalen Gedächtnis Frankreichs eine große Rolle spielen. Beim Abschiedessen im Hotel Rossija war man sich einig, dass die Suche nach den Spuren des napoleonischen Erbes zur gemeinsamen Verwirklichung französisch-russischer Projekte erheblich beitragen wird. **H.D.**



ZUM 102. GEBURTSTAG

Korneffel, Anna, aus Kreis Angerapp, am 13. Dezember

ZUM 100. GEBURTSTAG

Brandstädter, Margarete, geb. **Berkoben**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 16. Dezember
Mast, Ruth, geb. **Prießner**, aus Schlesien, Kreisgemeinschaft Ortelsburg, am 16. Dezember

ZUM 99. GEBURTSTAG

Boy, Gertrud, geb. **Wiertsoch**, aus Borken, OT Niederhorst, Kreis Lyck, am 14. Dezember
Bradler, Richard, aus Groß Allendorf, Kreis Wehlau, am 16. Dezember
Holzapfel, Ursula, geb. **Metauge**, aus Groß Kuhren, Kreis Fischhausen, am 15. Dezember

ZUM 97. GEBURTSTAG

Blumenstein, Margarete, geb. **Polixa**, aus Roggenfelde, Kreis Treuburg, am 6. Dezember
Haas, Erna, geb. **Jünger**, aus Kechlersdorf, Kreis Lyck, am 17. Dezember
Kiesling, Erna, geb. **Barkus**, aus Tawe, Kreis Elchniederung, am 6. Dezember
Nissen, Ingrid, geb. **Liedtke**, aus Tawe, Kreis Elchniederung, am 10. Dezember
Sallewsky, Christel, aus Lyck, Yorkplatz 4, am 14. Dezember

ZUM 96. GEBURTSTAG

Dauner, Hans, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 12. Dezember
Leymann, Otto, aus Birkenwalde, Kreis Lyck, am 14. Dezember
Nagat, Frieda, aus Klein Friedrichsgraben, Kreis Elchniederung, am 15. Dezember
Sagorski, Irmgard, geb. **Grytzo**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 12. Dezember
Spangehl, Erhardt, aus Herrendorf, Kreis Elchniederung, am 9. Dezember
Weber, Erika, geb. **Bondzio**, aus Herzogskirchen, Kreis Treuburg, am 8. Dezember

ZUM 95. GEBURTSTAG

Baumgardt, Resi, geb. **Petrick**, aus Altengilge, Kreis Elchniederung, am 11. Dezember
Brakensiek, Waltraut, geb. **Prie-**

ur, aus Prostken, Kreis Lyck, am 13. Dezember
Dogge, Kurt, aus Mohrunen, am 13. Dezember
Joseph, Eva, geb. **Stein**, aus Neufelde, Kreis Elchniederung, am 7. Dezember
Kern, Hiltraut, geb. **Küchen**, aus Wildwiese, Kreis Elchniederung, am 13. Dezember
Kristan, Silvia, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 14. Dezember
Ziegowski, Erhard, aus Lyck, am 16. Dezember

ZUM 94. GEBURTSTAG

Becker, Roland, aus Schakendorf, Kreis Elchniederung, am 6. Dezember
Böhme, Christel, geb. **Dous**, aus Cranz, Kreis Fischhausen, am 15. Dezember
Haecks, Monika, geb. **Krajewski**, aus Rummau, Kreis Ortelsburg, am 16. Dezember
Hartmann, Hildegard, geb. **Stacklies**, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 4. Dezember
Kais, Irmgard, geb. **Mitzkatis**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 13. Dezember
Kamann, Alfred, aus Gerhardsweide, Kreis Elchniederung, am 8. Dezember
Mitschke, Brigitte, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 14. Dezember
Oestmann, Elfriede, geb. **Mrotzek**, aus Seedorf, Kreis Lyck, am 16. Dezember
Rang, Christine, geb. **Kannenber**, aus Lyck, am 15. Dezember
Schüssler, Frieda, geb. **Neumann**, aus Nareythen, Kreis Ortelsburg, am 16. Dezember
Seiler, Margarete, geb. **Bolz**, aus Schakendorf, Kreis Elchniederung, am 4. Dezember
Wendt, Anneliese, Kreisgemeinschaft Wehlau, am 17. Dezember
Wilk, Elfriede, aus Lyck, am 13. Dezember

ZUM 93. GEBURTSTAG

Ceranski, Kurt, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 16. Dezember
Fabian, Helmut, aus Lübeckfelde, Kreis Lyck, am 11. Dezember
Kießling, Irmgard, geb. **Borawski**, aus Ehrenwalde, Kreis Lyck, am 11. Dezember
Kühl, Charlotte, geb. **Possekel**, aus Rauschen, Kreis Fischhausen, am 16. Dezember
Moser, Helene, geb. **Woydak**, aus Millau, Kreis Lyck, am 17. Dezember
Sakzewski, Erwin, aus Waldenburg, Kreis Ortelsburg, am 15. Dezember
Schulze, Dieter, aus Neuendorf, Kreis Treuburg, am 6. Dezember
Wlost, Herbert, aus Plötzendorf, Kreis Lyck, am 17. Dezember

ZUM 92. GEBURTSTAG

Baumgardt, Walter, aus Kastauenen, Kreis Elchniederung, am 10. Dezember
Bergau, Martin, aus Palmnicken, Kreis Fischhausen, am 17. Dezember
Haberland, Christel, geb. **Lange**, aus Moptau, Kreis Wehlau, am 17. Dezember
Klocke, Gertrud, geb. **Blaedtke**, aus Groß Hanswalde, Kreis Mohrunen, am 11. Dezember
Kowalzik, Arnold, aus Moschnen, Kreis Treuburg, am 16. Dezember
Leibiger, Marga, geb. **Feuersänger**, aus Steilberg, Kreis Elchniederung, am 14. Dezember
Lüders, Erna, aus Gudden, Kreis Pogegen, am 13. Dezember
Schülke, Renate, geb. **Odenbach**, aus Gedwangen, Kreis Neidenburg, am 14. Dezember
Schwill, Harry, aus Klein Steegen, Kreis Preußisch Eylau, am 14. Dezember
Seeger, Heinz, aus Fuchshügel, Kreis Wehlau, am 15. Dezember
Seifert, Charlotte, geb. **Suczko**, aus Waltershöhe, Kreis Lyck, am 17. Dezember
Ulrich, Luise, geb. **Poewe**, aus Weißensee, Kreis Wehlau, am 12. Dezember
Weber, Alfred, aus Groß Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 13. Dezember

ZUM 91. GEBURTSTAG

Das siebte Buch von **Wendelin Schlosser** „Die Deutschen unter dem Damoklesschwert“ ist 2019 im „August von Goethe Literaturverlag“ erschienen.
 ISBN: 978-3-8372-2220-3
 314 Seiten, €18,80
 Der Band spricht von der Vertreibung der Deutschen, der Abschaffung Deutschlands, dem Selbsthass der Deutschen und der organisierten Kriminalität. Die Verbrecher machen aus deutschen Opfern, die Arbeitslager, Bomben und Vertreibung überlebt haben, Täter. Diese geschundenen Deutschen werden auch noch obendrauf von Hasspredigern zum Selbsthass erzogen. Die vom Mainstream verschwiegene Wahrheit kommt in diesem Buch zum Erscheinen.

Brack, Irmgard, geb. **Pulla**, aus Suleiken, Kreis Treuburg, am 5. Dezember
Czerwinski, Ernst, aus Lyck, am 16. Dezember
Gerull, Christel, aus Adlig Linkuhnen, Kreis Elchniederung, am 5. Dezember
Gerull, Gerda, aus Adlig Linkuhnen, Kreis Elchniederung, am 5. Dezember
Kurzewitz, Hildegard, geb. **Mazasek**, aus Saluschen, Kreis Neidenburg, am 16. Dezember
Lasarzik, Otto, aus Berndhöfen, Kreis Lyck, am 17. Dezember
Lewandrowski, Werner, aus Moddelkau, Kreis Neidenburg, am 13. Dezember
Lojewski, Rosemarie, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 13. Dezember
Matschull, Ulrich, aus Großheidenstein, Kreis Elchniederung, am 12. Dezember
Ochmann, Christel, geb. **Reszies**, aus Lessen, Kreis Elchniederung, am 13. Dezember
Powillert, Ruth, geb. **Mosdzen**, aus Grünflur, Kreis Ortelsburg, am 16. Dezember
Przykopp, Edith, geb. **Marchut**, aus Garbassen, Kreis Treuburg, am 14. Dezember

Rosenwald, Kurt, aus Skaten, Kreis Wehlau, am 14. Dezember
Schröder, Hildegard, geb. **Herling**, aus Rosenheide, Kreis Lyck, am 13. Dezember
Späth, Margarete, geb. **Wawrzyn**, aus Steinberg, Kreis Lyck, am 13. Dezember

ZUM 90. GEBURTSTAG

Böhnke, Hubert, aus Stolzenberg, Kreis Heiligenbeil, am 9. Dezember
Dietz, Helga, geb. **Tolksdorf**, aus Rauterskirch, Kreis Elchniederung, am 10. Dezember
Gottowski, Horst, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 11. Dezember
Herrmann, Helmut, aus Satticken, Kreis Treuburg, am 15. Dezember
Kubat, Ulrich, aus Kastaunen, Kreis Elchniederung, am 16. Dezember
Möbus, Christel, geb. **Hufenbach**, aus Neu Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 12. Dezember
Möhrstedt, Helene, geb. **Biallas**, aus Nußdorf, Kreis Treuburg, am 7. Dezember
Mrotzek, Horst, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 14. Dezember
Neckritz, Gerhard, aus Groß Wilmsdorf, Kreis Mohrunen, am 16. Dezember
Nötzel, Ruth, geb. **Kerlies**, aus Heinrichsthal, Kreis Treuburg, am 7. Dezember
Nohdurft, Gerda, geb. **Knopp**, aus Treuburg, am 16. Dezember
Pallasch, Willi, aus Kaspersguth, Kreis Ortelsburg, am 14. Dezember
Pichlau, Horst, aus Treuburg, am 17. Dezember
Raeder, Paul, aus Kiesfelde, Kreis Schlossberg, am 9. Dezember
Reisen, Ella, geb. **Dams**, aus Rauterskirch, Kreis Elchniederung, am 16. Dezember
Scheffler, Ulrich, aus Genslack, Kreis Wehlau, am 16. Dezember
Ziegner, Elfriede, geb. **Dwojakowski**, aus Deutscheck, Kreis Treuburg, am 11. Dezember

ZUM 85. GEBURTSTAG

Bauer, Christel, geb. **Skambracks**, aus Doblilien, Kreis Elchniederung, am 10. Dezember
Eisold, Werner, aus Siegersfeld, Kreis Lyck, am 12. Dezember
Gabelmann, Reinhard, aus Wallenrode, Kreis Treuburg, am 14. Dezember

ANZEIGE

Zu dieser besinnlichen Jahreszeit möchte ich allen Freunden und die der alten Heimat verbunden sind, einen herzlichen Gruß senden. In der Adventszeit leuchten jetzt überall die Kerzen und strahlen helles Licht aus. Möge dieses Euch begleiten, bis wir uns gesund – wo auch immer – wiedersehen.
 Auf den Reisen in die alte Heimat Ostpreußen, es werden wohl mehr als dreißig sein, habe ich viele nette Menschen kennengelernt, die bis heute auch gute Freunde geworden sind. Ob mit einem Busunternehmen, privat organisiert oder per Zug, es war immer ein besonderes Erlebnis. Es gibt in Ostpreußen wohl kaum einen Ort oder markanten Punkt, den ich nicht auf den Reisen besucht habe. Besonders meine Heimat Masuren und mein Geburtsort Miskan, Kreis Johannisburg und die Gedenksteine der Kreisgemeinschaft gehören dazu. Am 11.08.20 habe ich mit 80 Jahren die Ostpreußenhütte auf 1.630 m Höhe im Salzburger Land in Werfen erwandert, dies war von mir ein großer Wunsch, den ich mir erfüllt habe. In Zeiten von Corona ist es nicht einfach sich Wünsche zu erfüllen, aber ich hoffe, dass wir die einzigartige Jahreszeit genießen können. In diesem Sinne ein schönes Weihnachtsfest und einen guten Start ins neue Jahr 2021. Bleibt gesund, dass wünschen
Siegfried und Heike Strysio, Rischwiesen 4, 31311 Uetze

Heysel, Wilma, geb. **Klamer**, Kreisgemeinschaft Lyck, am 13. Dezember
Kassat, Erwin, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 8. Dezember
Kerner, Gerda, geb. **Onischke**, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 14. Dezember
Kletscher, Elli, geb. **Simoleit**, aus Bartztal, Kreis Ebenrode, am 12. Dezember
Kröger, Elli, geb. **Segendorf**, aus Preußenwall, Kreis Ebenrode, am 17. Dezember
Loeks, Gerda, geb. **Rudat**, aus Grünwiese, Kreis Elchniederung, am 17. Dezember
Lütz, Lieselotte, geb. **Fehlau**, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 8. Dezember
Mahnke, Leni Toni, geb. **Kasokat**, aus Kalkfelde, Kreis Labiau, am 5. Dezember
Meyhöfer, Urte, geb. **Riemann**, aus Wehlau, am 13. Dezember
Nickel, Käthe, geb. **Liedtke**, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, am 14. Dezember
Nolte, Ute, geb. **Markus**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 16. Dezember
Pirdszun, Hugo, aus Amalienhof, Kreis Ebenrode, am 12. Dezember
Segatz, Klaus, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 17. Dezember
Steding, Ingrid, geb. **Schemmert**, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 11. Dezember
Tannenhauer, Inge, geb. **Dmuschewski**, aus Reinkental, Kreis Treuburg, am 13. Dezember
Wieczorek, Horst, aus Plohsen, Kreis Ortelsburg, am 15. Dezember

ZUM 80. GEBURTSTAG

Bogdal, Brigitte, geb. **Skorloff**, aus Erlenrode, Kreis Elchniederung, am 10. Dezember
Dittrich, Edeltraud, geb. **Szepanski**, aus Thalheim, Kreis Neidenburg, am 17. Dezember

Greschkowitz, Hermann, aus Heinrichsdorf, Kreis Neidenburg, am 14. Dezember
Kallweit, Reinhold, aus Grünau, Kreis Elchniederung, am 12. Dezember
Kelch, Edith, geb. **Schaffernoth**, aus Treuburg, am 11. Dezember
Mai, Manfred, aus Sanditten, Kreis Wehlau, am 17. Dezember
Manzau, Winfried, aus Hohenwiese, Kreis Elchniederung, am 13. Dezember
Moritz, Manfred, aus Treuburg, am 8. Dezember
Posdziech, Werner, aus Schützendorf, Kreis Ortelsburg, am 11. Dezember
Schmidt, Siegrid, geb. **Schönke**, aus Poppendorf, Kreis Wehlau, am 15. Dezember
Treinius, Gerhard, aus Wartenhöfen, Kreis Elchniederung, am 16. Dezember
Walka, Siegfried, aus Sköpen, Kreis Elchniederung, am 6. Dezember
Wilzer, Klaus, aus Schwengels-OT-Dothen, Kreis Heiligenbeil, am 13. Dezember
Zimmermann, Armin, aus Hoverbeck, Kreis Sensburg, am 8. Dezember

ZUM 75. GEBURTSTAG

Bleich, Georg, aus Michowitz/Warthegeau, am 17. Dezember
Schnibbe, Irmgard, geb. **Stüben**, aus Wehlau, am 13. Dezember



Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine starke Gemeinschaft, jetzt und auch in Zukunft. Sie können unsere Arbeit dauerhaft unterstützen, indem Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) werden. Dabei ist es egal, ob Sie in Ostpreußen geboren sind oder ostpreußische Vorfahren haben. Uns ist jeder willkommen, der sich für Ostpreußen interessiert und die Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen unterstützen möchte.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur Wahl eines Delegier-

ten zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der LO, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die Einrichtungen der Landsmannschaft und ihre Unterstützung in Anspruch zu nehmen.

Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. informiert und erhalten Einladungen zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg. Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,00 Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem

auf der Webseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – heruntergeladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen
 Herrn Bundesgeschäftsführer
 Dr. Sebastian Husen
 Buchstraße 4
 22087 Hamburg

Weitere Auskünfte zur persönlichen Mitgliedschaft erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen:

Telefon (040) 41400826,
 E-Mail: info@ostpreussen.de

Landkarte Ostpreußen als Schreibunterlage

Schreibunterlage mit Landkarte Ostpreußen und geschichtlichem Abriss
 Format: 65 x 45 cm
 Ausführung: alle Ecken gerundet, ringsum randgeschweift

Bestellung: Landsmannschaft Ostpreußen e.V.
 Buchstr. 4, 22087 Hamburg
 Tel. 040/4140080
sek@ostpreussen.de

29,95 € inkl. Versand

Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Bayern

Vorsitzender: Christoph Stabe
Ringstraße 51a, App. 315, 85540
Haar Tel.: (089) 23147021 stabe@
low-bayern.de, www.low-bayern.de

Landsmannschaftliche Arbeit im Advent

Hof - Nachdem wegen der zweiten Corona-Welle auch die Dezember-

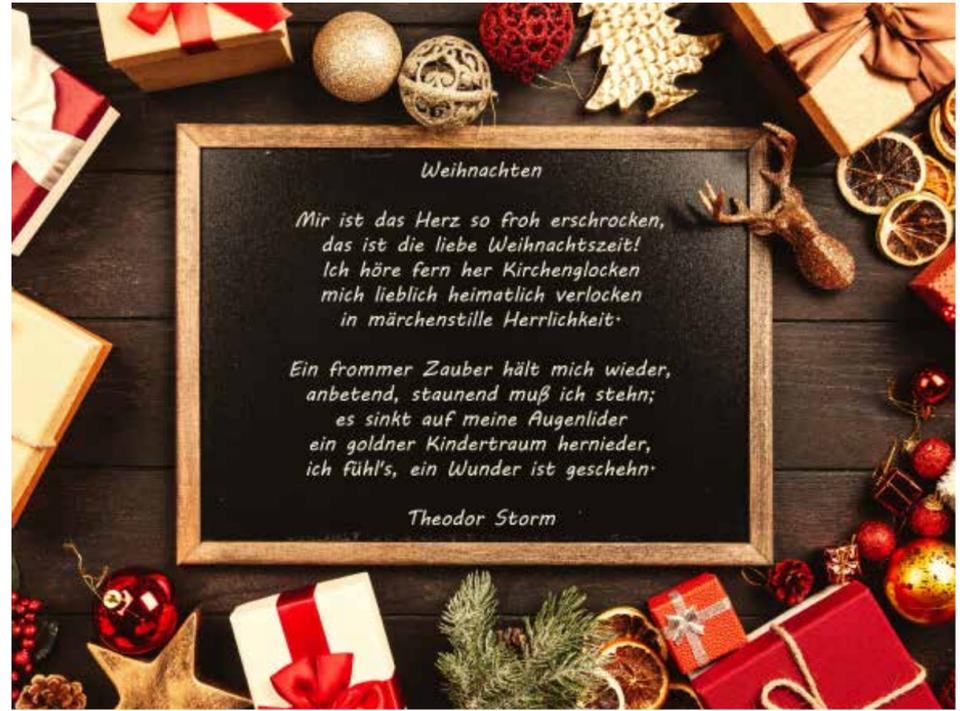
veranstaltung abgesagt werden musste, hält der Vorstand der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen, Kreisgruppe Hof, per Post Kontakt zu seinen Mitgliedern. Im Dezember werden alte Bräuche aus der Heimat vorgestellt. Die zweite Vorsitzende Jutta Starosta erzählt vom Strohalmlegen.

Bei dem heute kaum noch beobachtbaren Brauch handelte es sich um einen Adventskalender ganz besonderer Art. Jedes Kind

durfte die Krippe, das zukünftige Bettchen des Jesuskindes, mit einem Halm befüllen, wenn es eine gute Tat vollbracht hatte. Dafür wurde die vollständig leere Krippe bereits am 1. Adventssonntag aufgestellt. Eine gute Tat war zum Beispiel, wenn sich Mädchen und Jungen ohne Aufforderung am Haushalt beteiligten bzw. gute schulische Leistungen vorzeigen konnten.

Besonders gut hatten die Sprösslinge ihre Aufgabe erledigt, wenn sie es schafften, dass die Krippenfiguren zum Weihnachtsfest im Stroh fast versanken. So wird das Jesuskind am Heiligen Abend auf eine weiche Unterlage gebettet. Diese sollte die Herzlosigkeit und Kälte der Menschen abfedern. Beim Strohalmlegen geht es um das Bewusstsein, die Besinnung auf das Wesentliche unseres Glaubens – auf die Liebe und ihre oftmals kleinen Gesten.

Das geplante Treffen in der Altdutschen Bierstube, Hof, am 12. Dezember 2020 muss leider entfallen.



Weihnachtsgedicht Inspiration aus dem Heimatbrief der LOW Hessen

Bild: Renker

Zusendungen für die Ausgabe 53/2020

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 53/2020 (Erstverkaufstag 31. Dezember) bis spätestens Dienstag, den 15. Dezember 2020, an die Redaktion der PAZ: E-Mail: renker@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchstraße 4, 22087 Hamburg

Geschichtliches Erbe

Dieses Projekt wurde im Sommer 2018 gegründet und beschäftigt sich mit dem kulturellen Erhalt des historischen Ostpreußens. Besonderes Augenmerk liegt dabei auf den verfallenen und vergessenen Friedhöfen im alten Ordensland und auf deren Dokumentation, um es den Nachfahren zu ermöglichen, herauszufinden, woher ihre Großeltern stammen.

Das Projekt ist aktuell noch ein Ein-Mann Projekt und wird hauptsächlich „online“ und in Ostpreußen vor Ort vorangetrieben. Dabei konzentriere ich mich darauf, jedem Interessierten Videoaufnahmen und Eindrücke in den verschiedensten Formaten bereitzustellen und die Menschen mit dem Thema Ostpreußen zu unterhalten und

heranzuführen. Besucht mich gern auf den sozialen Medien wie Youtube oder Instagram unter dem Namen „Geschichtliches Erbe“ oder schaut auf meiner Website www.geschichtliches-erbe.de vorbei. Folgt einfach meinem Maskottchen Hermi dem Elch:



Euer Rudi



Hamburg

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel **Geschäftsstelle:** Haus der Heimat, Teinfeld 1, 20459 Hamburg, Tel. (040) 34 63 59, Mobiltelefon (0170) 3102815

Hamburg-Bergedorf - Die geplante Advents- und Weihnachtsfeier der Ostpreußen-Frauen-Gruppe, am Montag, dem 14. Dezember, im Haus des Begleiters in Bergedorf muss leider wegen Corona ausfallen.

Ein Weihnachtsgruß-Rundschreiben ist unterwegs. Wir wünschen allen Mitgliedern und Ihren Familien gesegnete Weihnachtsfeiertage, alles Gute im neuen Jahr und freuen uns auf ein Wiedersehen 2021. Bleiben Sie gesund.

Mit freundlichen Grüßen
Gisela Harder



Hessen

Vorsitzender: Ulrich Bonk
Stellv. Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühlthal, Tel. (06151) 148788

Wiesbaden - Kaum jemand hatte beim letzten Monatstreffen der Landsmannschaft im Februar daran gedacht, dass danach die Mitglieder und Freunde im ganzen Jahr nicht mehr zu Veranstaltungen zusammenkommen können. Denn seitdem bestimmt das Corona-Virus vielfach unseren Alltag. Derzeit kann wohl keiner einschätzen, wie lange dieser beispiellose Notstand andauern wird. Vielmehr ist damit zu rechnen, dass wir noch einige Zeit mit der gegenwärtigen Situation leben müssen. Inzwischen ist von den Behörden die Nutzung der Räume für Veranstaltungen unserer Landsmannschaft

zunächst auf unbestimmte Zeit untersagt worden.

Gerne hätten wir Mitglieder und Gäste wieder zu unserer gewohnten „Vorweihnachtlichen Feier“ eingeladen und sie mit Musik, Geschichten, Gedichten und Gesang auf eine frohe Weihnachtszeit eingestimmt. Doch in diesem Jahr ist alles anders.

Allerdings müssen wir nicht auf die stets im Mittelpunkt unserer Feiern stehenden „besinnlichen Worte zu Weihnachten“ verzichten, denn Pfarrer Dr. Holger Saal hat sie der Preußenschar diesmal in schriftlicher Form mit auf den Weg gegeben und schreibt: „Fürchtet Euch nicht! So verkündete es der Engel, denn die Hirten „fürchteten sich sehr“ wie der Evangelist Lukas in der Weihnachtsgeschichte wissen lässt.

So geht es momentan vielen, wenn nicht den allermeisten Menschen. Denn wir schreiben diesen Satz gerade nicht als einen vergangenen, sondern im Präsens: Wir fürchten uns sehr. Wir wissen

nicht, was noch alles kommen wird. Wir können unsere liebge gewordenen Gewohnheiten in diesem Advent nicht leben, wir können uns nicht wie in all den vergangenen Jahren zur stimmungsvollen Feier treffen.“

Weiter meint Pfarrer Dr. Saal: „Sie alle haben in Ihrem Leben viel erlebt, die meisten haben Krieg und Vertreibung erfahren, Neuanfang und Aufbau. Sie haben sich durch vieles durchgekämpft, aber wogegen kämpfen wir im Moment? Gegen das Virus? Gegen uns selbst? Gegen unsere Angst?“

Und doch gilt der Satz des Engels mehr denn je: Fürchtet Euch nicht! Denn auch in diesem Jahr wird der Heiland geboren, in unseren Herzen, in unserer Unsicherheit. Auch in diesem Jahr werden wir wieder Weihnachten feiern! Anders zwar, als wir es gewohnt sind. Aber vielleicht sogar intensiver als ehemals, als unser Leben in scheinbarer Sicherheit verlief. Auch in diesem Jahr verheißt uns die Stimme des Engels „große

ANZEIGE

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 168 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie das ostpreußische Schlemmerpaket.

Name: _____
Vorname: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.

Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____
Bank: _____
Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:
Preußische Allgemeine Zeitung
Buchstraße 4 - 22087 Hamburg

PAZ-03-R



Abonnieren Sie die PAZ und sichern Sie sich Ihre Prämie

Unser
ostpreußisches
Schlemmerpaket



Lassen Sie sich in die guten alten Zeiten entführen und genießen Sie unser speziell für Sie angefertigtes Präsent. Verwöhnen Sie Ihre Familie und Freunde mit den traditionsreichen ostpreußischen Speisen aus unserem hochwertigen Kochbuch und bieten Sie Ihnen dazu den typisch ostpreußischen Honiglikör Bärenjäger an. Natürlich fehlt in diesem Schlemmerpaket auch das Königsberger Marzipan nicht.

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Gedenken in Lüneburg Auch in der Corona-Pandemie gedachte die LO-Landesgruppe Niedersachsen am Volkstrauertag der bei Flucht und Vertreibung gestorbenen Landsleute sowie der in beiden Weltkriegen gefallenen Soldaten. *Foto: privat*

Freude, die allem Volk widerfahren wird“. Also auch uns, also auch jetzt. Das werden wir auch in diesem Jahr wieder feiern, wenn auch leiser als sonst.“

Pfarrer Dr. Saal verspricht: „Und nächstes Jahr, so Gott will, da treffen wir uns wieder zur weihnachtlichen Feier an gewohnter Stelle. Bis dahin, bleiben Sie behütet.“

In der gegenwärtig bedrückenden Situation wünscht der Vorstand allen Mitgliedern und Freunden der Landsmannschaft ein gesegnetes Weihnachtsfest und für das neue Jahr Freude, Gesundheit und Glück.

schen Ostens auf dem Lüneburger Zentralfriedhof der Opfer von Flucht und Vertreibung und der gefallenen deutschen Soldaten des Ersten und Zweiten Weltkrieges. Ein besonderes Gedenken galt den Soldaten, die bei der Verteidigung der Heimat und bei der Rettung der flüchtenden Menschen das Leben gelassen haben.

Dr. Barbara Loeffke



Schleswig-Holstein

Vorsitzender: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Tel.: (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Dittchenbühne: Weihnachtsmann-Dienst dieses Jahr unter Corona-Bedingungen

Elmshorn - Jetzt ist es entschieden: Das Elmshorner Mehrgenerationenhaus „Forum Baltikum - Dittchenbühne“ wird seinen Weihnachtsmann-Dienst in diesem Corona-Jahr etwas anders als sonst durchführen.

Damit die bescherten Familien und auch die Weihnachtsmann-Darsteller möglichst sicher vor Infektionen sind, wird der Besuch dieses Mal nicht in den Wohnzimmern stattfinden, sondern in einer viel kürzeren Fassung draußen vor der Haustür - mit Abstand. Es wird also keine langen Unterhaltungen mit dem Weihnachtsmann geben können - der seinerseits mit wenigen Sätzen versuchen wird, eine festliche Stimmung für die Kinder zu erzeugen. Dittchenbühnen-Chef Raimar Neufeldt: „Natürlich werden wir für diesen

kürzeren Weihnachtsmann-Besuch nicht den Preis wie sonst nehmen, sondern nur 30 Euro dafür berechnen!“

Das Büro der Dittchenbühne teilte dazu mit, dass beim Weihnachtsmann-Dienst für Elmshorn und für die nahe Umgebung noch Kapazitäten frei sind. Anfragen möglichst rasch ans „Forum Baltikum - Dittchenbühne“, Hermann-Sudermann-Allee 50, 25335 Elmshorn. Telefon: 04121/89710; E-Mail: buero@dittchenbuehne.de.

Dittchenbühne erhält Projektförderung für neue Belüftungsanlage

Elmshorn - Nach den vielen schlechten Nachrichten des Jahres 2020 hat das Elmshorner Mehrgenerationenhaus „Forum Baltikum - Dittchenbühne“ jetzt eine sehr gute Nachricht bekommen: Über die Deutsche Theaterische Gesellschaft (DTHG) kommt die Bühne in den Genuss einer Projektförderung im Rahmen des Programms „Neustart Kultur“. So erhält die Dittchenbühne jetzt eine neue Belüftungsanlage im Wert von an die 100.000 Euro sowie mobile Entlüftungsanlagen für den Festsaal. Dittchenbühnen-Chef Raimar Neufeldt: „Nach der Erneuerung unserer Lichttechnik und dem Einbau einer großen, automatischen Beamer-Wand sind wir jetzt bestens gerüstet für die Nach-Corona-Zeit!“

Das Programm „Neustart Kultur“ zielt auf die Wiederbelebung des kulturellen Lebens in Deutschland in Zeiten von Corona und danach sowie auf eine Beschäftigungs- und Erwerbsperspektive für Kulturschaffende. Mit dem Programmteil „Pandemiebedingte Investitionen in Kultureinrichtungen zur Erhaltung und Stärkung

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimatarbeit“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt.

Der Veröffentlichung können Sie jederzeit bei der Landsmannschaft widersprechen.

der bundesweit bedeutenden Kulturlandschaften“ sollen Kultureinrichtungen bei ihrer Wiedereröffnung und beim wiederaufgenommenen Betrieb unterstützt werden. Dabei geht es speziell um Investitionen in Schutzmaßnahmen gegen die Pandemie sowie um zukunftsgerichtete Investitionen zur Stärkung der Attraktivität der Kultureinrichtungen.



Bund Junges Ostpreußen

Vorsitzender: Tobias Link
Gst.: Buchtstr. 4, 22087 Hamburg, Tel.: (040) 4140080, E-Mail: kontakt@junge-ostpreussen.de, www.junge-ostpreussen.de

BJO-Adventskalender

Die BJO-Arbeitsgruppe Soziale Medien präsentiert auf der frisch erstellten Instagram-Seite der ostpreußischen Jugend passend zur Vorweihnachtszeit einen Adventskalender.

Täglich erscheint bei Instagram und Facebook ein „Türchen“, hinter welchem sich ein Bild mit einer Information zu mal mehr, mal weniger bekannten ostpreußischen

Persönlichkeiten und Ereignissen sowie andere zusätzliche Einlagen befinden.

Peter Harder

Einladung zur Feier anlässlich des 150. Jahrestags der Gründung des deutschen Nationalstaats 22.01.2021-24.01.2021

Liebe Freunde und Mitglieder des BJO!

Vor 150 Jahren war es soweit. Der moderne deutsche Nationalstaat wurde gegründet. Das ist natürlich ein Grund ordentlich zu feiern!

Zu diesem Anlass laden wir Euch herzlich nach Jena ein, wo wir vom 22. Januar bis zum 24. Januar 2021 gemeinsam feiern und erinnern möchten. Dieser geschichtsträchtige Ort bietet die idealen Bedingungen, um gemeinsam das Jubiläum lebendig werden zu lassen.

Organisatorische Hinweise:

- Altersschwerpunkt: ca. 18 bis 40 Jahre
- Beginn: 22. Januar 2021
- Ende: 24. Januar 2021
- Anzug: Für den Ball - am Abend des 23.01. ist Abendgarderobe erwünscht.
- Anmeldung: kontakt@junge-ostpreussen.de

• Veranstalter: Bund Junges Ostpreußen i. d. LO, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg

• Anmeldeschluss: 10. Januar 2021 Die Zahl der Plätze ist begrenzt!

• Übernachtung: Hostel Alpha One (Lassallestr.8, 07743 Jena). Es steht ein geringes Kontingent zur Verfügung! Bitte meldet Euch rechtzeitig!

• Mitzubringen: Personalausweis, ggf. Liederbücher

• Kosten: Bei Nutzung der vom BJO gestellten Unterkunft: BJO-Mitglieder 70,- Euro, Nicht-Mitglieder 85,- Euro. Bei privat gebuchter Unterkunft: BJO-Mitglieder 20,- Euro, Nicht-Mitglieder 25,-Euro. Nach erfolgter Anmeldung folgt eine Bestätigungse-Mail mit den Bankverbindungsdaten für die Zahlung.

• Haftung: Der Veranstalter übernimmt keine Haftung für Personen- und Sachschäden bei der An- und Rückreise und während der Veranstaltung

• Leitung: Merlin und Tobias K. Das Programm wird den Teilnehmern nach der Anmeldung übersandt.

Wir freuen uns auf Eure Anmeldungen und hoffen auf ein Wiedersehen in Berlin!

Eure Merlin und Tobias



Ostpreußisches Landesmuseum

Das Ostpreußische Landesmuseum bleibt weiterhin vorübergehend geschlossen, ist aber digital offen und sehr aktiv

Das Ostpreußische Landesmuseum mit Deutschbaltischer Abteilung und das Braueriemuseum Lüneburg bleiben voraussichtlich noch bis mindestens Mitte Januar 2021 geschlossen. Alle Führungen, Veranstaltungen und musuempädagogischen Angebote sind von der Schließung betroffen.

Natürlich trifft uns dieser Schritt hart, und wir vermissen unsere Besucherinnen und Besucher sehr. Zugleich leisten wir gerne den notwendigen Beitrag, das die Infektionszahlen so schnell wie möglich sinken.

Obwohl geschlossen, wird hinter den Kulissen intensiv gearbeitet. In der Adventszeit haben wir bei YouTube einen digitalen Adventskalender mit kleinen Geschichten rund um die Dauerausstellung geschaltet. Jeden Tag öffnet sich ein neues Türchen für Sie! Übrigens: Aufmerksamkeit lohnt sich: Denn in einigen der Videos sind kleine Buchstaben versteckt, die sich zu einem Lösungswort zusammensetzen lassen. **Wer das richtige Lösungswort einschickt, kann eine exklusive Direktoren- oder Kuratorenführung durch eine Museumsabteilung seiner Wahl gewinnen.** Also einfach eine Email an info@ol-ig.de nach dem 24.12.2020 und vor dem 4.1.2021 senden - aus allen Eingängen erfolgt die Auslosung des glücklichen Gewinners.

Auch bei Facebook, Instagram und auf unserem Museumsblog werden teilweise täglich zahlreiche interessante Informationen rund um Ostpreu-

ßen und die Deutschbalten ein- gestellt. Schauen Sie einmal rein! Natürlich durchkreuzen die kaum planbaren Schließungen alle Planungen rund um unsere Wechselausstellungen. Gerade internationale Projekte werden oft über viele Jahre vorbereitet - hier fällt derzeit ein erheblicher Mehraufwand für Umplanungen an.

Parallel entsteht ein **mehrsprachiger Audioguide**, auch mit eigener Kinderführung, der ab Frühjahr unterhaltsam durch die Dauerausstellung führen wird.

Die wissenschaftliche Arbeit des Museums erfolgt eher im Hintergrund. Wir freuen uns, dass dieser Bereich nun verstärkt werden soll. **Einem Beschluss des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages folgend werden dem Haus zu zusätzliche Mittel für eine Archivarstelle zur Verfügung gestellt.** Mit dieser neuen Stelle wird ein Grundstein für das Museum gelegt, ostpreußisches Archivgut professionell zu bewahren und zu erforschen. Gerade mit seiner neuen Abteilung zu Immanuel Kant kommt dieser Schritt zur richtigen Zeit.

Das Ostpreußische Landesmuseum verfügt über eine große Menge Archivmaterial, etwa Urkunden, Werbeplakate, Fotografien, (Post-) Karten, Briefe und vieles mehr. Da es in Deutschland keine kommunale Körperschaft für Ostpreußen mehr gibt, ist es eine der Aufgaben der Ostpreußischen Kulturstiftung, der Trägerin des Museums, als Sammel- und Forschungsstelle für Archivgut zu wirken. Dies geschieht in enger Partnerschaft und Kooperation mit dem ebenfalls von der Ostpreußischen Kulturstiftung getra-

gen Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen, das über eine bedeutende archaische Sammlung verfügt. Gemeinsam kann mit der neuen Stelle nun sichergestellt werden, dass das gesammelte Archivgut verzeichnet und digital den Interessierten zur Verfügung gestellt werden. Da das Forschungsgebiet des Museums Polen, Russland und die drei baltischen Staaten umfasst, ist eine starke internationale Sichtbarkeit und Online-Recherchierbarkeit von großer Relevanz - von den Schwierigkeiten des Reisens in Pandemiezeiten ganz abgesehen. Hier können nun neue Meilensteine angestrebt werden. Wir danken allen Unterstützern und Mitstreitern für diese neue Stelle, besonders Eckhard Pols MdB, der Lüneburger Abgeordneter wiederholt großen Einsatz für die europäischen Aspekte des Museums gezeigt hat.

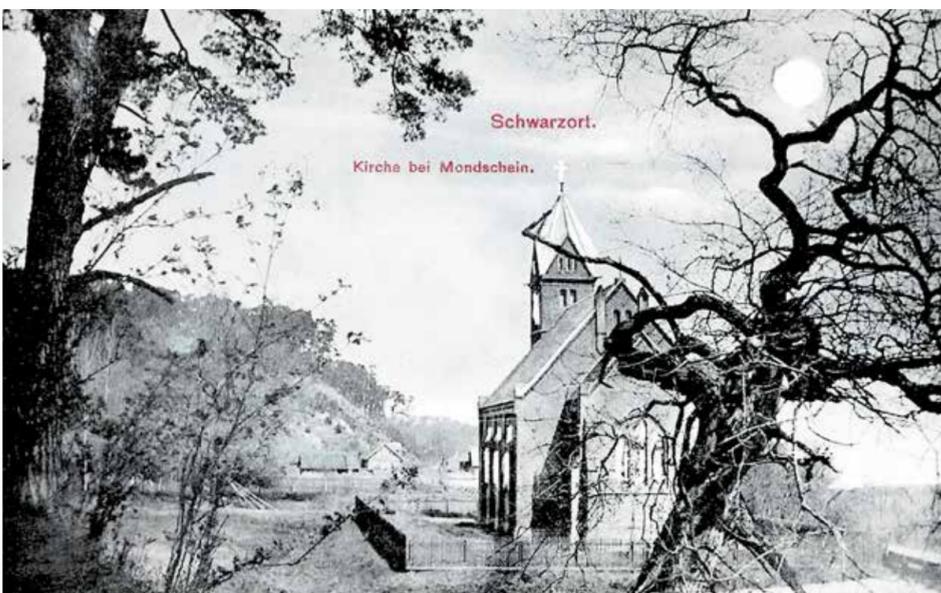
Ostpreußisches Landesmuseum mit Deutschbaltischer Abteilung Heiligengeiststraße 38, 21335 Lüneburg
Tel. +49 (0)4131 759950, Fax +49 (0)4131 7599511
E-Mail: info@ol-ig.de, Internet: www.ostpreussisches-landesmuseum.de

Öffnungszeiten und Preise:

Di - So 10.00 bis 18.00 Uhr, Eintritt: 7,00 Euro, ermäßigt 4,00 Euro, ab 17 Uhr ermäßigter Eintritt. Kinder und Jugendliche bis 18 Jahre frei! Führungen nach Vereinbarung, Preis: ab 50,00 Euro / Gruppe zzgl. 4,00 Euro pro Person

Folgen Sie uns auf Facebook: www.facebook.com/OstpreussischesLandesmuseum

Folgen Sie uns auf Instagram: www.instagram.com/ostpreussischeslandesmuseum



Mystischer Anblick Geheimnisvoll wirkt das Motiv der Postkarte aus dem Verlag Robert Schmidt's Buchhandlung. Sie zeigt die heute noch erhaltene Kirche in Schwarzort auf der Kurischen Nehrung im Mondlicht. Die Fenster sind erleuchtet. Findet, so, als ob gerade ein Gottesdienst statt? *Foto: Sammlung E. Dvoretzki*

Heimatkreisgemeinschaften

ANZEIGE

Brigitte Reimer

Trägerin des Silbernen Ehrenzeichens der Landsmannschaft Ostpreußen und des Ehrenzeichens des Bundes der Vertriebenen

Wir trauern um Brigitte Reimer, welche am 16.9.2020 fern ihrer Heimat starb. Als Schatzmeisterin der Landsmannschaft Ostpreußen Landesgruppe Hamburg und 1. Vorsitzende der Stadtgemeinschaft Königsberg /Pr. i. d. Landsmannschaft Ostpreußen Landesgruppe Hamburg hat Brigitte Reimer durch ihr langjähriges vielfältiges Wirken die Arbeit der Landesgruppe und der Stadtgemeinschaft sowie der Vereine „Gedenkstätten Königsberg“ und „Ostseebrücke“ in außergewöhnlicher Weise mitgestaltet und fürsorglich ihre Schicksalsgefährten begleitet.

Treue zur Heimat beflügelte Brigitte Reimers unermüdliches Wirken.
Wir danken ihr für diese Arbeit und Heimatliebe.

Hartmut Klingbeutel
Landesgruppenvorsitzender

Christel Neumann
Schriftführerin
der Stdtgem. Königsberg / Pr.
i. d. Ldgr. Hamburg

in einem virtuellen Rundgang zu erleben. Der Name „Treadank“ erinnert an den Namen des Allensteiner Landestheaters. Als Dank für die Treue zu Deutschland, die Südostpreußen bei der Volksabstimmung 1920 bewiesen hatte, erhielt die Stadt Allenstein von der preußischen und der Reichsregierung die Mittel für den Bau eines Theaters. 1925 konnte der „Treadank“ eröffnet werden.

Schloßberg (Pillkallen)

Kreisvertreter: Michael Gründling, Große Brauhausstraße 1, 06108 Halle/Saale.

Geschäftsstelle: Tanja Schröder, Tel.: (04171) 2400, Fax (04171) 24 24, Rote-Kreuz-Straße 6, 21423 Winsen (Luhe)

Das Ehepaar Antanas und Irena Spranaitis aus Kudirkos-Naumiestis (Neustadt) in Litauen hatte 1996 ihre Sammlung aus und über der nicht mehr vorhandenen Stadt Schirwindt (Ostpreußen) offiziell als Privatmuseum eröffnet und es „Schirwindter Stube“ genannt. Schirwindt in Ostpreußen und Kudirkos-Naumiestis in Litauen waren Nachbarstädte, die stets gute nachbarliche Beziehungen pflegten. Im Jahre 2011 hatte die litauische Stadt Kudirkos-Naumiestis der Schirwindter Stube eine neue und bessere Bleibe für zehn Jahre geboten.

Das kleine Privat-Museum wird nicht nur von Schulklassen, inter-

essierten Bürgern und Touristen aus Deutschland gut besucht. Hier werden die deutsch-litauischen Beziehungen und die völkerverbindende Freundschaft sichtbar aufrecht erhalten.

Weil das Museum einen guten Anklang, auch in der litauischen Presse, gefunden hat, hat die Stadt Kudirkos-Naumiestis nun beschlossen, die Museumsräume für weitere zehn Jahre der Schirwindter Stube zur Verfügung zu stellen. Wir von der Kreisgemeinschaft Schloßberg bedanken uns sehr dafür.

Das erfreut auch Irena Spranaitis, die die gute Seele des Museums ist und bleibt. Gerne führt die ehe-

malige Geschichtslehrerin Besucher „durch“ die nicht mehr vorhandene Stadt Schirwindt.

Die Anschrift der Schirwindter Stube lautet: Dariaus ir Gireno g 26, LT-71317 Kudirkos-Naumiestis.

Das kleine Städtchen liegt im Kreis Sakiai, Litauen. Allerdings ist die Besichtigung des Museums nur nach Vorabgespräch möglich.

PAZ wirkt!

ANZEIGE

Alenstein-Stadt

Kreisvertreter: Gottfried Hufenbach **Gst.:** Stadtgemeinschaft Allenstein, Vattmannstraße 11, 45879 Gelsenkirchen, Tel.: 0209 - 29 131, StadtAlenstein@t-online.de

Das Heimatmuseum wurde im April 1971 im Dreikronenhaus neben dem Hans-Sachs-Haus eröffnet. Dank der finanziellen Unterstützung des Landes Nordrhein-Westfalen konnte damals der Schritt von einer Heimatsammlung zu einer zeitgemäßen musealen Ausstellung vollzogen werden. Zum 50. Jahrestag der Einweihung wird es möglich sein, das Museum

Eine gute Nachricht erreichte uns aus Kudirkos-Naumiestis in Litauen

Die dortige „Schirwindter Stube“, ein kleines Museum des nicht mehr vorhandenen ostpreußischen Städtchens Schirwindt, kann für weitere zehn Jahre in den bisherigen Räumen verbleiben.

„Treadank“ wird virtuell begehbar

Das Allensteiner Heimatmuseum in Gelsenkirchen, der „Treadank“, wurde als eines der ersten Heimatmuseen in das Projekt „Virtuelle Heimatsammlungen in NRW“ aufgenommen, das von der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen umgesetzt wird. Es wurden bereits die wesentlichen Exponate digitalisiert und erläuternde Texte erarbeitet.

Kontakt

Wegen Elternzeit der zuständigen Mitarbeiterin ist bis Mitte Januar 2021 Frau Ingrun Renker Ansprechpartnerin für die Heimat-Seiten.

Telefon: (040)41 40 08 - 34
E-Mail: renker@preussische-allgemeine.de
Telefonische Erreichbarkeit: Dienstag-Donnerstag jeweils von 13-16 Uhr

In diesen trüben Tagen denken die Ostpreußen an ihre Lieben, die in ostpreußischer Erde ruhen. Ich denke in Schmerz und Trauer meines am 16.1.1945 im Kampf um Ostpreußen bei Gumbinnen gefallenen Vaters Heinrich Dauskardt. (FschPzGrenRgt 3). Seine Gebeine ruhen auf dem Deutschen Soldatenfriedhof in Königsberg.

Ich gedenke in Ehrfurcht meiner Urgroßmutter Grita Dauskardt, verstorben 1909 – sowie meiner Ahnen Michael Dauskardt, verstorben 1871 und Anna Dauskardt verstorben 1915.

Ihre Gräber habe ich nach langem Suchen gefunden.
Bernd Dauskardt, Eichenweg 8, 21279 Hollenstedt

Rätsel

Kartenspiel	Kraftmaschine	exquisit, ausgesucht	mit dem Flugzeug ansteuern	Gestalt a. Schillers „Bürgerschaff“	Position	verschieden	Nervenzentrum	Mantel, Schnitt, Sportmantel	Wildgericht	tiefes Bedauern	Stimmzettelbehälter	landwirtschaftliches Gerät	franz. Stadt an der Loire
schrecklich; übermäßig					tropisches Säugtier		Gurgel, Schlund		reizen		bargeldloser Zahlungsverkehr	Wurfseil, Wurfhähne	
			Nähmaterial										
Standesbezeichnung		sofort zu sendende Nachricht							glätten, plätten (Stoff, Kleider)				
			Nachtlager im Freien		Urgroßmutter (Kosewort)		Hauptstadt von Kanada	offener Güterwagen		Vater und Mutter		dt. Tennisspieler (Boris)	
Schubs, Anprall; Stapel	Gastronom	hügelfrei, flach			musterhaft, vollkommen				deutsche Filmdiva (Hildegard)	Hülsenfrucht			
entzückend, lieb-reizend				Naturtrieb						weiches Sedimentgestein			
			chem. Zeichen für Mangan	ungleich	Aufmerksamkeit, Beachtung		hochgebogener Mensch	Brutstätte		schmaler Spalt			von großem Verlangen erfüllt
Stuhlplatte	Besessenheit				Kfz-Zeichen Reutlingen	Titelheldin bei Jane Austen		Landstreifen zw. Meer und Haff				ironisch-witzige Kunstgattung	
zauberkräftige Flüssigkeit			Fluss zur Weichsel						griechischer Kriegsgott	Märchen-, Sagen-gestalt			
									Güte, Nachsicht	Gesuch, schriftliche Bitte			
	Lebenserfahrener	schreien (Schaf, Kalb)	Anzahl, Masse	Gipfel der Berner Alpen					ein Wollgewebe	zaunartige Absperrung			
	vereinbaren, verabreden				Zusammen-schluss	Riesenschlange	somit, mithin				wie von Sinnen, verrückt		
	Unterarmknochen	stürzende Schneemasse	Werk Homers					Ge-spenster-treiben	elektronischer Speicherort				
Söldnertruppe				hoch achten				Bewohner eines Erdteils	norwegischer Dichter (Henrik)	bayerisch: Schlitten			Stück vom Ganzen
				veraltet: Banner, Feldzeichen									
Segelwerk eines Schiffes		in Richtung, nach	Normzahl je Goffloch	Gebäude				ein Backwerk			französisches Adelsprädikat		
Stadtstaat in Südostasien		holländischer Käse					Verbindungs-line, -stelle	Hahnenfußgewächs		un-fähige Person (ugs.)			
Sportrunderboot													

So ist's richtig:

Schüttelrätsel

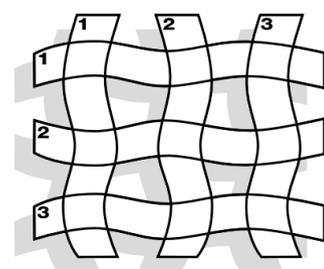
In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

AEHMRSSTW	HORT	ADIOR	EEMR	ABERR	ERTU	EGOR	IRTT
EORRT				IRU			
AERRST		EEGRRT				ORT	

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich als Lösung ein Wort für einen Fenstervorhang.

1	KLUB					SCHAFT
2	GEWITTER					MANN
3	EIS					SPIEL
4	REIS					FORM
5	TANZ					TEMPO
6	HAUS					STALL
7	HOLZ					ABSATZ



Magisch

Schreiben Sie waagrecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

- 1 Wirtschaftsprüfer; Korrektor
- 2 Küchengerät, Zeitmesser
- 3 deutscher Bundespräsident (Horst)

ERDBEBEN IM OSTSEERAUM

Wie Ostpreußen mehrfach erzitterte

Das erste Ereignis wird in einer Chronik aus dem Jahr 1326 erwähnt – danach bebte die Erde wiederholt

VON WOLFGANG KAUFMANN

Das Gebiet Ostpreußens zählt nicht gerade zu den geologisch besonders aktiven Regionen unseres Planeten. Daher spielt auch die Erdbebengefahr in der öffentlichen Wahrnehmung kaum eine Rolle – sehr zu Unrecht, wie der Blick in die ältere und jüngere Vergangenheit zeigt.

Die Ostsee wird von tektonischen Störungslinien durchzogen, welche daraus resultieren, dass sich die Absenkung des baltischen Raumes nach dem Ende des Eozän vor rund 34 Millionen Jahren in eine Hebung verwandelte. Dadurch entstand unter anderem die Teseire-Tornquist-Zone im Grenzbereich zwischen dem Baltischen Schild und dem östlichen Mitteleuropa. Diese strukturelle Nahtstelle erstreckt sich vom Unterlauf der Donau bis nach Skandinavien und verläuft auch an Ostpreußen vorbei. Deshalb kam es dort immer wieder zu Erdbeben von teilweise beachtlicher Stärke. Durch historische Quellen bezeugt beziehungsweise mittels neuzeitlicher seismischer Messungen bestätigt sind dabei sieben solcher Ereignisse.

Sieben Erdbeben gemessen

Von dem ersten berichtet das „Chronicon Terrae Prussiae“ (Chronik des Preußenlandes) aus der Feder des Peter von Dusburg, das im Auftrag von Werner von Orseln, des 17. Hochmeisters des Deutschen Ordens, entstand und 1326 fertiggestellt wurde. Der Verfasser, welcher aus der niederländischen Provinz Gelderland stammte und entweder auf der Marienburg oder im Ordenshaus Ragnit tätig war, berichtete seinerzeit, dass sich am 8. August 1303 „zur dritten Tagesstunde ein Erdbeben im gesamten Preußenlande“ ereignet habe: „Dreimal erzitterte die Erde mit den Gebäuden, sodass kaum ei-



Beben in Ostpreußen: Erst 1912 wurde in der Nähe der Försterei Groß Raum eine Erdbebenwarte auf Betreiben des Geologen Alexander Torquist und des Seismologen Emil Wiechert in Betrieb genommen
Foto: Bildarchiv Ostpreußen

ner das Hinstürzen vermeiden konnte.“ Und in einem späteren Nachtrag zu diesem Geschichtswerk ist dann außerdem auch noch von der Zerstörung der 1313 von den Ordensrittern am Memel-Ufer errichteten Burg Christmemel am Tage von St. Petri Kettenfeier, also dem 1. August, des Jahres 1328 die Rede: „Die Erde erzitterte so schrecklich, dass hohe Gebäude zusammenzustürzen drohten und dass die, die sich in ihnen aufhielten, schon auf den Erdboden niederspringen wollten, um dem Tod zu entgehen.“

Ein weiteres Beben im seismisch alles andere als inaktiven Ostpreußen fand am Sonntag, dem 23. Oktober 1904, um 11.30 Uhr statt. Damals erschütterten

„Dreimal erzitterte die Erde mit den Gebäuden, sodass kaum einer das Hinstürzen vermeiden konnte.“

Peter von Dusburg
Tätig im Auftrag des
17. Hochmeisters des Deutschen
Ordens, Werner von Orseln

deutlich spürbare Erdstöße die gesamte Region entlang der südlichen Ostseeküste zwischen Greifswald und Memel.

Das nächste derartige Ereignis wurde im Juni 1905 registriert – und am 30. Dezember 1908 schwankte die Erde in Ostpreußen wiederum. Obwohl die Erdbebenwarte nahe der Försterei Groß Raum zwölf Kilometer nördlich von Königsberg erst 1912 auf Betreiben des Geologen Alexander Tornquist und des aus Tilsit stammenden Altmeisters der Seismologie Emil Wiechert in Betrieb ging, konnten diesmal exakte Messungen der Bebenstärke durch andere Stationen in Europa erfolgen, was die Berechnung des Wertes der sogenannten Epizentralin-

tensität (Io) direkt über dem Bebenherd erlaubte. Der lag bei rund 3,5.

Erdbebengefahr entlang der Ostsee

Danach herrschte fast ein Jahrhundert lang trügerische Ruhe, bis es am 21. September 2004 um 13.05 und 15.32 Uhr zu zwei weiteren und diesmal wieder deutlich stärkeren Erdbeben mit einem Epizentrum 40 Kilometer südöstlich von Königsberg kam. Nunmehr lag die aus den Messungen ermittelte Epizentralintensität bei immerhin 5,8 beziehungsweise 6,2.

Neben diesen Beben in Ostpreußen gab es noch einige weitere vergleichbare Erdstöße in den angrenzenden Regionen zwischen der Odermündung und der litauischen Ostseeküste samt Hinterland. Das erste dieser Beben mit einer Epizentralintensität von vermutlich 5,0 ereignete sich 1606, und die anderen zehn an folgenden Tagen (in Klammern jeweils der Io-Wert): 30. Juni 1616 (6,0), 29. August 1907 (4,0), 29. und 30. Dezember 1908 (insgesamt drei Beben mit jeweils 7,0), 11. und 12. Februar 1909 (4,5 und 6,0), 1. Dezember 1912 (3,5), 13. September 1920 (4,0) und 29. April 1988 (ca. 3,6).

Bau des Atomkraftwerks eingestellt

Dies unterstreicht ebenfalls, dass durch eine Erdbebengefahr entlang der südlichen Ostseeküste besteht, obwohl die Stärke der seismischen Ereignisse in der Vergangenheit manchmal nur gering ausfiel. Dennoch ist der Betrieb von Kernkraftwerken im Königsberger Gebiet sowie den angrenzenden Regionen der Republik Polen und der baltischen Staaten offensichtlich auch aus diesem Grunde mit ernst zu nehmenden Risiken behaftet.

Insofern wurde mit der Nichtfertigstellung des geplanten Atommeilers Baltijskaja unweit von Ragnit [Neman] vielleicht eine ähnlich große Nuklearkatastrophe wie in Tschernobyl oder Fukushima verhindert.

ERLEBNISBERICHT

Doppelte Flucht einer ostpreußischen Familie

Lebhaft schildert Gerhard Gries seine Erinnerungen an den überstürzten Aufbruch aus der Heimat und den Neubeginn im Westen

Gerhard Gries aus Schopfheim im Südschwarzwald hat nach 77 Jahren seine Kindheits- und Jugenderinnerungen aufgeschrieben und als Buch drucken lassen. „Meine Lebenserinnerungen von 1939–1952“ lautet der Titel des mit Fotos, Karten und Zeitdokumenten ausgestatteten schmalen Bandes.

Eingangs berichtet der 1935 in Allenstein geborene Autor über die nicht gerade einfachen äußeren Lebensumstände seiner Familie mit sieben Kindern und seine Kinderlandverschickung im Jahr 1943. Nachdem ihr Haus im Januar 1945 durch eine Bombenexplosion unbewohnbar geworden war, musste die Mutter mit ihren vier jüngeren Kindern überstürzt die Flucht aus Allenstein antreten. Es war wohl ihre Rettung in letzter Minute.

Mit einem Soldatentross gelangten sie bei klirrender Kälte nach Pillau. Unterwegs sah Gerhard erfrorene Kinder in den kleinen Wagen und verzweifelte Mütter, die den Wagen an den Straßenrand schoben und stehen ließen, um das eigene Leben zu retten. Mit viel Glück – da es der Familie wegen der beiden älteren Schwestern, die die Altersgrenze von 15 Jahren überschritten hatten, eigent-



Angekommen im Westen: Flüchtlingsfamilie in einem Lager

Foto: Archiv PAZ

lich nicht erlaubt war, an Bord des KdF-Schiffs „Der Deutsche“ zu gehen – kamen sie auf dem Seeweg weiter. In Gotenhafen bestiegen sie am nächsten Tag ein überbesetztes und anscheinend reparaturbedürftiges Lazarett- und Flüchtlingstransportschiff. Fünf Tage lag das

Schiff mit den von Angst gepeinigten Menschen in der Pommerschen Bucht, ehe es den Zielhafen Swinemünde ansteuerte. Von dort fuhren sie in heillos überfüllten Zügen über Berlin zum unterfränkischen Ort Mellrichstadt. In der benachbarten thüringischen Gemeinde

Schwickershausen wohnten ihre Verwandten. Gegen Mithilfe bei der landwirtschaftlichen Arbeit wurde ihnen eine Wohnung bei einem Bauern zugewiesen, und es gab für alle endlich wieder genug zu essen.

Lebhaft erinnert sich Gries an die Ankunft der Amerikaner kurz vor Kriegsende. Nach deren Abzug und der Ankunft der Russen hatte das unbehelligte Dasein der Dorfbewohner jedoch ein Ende. Die russischen Soldaten begannen mit dem Bau der Grenzabspernung unmittelbar westlich vom Dorf.

Da die Mutter mit den Kindern nach Schleswig-Holstein weiterreisen wollte, wurde ein Plan eronnen, um unbemerkt die Zonengrenze zu überqueren. Sie wollten nach Büsum, wo der Vater nach seiner Entlassung aus englischer Kriegsgefangenschaft lebte. Im September 1946 war die Familie in Büsum endlich wieder vereint. Gerhards 19-jähriger Bruder Bernhard war jedoch am 16. April 1945 nahe Erlangen bei den sinnlosen Abwehrkämpfen gestorben. 1950 verstarb auch sein Vater an den Spätfolgen einer Kriegsverletzung. An der Nordseeküste wäre Gerhard dennoch gern geblieben. Er war im Sportverein und begann 1950

nach seinem Schulabschluss eine Ausbildung zum Tischler auf einer Werft. Die Mutter sah jedoch keine Zukunft für ihre Familie „im armen Land Schleswig-Holstein mit reichen Bauern“. Sie nutzte das Angebot einer Umsiedlung von Flüchtlingen nach Süddeutschland und beharrte darauf, dass ihr Sohn die vier Frauen begleiten sollte.

So kamen sie nach Fahrnau, eine landwirtschaftlich geprägte Gemeinde im Landkreis Lörrach, die 1971 in die Stadt Schopfheim eingemeindet wurde. Hier bezogen sie eine Wohnung in einem Neubau für zwölf Flüchtlingsfamilien. Mit einem Kurzbericht von seinem ersten Heimatbesuch in Allenstein im Jahr 1974 endet der Rückblick von Gerhard Gries.

Dagmar Jestrzemski

Gerhard Gries: „Meine Lebenserinnerungen 1939 – 1952“, Eigenverlag, erschienen 2019, gebunden, 100 Seiten, 14 Euro einschl. Versandkosten, bestellbar bei G. Gries, 79650 Schopfheim, Friedenstraße 5



HINTERPOMMERN

Die Buchheidebahn bei Stettin

Eine Kleinbahn mit dem Spitznamen Klünner

VON BRIGITTE KLESCZEWSKI

Erzählt werden soll hier ausführlich von der Buchheidebahn, unserem Klünner. Denn, wenn eine Kleinbahn einen Spitznamen trägt, wissen diejenigen, die mit ihr fahren, viele Geschichten über sie zu erzählen. Sie bleibt damit unvergessen. Auch heute tragen Kleinbahnen noch Spitznamen. Bekannt z. B. ist vielen Urlaubern der „Rasende Roland“, eine Kleinbahn auf Deutschlands Sonneninsel Rügen. In Stettin entstand 1919 die Vereinigung der mittelpommerschen Kleinbahnen, der die Greifenhagener Kreisbahnen AG und die Randower Kleinbahn angehörten.

Nach der Inflation im Gefolge des 1. Weltkrieges erhielten die Kleinbahnen eine Konkurrenz durch Busse im Straßenverkehr, die aber wiederum Anfang des 2. Weltkrieges, um Benzin zu sparen, außer Betrieb gingen. Bis kurz vor Kriegsende 1945 beförderte die Buchheidebahn Güter und Fahrgäste, darunter Berufstätige, Schüler nach Stettin und Ausflügler von Stettin. Nach dem Krieg verschwanden die meisten Kleinbahnen. Ihre Schienen wurden demontiert. Erhalten jedoch blieben ihre Trassen sowie kümmerliche Reste ihrer Stationsbahnhöfe.

Die Reichsbahn unterhielt seit 1846 in Finkenwalde an der Strecke Stettin - Stargard einen Bahnhof, von dem aus laut einer Übersicht auf einer Buchheidekarte täglich 72 Züge in Richtung Stettin bzw. Stargard abgefertigt wurden. Dazu kam die Buchheidebahn Finkenwalde - Neumark, die täglich in 24 Zügen ihre Fahrgäste aus den oder nach den Buchheideorten Hökendorf, Königsweg, Hohenkrug, Mühlenbeck, Kolbatz und Neumark brachten. Von Finkenwalde bis nach Neumark hatte die Kleinbahn etwa 30 km zu bewältigen. Der aus Altdamm stammende Richard Quade, er gehörte dem Pommerischen Künstlerbund an, hat den Finkenwalder Bahnhof auf Hartfaser in Öl ge-

malte. Die Buchheideorte an der Strecke waren nicht nur beliebte Wohnorte, sondern auch Ausgangspunkte von Stettiner Ausflüglern in den 18 km langen, südöstlich von Stettin gelegenen Höhenzug der Buchheide.

Finkenwalde war ein Villenvorort von Stettin. Er entstand zu Friedrich des Großen Zeiten als Siedlung am Rande der Buchheide. Zahlreiche Ausflugslokale befanden sich in seiner Umgebung. Beliebt war die Wanderung zur Finkenwalder Hö-



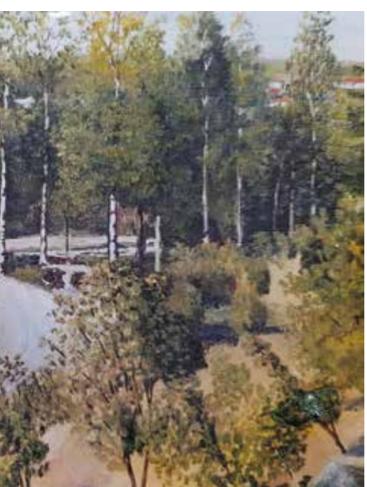
Der Weg zur Finkenwalder Höhe, Öl auf Leinwand, von Richard Quade. Er gehörte dem Pommerischen Künstlerbund an.

he. Richard Quade hat den Weg in Öl auf Leinwand gemalt.

Hökendorf besaß sogar zwei Haltestellen, Brunner Straße und Hökendorf. Dieser Ort wurde urkundlich 1274 erwähnt, als der Ritter Jacob von Staffelde die deutsche Ansiedlung an das Kloster Kolbatz verkaufte. Ausflügler bewunderten in diesem Ort die uralten Eichen mit 6 m Umfang am Zitelmanschen Waldgut, und wanderten weiter zur Försterei und zum 147 m hohen Blocksberg.

Nach Hökendorf folgte Königsweg, mitten im Wald gelegen, mit einem Kin-

dererholungsheim und dem Ausgangspunkt des Königsweges durch die Buchheide in Richtung Kolow. In Hohenkrug stiegen die Schüler und Berufstätigen aus Buchholz und Henningsholm in die Kleinbahn. Mühlenbeck lud zur Sommerfrische ein. Neben vielen Gaststätten zeigten sich Ziegeleien und Sägewerke. Kolbatz war ein ersehntes Ziel vieler Ausflügler, die sich für die Geschichte Hinterpommerns interessierten. Das Kloster im Dorf wurde 1173 von den Zisterzienser Mönchen ge-



gründet. Weite Strecken der Buchheide gehörten dem Kloster. Von ihm aus wurde die Besiedlung des Weizackers durchgeführt. Am Südostende des Höhenzuges der Buchheide lag das Endziel Neumark. Der Ort besaß Marktgerechtigkeit und wurde im 15. Jahrhundert als Städtchen bezeichnet.

Es verging kein Treffen der Hökendorfer, sie erfolgten in der Zeit von 1979 - 2017, ohne dass dieses Bähnchen, Klünner genannt, erwähnt wurde. Auch die Schaffner waren als fahrgastfreundlich und umsichtig in Erinnerung geblieben. Es wurde

sogar behauptet, dass sie den Zug warten ließen, wenn sie einen etwas verspäteten Fahrgast herangeloppten sahen.

Der Hökendorfer Bruno Zastrow hat die Lokomotive und das Buchheidebähnchen liebevoll gezeichnet. Auf einem der beiden Bilder wurde die Tenderlokomotive BR 89 aus der Bauart Ch2 dargestellt, die über drei angetriebene Achsen verfügte. Sie besaß zwei Zylinder und ihre Dampfart war Heißdampf. Die erste Lok dieses Typs wurde im Jahre 1881 von der Firma Henschel & Sohn in Kassel gebaut. Ihre Hauptmerkmale sind der lange Schornstein und die 6 Räder. Diese Beschreibung stammt von Ernst-Jürgen Köhler, der bis zum Jahr 2000 im Braunschweiger Siemenswerk für Eisenbahn-Signaltechnik tätig war. Von der zweiten Lokomotive liegt keine mir bekannte Beschreibung vor.

Den Ausdruck Buchheidebahn konnten die Anwohner dieser Kleinbahnstrecke nur vom Hörensagen. Sie blieb für sie die Bimmelbahn mit all den Schwächen einer Kleinbahn. In den schneereichen Wintern von 1941 - 1945 habe ich es nur zweimal erlebt, dass sie es durch die Schneewehen auf ihren Schienen nicht schaffte, nach Hökendorf durchzukommen.

„Blumen pflücken während der Fahrt verboten“ war auch so ein Spruch unter den Schülern. Fast jeder der Jugendlichen versuchte es, von der fahrenden Bahn abzuspringen und wieder aufzusteigen, was aber gar nicht so einfach war.

Ehrensache war es auch unter Schülern in Hökendorf, vor dem welldachumhüllten, kümmerlichen „Stationsgebäude“ schon an der Bahnhofsstraße abzuspringen, was die Schaffner gar nicht gerne sahen. Ab 1943 fuhren einige Schüler aus Hökendorf, die nicht mit in die Kinderlandverschickung gegangen waren, mit der 6:00 Uhr Kleinbahn über Finkenwalde nach Stargard zur Oberschule. Der anschließende Zug, mit dem auch viele kriegsdienstverpflichtete Frauen zur Ar-

beit bei der ausgelagerten Fabrik von Siemens & Halske an den Madüsee bei Augustwalde fuhren, kam erst um 6:45 Uhr. Darum blieben diese Fahrgäste im warmen Zug, der pünktlich für die Rückfahrt nach Neumark um 6:40 Uhr zu rangieren begann. Dadurch wurde nie das Umsteigen verpasst. Diese Kleinbahn brachte Ende Februar 1945 Flüchtlinge aus Hökendorf bis auf die Insel Rügen.

Im Sommer 1945 entdeckte ich am Bahnhof Königsweg einen zerschossenen Tiger Panzer. Hier müssen noch heftige Abwehrkämpfe stattgefunden haben.

Die Schienen der Kleinbahn wurden 1945 auf Befehl der Russen, meistens von dazu abkommandierten deutschen Frauen, demontiert. Geblieben ist bis heute die Trasse der Buchheidebahn. Auf ihr, so erzählte Brigitte Kipper, ehemalige Chorleiterin des Sedina Chores der Deutschen Minderheit in Stettin, hätte sie den Weg von Hökendorf aus nach Königsweg in den 1950er Jahren gefunden. Während des Krieges hatte sie in dem Erholungsheim für Kinder ihren Kriegsdienst ableisten müssen.

Der Bahnhof von Finkenwalde existiert nicht mehr. Er liegt im heutigen Zdroje an der früheren Umgebungsbahn an der Brücke, die über die Hökendorfer Straße führt. Heute werden von Stettin [Szczecin] aus viele Orte an der Buchheide nur mit Bussen erreicht.

Der Klünner, Zeichnung Bruno Zastrow



PARTNERSTADT VON STRALSUND

Stargard – pommerisches Juwel lädt ein

Stralsunds Partnerstadt verdient es, stärker besucht zu werden. „Stargard zaprasza, willkommen in Stargard!“ wird man strahlend von Malgorzata Wojcik-Bak und Joanna Ruminska im Rathaus der pommerischen Stadt herzlich begrüßt - vor allem wenn man aus Stralsund herübergekommen ist. Die beiden Mitarbeiterinnen der Abteilung Kultur, Sport und Tourismus freuen sich ehrlich, dass man Stettin „mal links liegen gelassen und eine halbe Stunde oder 36 Kilometer weiter gefahren ist“. Nicht nur per Auto, sondern auch mit der Bahn eine problemlose Fahrt, die sich lohnt. Abgesehen von den günstigen Übernachtungs- und Gastronomie-Preisen. Die sind nämlich (noch) unschlagbar, solange Polen nicht zum Euro-Verband gehört. Es wird auch wieder eine Nach-Corona-Zeit geben, so dass auch der Tourismus zwischen den beiden Nachbarländern wieder normal läuft und man sich Stargard als Besuchsziel durchaus notieren sollte.

Größe und Reichtum

Die beiden Frauen, beide mit akademischen Studienabschlüssen, halten dem Gast vom Sund erst mal einen Kurzvortrag. Chefin Malgorzata beginnt: „Stargard an der Ihna in Pommern ist mit 68.000 Ein-

wohnern die drittgrößte und eine der sich sehr stark entwickelnden Städte in der Woiwodschaft Westpommern, wodurch gute Kooperationsmöglichkeiten gegeben sind. Zum Beispiel mit dem Reifenhersteller Bridgestone, der 950 Mitarbeiter beschäftigt, und dem Kran- und Maschinenbauer Cargotec mit 800 Mitarbeitern. Über 50 weitere Unternehmen unterschiedlichster Branchen sorgen für eine gute Beschäftigungslage. Nachwuchs kommt aus Zweigstellen nicht-öffentlicher Hochschulen, zum Beispiel des Balticum Colleges und der Westpommerschen Wirtschaftsschule“. Und Joanna fährt fort: „Unsere 1000 Jahre alte Stadt liegt an der Grenze von zwei großen geografischen Regionen: der Stettiner Tiefebene und der Stettiner Seenplatte. Dadurch ist die Landschaft unserer Umgebung mit dem Madüsee, einem der größten Polens, und vielen kleineren Gewässern sehr abwechslungsreich und nicht überlaufen. Die 60 bis 70 Prozent aus Deutschland auf der Europäischen Route der Backsteingotik herüberkommenden Touristen mögen diese Mischung. Darüber hinaus hat Stargard, durch das übrigens der 15. Östliche Längengrad verläuft, eine jahrhundertlange Hafentradition mit Entwicklungshöhe-



Das prächtige frisch renovierte Rathaus von Stargard (Aufn. Schmidt-Walther)

punkt während der Hansezeit, die für Größe und Reichtum sorgte. Wir gehörten sogar mal zu einer der größten in damaliger Zeit“.

Stadt der Türme

Die Ähnlichkeiten zu Stralsund, auch die heutige Größe und der Restaurierungsgrad nach starken Kriegszerstörungen, sind ver-

blüffend, zumindest rein äußerlich: Marienkirche, Stadtmauer, Johanniskirche, Altstadtmarkt, Heiliggeistkirche, Bastionen, Stadttore, Speicher und barocke Bürgerhäuser und Hafentore. Letzterer wird heute nur noch von kleinen Booten wie Kajaks genutzt, mit denen man auch Stadt und Umgebung erkunden kann. Früher verband die Ihna die Stadt mit dem Haupthafen an der unteren Oder, wo die Güter von den großen Frachtseglern auf flachgehende Schuten umgeladen werden mussten. Weizen war lange Zeit eines der Hauptausfuhrprodukte. Von Stralsund aus wird immer noch Getreide in die europäischen Nachbarländer verschifft.

Wer Stargard, die „Stadt der Türme“, näher kennenlernen möchte, sollte den Touristenpfad nutzen. Auf dem nur drei Kilometer langen Weg um die Planty-Grünanlagen, fast zur Hälfte an der idyllischen Ihna entlang, kann man in gut zwei Stunden 25 Denkmäler erschließen. Wer mehr sehen möchte, braucht natürlich mehr Zeit.

Blicke über den Zaun

Seit 1991 - wer weiß das schon? - gibt es offizielle und inoffizielle Kooperationen zwischen den beiden Hanse-Schwestern

aufulischem, touristischem und kulturellem Gebiet. Die Möglichkeiten sind vielfältig. Mit dem EU-finanzierten Programm „INTERREG IV A“ zum Beispiel werden Reisen für junge Leute organisiert. „Mit guten Resultaten“, betont Joanna, „daraus haben sich Freundschaften und Workshops entwickelt“. Das Deutsch-Polnische Jugendwerk bietet darüber hinaus eine Auswahl von Begegnungsreisen für 14- bis 25-Jährige an.

Alle zwei Jahre findet außerdem ein Treffen der Oberbürgermeister statt. Zuletzt ging es dabei um die Renovierung der Musikschulen. „Zum Stadtfest“, so Malgorzata, „kamen hier alle unsere Partnerstädte zusammen, darunter auch Elmshorn in Schleswig-Holstein“.

„Wir würden uns freuen“, verabschieden sich beide Touristikerinnen, „wenn mehr Leute aus eurer Region zu uns kommen würden“. Ihre Werbung sollte nicht ungehört im Sundwind verwehen: Es lohnt sich, einen oder mehrere Blicke über Nachbarns Zaun zu werfen. Peer Schmidt-Walther

● Infos: www.stargard.pl Mail: startur@wp.pl oder an Joanna Ruminska (sie spricht Deutsch, Malgorzata zieht Englisch vor): urzad@um.stargard.pl

„Brandts Wahlkampfeslogan endete an der Elbe“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben



„Die in der PAZ veröffentlichten Leserbriefe zum Thema Corona sind großartig und tun gut. Bitte geben Sie nicht auf, äußern Sie sich weiter kritisch und hinterfragend“

Manfred und Gisela Löffelmacher, Flensburg



Ausgabe Nr. 48

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

NEUE WEGE ZUM GLAUBEN ZU: DIE FROHE BOTSCHAFT IST UNVERZICHTBAR (NR. 48)

Das Interview mit Frau Lieberknecht ist eine Ermutigung und Stärkung aller, die haupt- oder ehrenamtlich im Dienst der Kirche tätig sind. Kirche wird nur prosperieren, wenn, so Frau Lieberknecht, die Mitarbeiter „selbst brennen für das Wort Gottes“ und dieses verkündigen. Und sie hat recht, wenn Kirche eine Zukunft haben will, dann trägt essentiell der lebendige Glaube dazu bei.

Corona-bedingt fallen Gottesdienste und andere Aktivitäten aus oder sie verlaufen anders als bisher gewohnt. Corona-bedingt sind wir aus unserer Gewohnheit herausgerissen worden.

Wir haben neue Wege beschreiten müssen, wie wir unseren Gemeindegliedern den Zuspruch Gottes, Trost und Segen zukommen lassen können. Durch diese Herausforderung hat der Glaube vielerorts an Lebendigkeit zugenommen. So kann auch eine Pandemie Heilvolles mit sich bringen.

Bärbel C. Hansen, Tellingstedt

PLAN B WIE PANDEMIE ZU: MIT BÜRGERLICHER RHETORIK NACH LINKS GERÜCKT (NR. 48)

Die Corona-Maske ist gefallen, ob schwarz, ob rot, ob grün, ob gelb, ob ... egal, eh schon alles wurscht.

Jede Partei hat ihr Grundsatzprogramm, und diese Programme haben sich alle zum Verwechseln lieb. Alle Parteien wollen nur eins: schwuppdwupp ran an die Macht, koste es was es wolle; verbieg dich nach links, verbieg dich nach rechts, nach hinten und nach vorn.

Der Wähler darf irgendwann zwischen dem 25. August und dem 24. Oktober 2021 eine neue (Pandemie-)Regierung küren. Dann muss aber auch wieder gut sein. Läuft jedoch nicht alles nach Plan A, dann geht es mit Plan B fortfolgende einfach weiter. Die GroKo bleibt im Amt, und die Bundeskanzlerin erzielt in der Nachspiel-

zeit noch einige wichtige (Corona-)Pluspunkte. *Riggi Schwarz, Büchenbach*

MAN LIESS ALLES DURCHGEHEN ZU: IST MERKEL ZUFRIEDEN? (NR. 48)

Was die jüngsten Aktionen im Bundestag angeht, liegt deren Brisanz in der Hausordnung begründet. 1967 hat Beate Klarsfeld einem frei gewählten Kanzler geohrfeigt; 1983 wurde US-Außenminister Haig von einem Grünen-Abgeordneten (im Hessischen Landtag, d. Red.) mit Blut bespritzt; in den letzten Jahren war es linksgrünen Aktivisten immer wieder möglich, im Plenarsaal öffentlichkeitswirksam und lautstark Plakate zu entrollen. Konsequenz dafür? Mir keine bekannt.

Jürgen Frick, Dessau

EIN SCHULDENWAHNSINN ZU: DIE INFLATION WIRD KOMMEN (NR. 47)

Treibt Bundesfinanzminister Olaf Scholz das deutsche Volk in die Schuldenfalle? Wenn ich die Zahlen richtig im Kopf habe, wurde dieses Jahr eine Neuverschuldung von 220 Milliarden Euro aufgenommen, und für das nächste Jahr werden 160 Milliarden Euro neu aufgenommen. Das macht in zwei Jahren mindestens knapp 400 Milliarden Euro neue Schulden. Was für ein Wahnsinn!

Ich vermute, Schuldenmacher Scholz will sich das Kanzleramt erkaufen. Schließlich will er nächstes Jahr Bundeskanzler werden. Was für eine schlimme Konstellation für das Volk. Das wird nicht gutgehen! Wenn die Bundestagswahlen nächstes Jahr vorbei sind, wird der „Gerichtsvollzieher“ an die Tür vom Kanzleramt klopfen und die Schuld einfordern. Spätestens ab 2022 werden die Bürger zur Kasse gebeten. Dann wird es für den Normalo sehr eng. Wer stoppt diesen Wahnsinn, bevor es zu spät ist? Ich ahne nichts Gutes. Es kommt eine lange dunkle Zeit auf uns zu. *Paul Nemeč, Sachsenheim*

ÖFFNET DIE GASTRONOMIE! ZU: DIE ZWEIFEL AM CORONA-MANAGEMENT WACHSEN (NR. 47)

Wie der Autor richtig feststellt, ist es total unverständlich, dass Gaststätten und Hotels geschlossen sein müssen. Schon viele Male ist in Stellungnahmen der Betroffenen, in Medienberichten und Leserzuschriften übereinstimmend bekundet worden, dass bei den meist vorbildlich durchgeführten Hygienevorschriften seitens der Gastwirte und Hoteliers so gut wie keine Infektionsgefahr von diesen Betrieben ausgeht, sondern dass Altenheime, Privatpartys und vereinzelt Landwirtschafts- und Industriebetriebe die Hotspots sind. Die Schließung der Gaststätten und Hotels muss rückgängig gemacht werden! *Prof. Dr. Burkhard Hofmeister, Bad Reichenhall*

ALLES IM SINNE DER UDSSR ZU: EINE REVISION DER ZEITGESCHICHTE (NR. 37)

Über Ihren Artikel zu den „neuen Forschungsergebnissen“ der Ostpolitik der sozial-liberalen Koalition unter Willy Brandt wundere ich mich ein bisschen, weil ich meine, dass es schon damals nicht besonders viel Verstand brauchte, um die Ziele der sowjetischen Strategie zu verstehen. Entspannungspolitik und die KSZE dienten hauptsächlich dazu, die Position der Sowjetunion in Europa zu festigen. Unter anderem sicherlich angesichts der zunehmenden Unruhe der jungen Generation in Osteuropa. In Polen wie auch der Tschechoslowakei („Prager Frühling“ 1968) gährte es. Darauf entwarf der sowjetische Staatschef Leonid Breschnew die nach ihm benannte Doktrin von der „begrenzten Souveränität der sozialistischen Staaten“.

Die insbesondere von Egon Bahr als „Experte der Ost- und Deutschlandpolitik“ mit den Regierungen der UdSSR und der DDR ausgehandelten Verträge hatten konkret die Anerkennung der „nach dem Zweiten Weltkrieg entstandenen Realität-

ten“ zum Inhalt. Bahr selbst sprach dabei zutreffend von „Grenzanerkennungsverträgen“ (deklariert als „Gewaltverzichtsverträge“).

Auch eine diese Politik begleitende Tendenz beziehungsweise Propaganda ließ keinen Zweifel daran, dass, bezogen auf das geteilte Deutschland, der Status quo und damit die Zweistaatlichkeit nicht (mehr) angetastet werden sollte. Irgendwelche Vorbehalte vonseiten der damaligen Bundesregierung enthielten die Verträge nicht, etwa durch einen Satz, man würde als ein Ziel die Selbstbestimmung der europäischen Völker anstreben und damit auch Änderungen an der durch Krieg und Gewalt zustande kommende Situation, also eine wirklich substantielle Entspannung ermöglichen wollen.

Willy Brandts Wahlkampfeslogan „Mehr Demokratie wagen“ endete an der Elbe. Er sei „nur für die Bundesrepublik verantwortlich“ – was rein juristisch stimmen mochte. Dass er der Westpolitik der Sowjets sehr entgegenkam, förderte sogar seine Popularität, zumal die damalige CDU-Opposition ziemlich ratlos reagierte. *Gerhard Basedow, Dannenberg*

SALAMITAKTIK FÜR ARMENIEN ZU: GEWALT LOHNT SICH (NR. 46)

Ja, die Ironie hat schon was! Und die genannten Fakten sind sicher auch richtig. Putin hat bisher die christliche Religion in sein politisches Handeln mit einbezogen. Deshalb ist es für mich unverständlich, weshalb er in diesem Fall dem muslimisch ausgerichteten Staat Aserbeidschan den eroberten Landgewinn zugesteht. Eine Erklärung wäre für mich in geopolitischer Sicht gegeben. Die armenische Regierung trägt die Einkreisungspolitik, die von den USA ursprünglich initiiert war, mit. Vielleicht hilft eine Salami-taktik mit der Wegnahme des eroberten Landstreifen von Armenien weiter? Aber auch die nun entstandenen Unruhen in der Bevölkerung könnten zu einem neuen Bewusstsein bei künftigen Regierungen führen. *Markwart Cochius, Chemnitz*

ANZEIGE

Jetzt bestellen!

Versandkostenfreie Lieferung innerhalb Europas

Nichts bewegt sich in deinem Leben, wenn du dich nicht selbst bewegst!

■ **Katrin Huß bewegte Tausende Menschen, als sie auf dem Höhepunkt ihrer Fernsehkarriere einfach ausstieg. Seit 1992 in der Medienwelt zu Hause, gehörte sie zu den Publikumslieblingen im MDR-Fernsehen. Mehr als 20 Jahre lang arbeitete sie bei Funk und Fernsehen, unter anderem für das Nachmittagsmagazin *Hier ab vier*, später *MDR um 4*. Sie interviewte rund 2000 Gäste aus allen Lebensbereichen und bereiste als Reporterin für den MDR die Welt.**

Wie ein Interview die Karriere der Moderatorin beendete

Im Januar 2016 interviewte sie in *MDR um 4* Professor Hans-Joachim Maaz. Der Psychotherapeut und Autor ist ein Kritiker der Merkel'schen Flüchtlingspolitik. In dem Interview vertrat Maaz die Ansicht, dass es unmöglich sei, alle Flüchtlinge in Deutschland zu integrieren. Die Zuschauer reagierten begeistert auf die Offenheit und Ausführlichkeit, mit der über das Thema gesprochen wurde. Doch innerhalb des MDR brach ein Sturm der Entrüstung über Katrin Huß herein. In mehreren Gesprächen wurde sie von Vorgesetzten aufs Heftigste kritisiert. Man warf ihr vor, Professor Maaz nicht genügend widersprochen zu haben. Ihr wurde unterstellt, sie hätte »Naziwörter« in den Mund genommen, wie »Überfremdung«, und die ganze Sendung wäre wie eine Pegida-Demo gewesen.

»Sie sind haftbar und verantwortlich für das, was die Gäste in der Sendung sagen, und Sie haben politisch einzuschreiten im Sinne des MDR.«

MDR-Chefredakteur

In der Folge wurde Katrin Huß im MDR massiv unter Druck gesetzt und gemobbt. In diesem Buch beschreibt die Journalistin in allen Einzelheiten die Demütigungen, Beleidigungen und Schikanen, denen sie ausgesetzt war. Der schockierende Bericht enthüllt nicht nur die politische Einseitigkeit des öffentlich-rechtlichen MDR, er beleuchtet auch die äußerst bedenklichen Zustände bei diesem Sender.

Macht Fernsehen (machen) glücklich? Die Antwort darauf fand Katrin Huß im Yoga und auf ihren Reisen durch Indien. Ehrlichkeit, Respekt und Wertschätzung fehlten ihr in der »Sende-Anstalt«. Sie zog die Konsequenzen.

Die traut sich was! ist auch ein sehr persönliches Buch über Katrin Huß. Sie erzählt aus ihrem Leben, sagt ihren Zuschauern danke und macht ihren Lesern Mut, sich in ihrem Leben mehr zuzutrauen.

»Hier habe ich aufgeschrieben, was meinen Traum-beruf zum Albtraum machte und wie und wodurch ich stark genug wurde, endlich aufzuwachen.«

Katrin Huß in ihrem Vorwort



Katrin Huß: *Die traut sich was!* gebunden • 284 Seiten • Best.-Nr. 982 200 • 19,99 €

KOPP VERLAG

Telefon (0 74 72) 98 06 10
Telefax (0 74 72) 98 06 11
info@kopp-verlag.de
www.kopp-verlag.de



WEIHNACHTSMUSIK

Lieder unterm Tannenbaum

Von Operntenor Jonas Kaufmann bis Pop-Ikone Dolly Parton: neue CD-Einspielungen zur ersten Corona-Weihnacht

VON ANDREAS GUBALLA

In diesem Jahr wird Weihnachten ein ganz besonderes Fest. Die neue Normalität besteht aus Abstands- und Hygieneregeln, Kontaktbeschränkungen sowie verschobenen und abgesagten Konzerten. In diesen unsicheren Zeiten gibt es aber dennoch Konstanten: Weihnachtsmusik muss einfach sein. Für alle, denen „Last Christmas“ oder andere weihnachtliche Pophits aus den Ohren herabhängen, haben wir einige besondere CD-Neuerscheinungen herausgesucht – von besinnlich bis schrill.



Die US-Musikgruppe **Blackmore's Night** wurde 1997 vom legendären Hard-Rock-Gitarristen Ritchie Blackmore und seiner

Frau und Sängerin Candice Night gegründet und entwickelte sich schnell zu einer weltweit gefeierten Band des traditionellen Renaissance-Folk-Rock. Passend zur besinnlichsten Zeit des Jahres erscheint ihre Weihnachts-Neueinspielung **Here We Come A-Caroling** mit vier neuen Liedern im typisch mittelalterlich-traditionellen Gewand als limitierte CD Digipack Edition sowie – für Schallplatten-Nostalgiker – als streng limitierte 10-Zoll-Vinyl-Single auf transparentem Grün.



Die US-Sängerin **Meghan Trainor** stürmte 2014 mit „All About That Bass“ wie aus dem Nichts die weltweiten Charts. Für die

Produktion ihres ersten Weihnachts-Albums **A Very Trainor Christmas** hat die Künstlerin ihre gesamte Familie eingebunden. Die am 22. Dezember 1993 geborene Sängerin sei „ein Weihnachtsbaby“ und habe immer davon geträumt, „zusammen mit der ganzen Familie ein Weihnachtsalbum herauszubringen“. Außerdem als Gast dabei: die altbekannte Soul-Formation „Earth, Wind & Fire“. Das Album enthält Neuaufnahmen von Weihnachtsklassikern wie „Last Christmas“ sowie sechs Originalaufnahmen. Der Mix von temperamentvollen Liedern und die Einbeziehung verschiedener Genres sorgen dafür, dass auf diesem Album für jeden etwas dabei ist.



It's Christmas! ist das erste Weihnachtsalbum des deutschen Klassikstars **Jonas Kaufmann**. Der Tenor feiert mit seinen

Liebings-Weihnachtsliedern aus Deutschland und aus aller Welt die schönste Zeit des Jahres. Sein stimmungsvolles Festtagsalbum präsentiert 40 Lieder, die alle Facetten der Weihnachtsmusik abbilden, von alten Kirchenliedern bis zu modernen Popklassikern. „Denk ich an Weihnachten, dann steigen viele Erinnerungen in mir auf“, schreibt Kaufmann im Begleittext zur CD.



Rechtzeitig zu Weihnachten veröffentlicht **Annie Lennox** eine digital nachbearbeitete Version ihres sechs-



Auch als Christbaumschmuck verwendbar: CDs am Tannenbaum

ten Soloalbums **A Christmas Cornucopia**: eine Sammlung inspirierter Interpretationen traditioneller festlicher Lieder, abgerundet durch die Lennox-Komposition „Universal Child“. Die Neuauflage von „A Christmas Cornucopia“ enthält zudem unter anderem die brandneue, bisher unveröffentlichte Aufnahme „Dido's Lament“. „Ich hoffe, diese Aufnahme bietet zumindest etwas Trost und Nostalgie, aber auch ein Bewusstsein dafür, dass sich politische Führer, religiöse Führer und alle auf der ganzen Welt der Frage stellen müssen, wie viele Weihnachten wir noch auf dieser verdorbenen Erde verbringen müssen“, lässt die in den 1980er und 90ern mit der Gruppe Eurhythmic und dem Schlager „There Must Be an Angel“ bekannt gewordene schottische Sängerin verkünden, die mit ihren nunmehr 65 Jahren jetzt ihrerseits messianische Aufrufe zur Rettung der Erde von sich gibt.



Weihnachten 2020 ist anders als frühere Weihnachten. Die Corona-Krise hat unser Zusammenleben verändert. Umso größer ist die

Sehnsucht nach den Werten und Freuden der Weihnachtszeit, nach Einkehr und Besinnlichkeit und nach Zusammenhalt und Freundschaft. Kaum einer hat diese Tugenden, diese Stimmung der Adventszeit so magisch in Musik verpackt wie der schwedische Jazzmusiker **Nils Landgren**. Vor 14 Jahren versammelte der 64-jährige Posaunist, Sänger und Fixstern der europäischen Jazz-Szene erstmals seine engsten Weggefährten zu einem **Christmas With My Friends**, ging mit ihnen ins Studio und auf Tournee. Und das Echo auf die „alleralleraller schönste Weihnachts-CD“, wie die Zeitschrift „Stern“ bereits über das erste Album schrieb, war so enorm, dass Landgren gemeinsam mit seinen Freunden seither alle zwei Jahre ein Album dieser besonderen Art veröffentlicht. Die siebte Ausgabe dieses Serienklassikers präsentiert ausgewählte Weihnachtsstücke aus aller Welt – von

Südafrika, über Europa, die USA bis hin nach Mittelamerika.



Das **Erik Westberg Vocal Ensemble** wurde 1993 gegründet und besteht aus 16 bis 20 Sängern, die sich vor allem

der neueren Chorliteratur widmen. Die Mitglieder des Ensembles arbeiten als Solisten, Kirchenmusiker und Musiklehrer und kommen aus Nordschweden und Finnland. Mit **A Star is Shining** hat das A-cappella-Ensemble ein etwas anderes, aber immer noch leicht zu konsumierendes Weihnachtsalbum aufgenommen, das Musik beinhaltet, die speziell für die Sänger komponiert wurde, sowie Improvisationen, Volksmelodien, Musik aus verschiedenen Teilen der Welt und Epochen. „Das Weihnachtsfest hat für uns alle eine tiefe und besondere Bedeutung, die Musik erfordert, die nicht nur ein Gefühl des Wohlbefindens hervorruft, sondern auch die Majestät und den Ruhm des Anlasses widerspiegelt“, so Chorleiter Erik Westberg. Deshalb konzentrierte sich das Album nicht ausschließlich auf Weihnachtslieder, sondern auf solche Musik, die mit der Tiefe und dem Gefühl der Weihnachtszeit in Verbindung steht.



Zum Glück kann man mit **Rebekka Bakken** „Winter Nights“ nicht viel falsch machen, wenn man während des nächsten Lock-

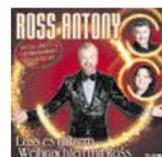
down ein wenig zur Besinnung kommen möchte. Die Platte hat nicht nur ausschließlich Coverversionen verschiedener Weihnachtsklassiker, sondern auch sieben Aufnahmen aus der eigenen Feder der gebürtigen Osloerin zu bieten. Zudem hat sie sämtliche Stücke arrangiert. Bakken singt auf dem Album **Winter Nights** eigene Lieder sowie Neuaufnahmen zur Winter- und Weihnachtszeit in betörend

zarter, melancholisch-verträumter Stimmung. Die norwegische Sängerin und Liedermacherin präsentiert mit ihrer kraftvollen, drei Oktaven umfassenden Stimme Lieder, die sich thematisch um die Winter- und Weihnachtszeit drehen. Neben sieben eigenen Kompositionen verwandelt Bakken bekannte Klassiker wie „In The Bleak Midwinter“, „Stille Nacht“ oder „Last Christmas“ in fragile Lieder, die von ihrem Ensemble mit elektrischen Zupfinstrumenten, den „Pedal-Steel-Gitarren“, Mandoline, Tuba, E-Bass, Melotron oder Piano in vielschichtige Klangfarben getaucht werden. „Ich habe immer davon geträumt, ein Winteralbum zu machen, denn ich liebe diese Jahreszeit, und ich liebe es, Weihnachtslieder zu schreiben. Die Assoziationen, die ich mit Weihnachten verbinde, sind von Schönheit und Freude erfüllt. Doch manchmal muss man diese Zeit auch unter schwierigen Umständen begeben. Weihnachten verstärkt die Intensität dieses Lebens.“ Eine Intensität, die Bakken auf dem Album „Winter Nights“ in eine sehr persönliche und betörend ruhige Musik verwandelt.



Auch die 74-jährige Country-Legende **Dolly Parton** („Jolene“) stimmt auf die besinnliche Zeit ein und hat gerade ihr Album

A Holly Dolly Christmas veröffentlicht. Für die CD hat Parton mit einigen bekannten Musikern zusammengearbeitet. So sind Michael Bublé, Billy Ray Cyrus, dessen Tochter Miley Cyrus und der Talkshow-Moderator Jimmy Fallon auf dem Weihnachtsalbum zu hören. Mit Fallon singt Parton den Weihnachtshit „All I Want for Christmas Is You“ von Mariah Carey. Zu ihrer ersten Weihnachtsplatte seit 30 Jahren sagt die Sängerin: „Ich habe mich in meiner ganzen Karriere noch nie so sehr auf ein Projekt gefreut wie auf mein ‚Holly Dolly‘-Weihnachtsalbum. Ich singe mit einigen der größten Künstler aller Zeiten unsere Lieblingsklassiker zu Weihnachten sowie einige neue, von mir selbst geschriebene Lieder. Ich hoffe, wir alle haben dieses Jahr ein Holly-Dolly-Weihnachten.“



Ross Antony ist den jugendlichen Musikhörern als ehemaliges Mitglied der Casting-Band „Bro'Sis“ bekannt, einer breiteren Öff-

entlichkeit seit 2013 auch als erfolgreicher Schlagersänger. Schon 2014 hat der bekennende Weihnachtsschwärmer mit dem britischen Opernsänger Paul Reeves mit „Winterwunderland“ ein winterliches Album herausgebracht. Nun hat sich der Spaßvogel vom Dienst mit Schlagerikone Ute Freudenberg weitere Hilfe ins Studio geholt und lässt es auf seinem Weihnachtsalbum **Lass es glitzern – Weihnachten mit Ross** ordentlich sheppern. Auf der CD wechseln sich neue Titel mit Cover-Versionen und Folklore ab. Auch wenn es manchmal nicht schrill genug sein kann, zeigt der 46-Jährige auch seine ruhigen und romantischen Seiten.



Da wegen der Corona-Pandemie ihre Tournee ausfiel, hat die speziell für Kinder rappende Gruppe **Deine Freunde**

stattdessen ein Weihnachtsalbum produziert. Weil sie schon oft nach einem Weihnachtsalbum gefragt worden waren, beschlossen die in Hamburg wirkenden Musiker, zwei oder drei Lieder zu dem Thema zu schreiben, doch dann nahmen die Ideen gar kein Ende mehr. Mit klassischen Weihnachtsliedern wie „O Tannenbaum“ oder „Stille Nacht“ hat **Das Weihnachtsalbum** wenig zu tun. Die 15 Songs reichen von Hip-Hop bis zu Synthipop und sind vor allem eins: höchst unterhaltsam. „Wir wollten uns nicht mit ‚In der Weihnachtsbäckerei‘ messen, sondern ein Album machen, das unserem Stil treu bleibt“, so Band-Mitglied, Komponist und Autor Lukas Nimscheck.



Für alle, die im Trott der Tradition einmal etwas Abwechslung brauchen, empfehlen wir das etwas andere Weihnachts-Album **Still Home For The Holidays**. Darauf veröffentlicht Atlantic Records R&B-Lieder verschiedener schwarzer US-Künstler wie Ty Dolla Sign oder Trey Songz. Erfrischend schwungvoll kommen auch Kelly Clarkson & Brett Eldredge mit „Under The Mistletoe“ (Unter der Mistel) daher, und dem Sänger Teddy Swims gelingt es, Weihnachten viel Soul einzuhauchen.



Sein Lied „I Just Wanna Live“ machte den zwölfjährigen **Keedron Bryant** aus Florida im Sommer zu einem Vorzeigehelden der Anti-Rassismus-Proteste „Black Lives Matter“. Das Lied handelt davon, wie es ist, ein junger schwarzer Mann zu sein. Das Instagram-Video erreichte Millionen Menschen und wurde zum Karriere-Sprungbrett. Mittlerweile hat ihn das Label Warner Music unter Vertrag genommen und gleich das Weihnachtsalbum **The Best Time Of The Year** mit ihm produziert. Es enthält drei Wohlfühl-Klassiker, darunter eine gefühlvolle Interpretation von „Let It Snow“ mit seiner Schwester Aiyanna.



Die ostfriesische Kabarettistin und Sängerin **Annie Heger** bringt die gerade dieser Tage eine dringend benötigte Essenz der Weihnachtsbotschaft, zwischen Tschingderassabum, Rockgitarre, Blockflöte, Stallgeruch und Besinnlichkeitsblues auf ihrem neuen Album **Bethlehem** zu uns. Die Corona-Krise spielte für die Künstlerin auch hier eine Rolle. „Die Weihnachtsbotschaft ‚Fürchtet Euch nicht‘ war noch nie so aktuell wie dieses Jahr“, sagt die 1983 in Aurich geborene Heger. Geprägt sind ihre Versionen von Liedern wie „The First Noel“, „Leise rieselt der Schnee“ und das plattdeutsche „Ik stah nun an Dien Krippen hier“ von ihren eigenen Kindheitserinnerungen an die Weihnachtszeit mit geheimnisvoll verschlossenen Türen, Geschenken, Familienbräuten, dem stillen Blick in die Krippe und dem Trubel auf dem Weihnachtsmarkt. Erdig-rockiger Folk, alternative Country-Pop-Töne mit der nötigen Portion Protestlied und Weihnachtspolka machen diese Platte zu einer puren und spaßigen Festtagsfreude.

● FÜR SIE GELESEN

„Schwierig bis ungenießbar“

Der 1938 im schlesischen Hirschberg [Jelenia Góra] geborene Schriftsteller, Lyriker und Essayist Harald Gröhler veranstaltete und moderierte in den 1970er bis 1990er Jahren in Köln hunderte hochkarätige Autorenlesungen. Indem er für die Hotelunterkunft und einen angenehmen Aufenthalt seiner Gäste sorgte, kam er in näheren Kontakt mit den Großschriftstellern der Nachkriegsjahrzehnte und den Kultautoren der 68er-Generation.

Von seinen Begegnungen mit den illustren Schriftstellerkollegen und dem, was ihm darüber hinaus noch berichtenswert erschien, handeln 53 anekdotische Geschichten, die Gröhler in seinem neuen Buch „Dichter! Dichter!“ zusammengefasst hat. Die meisten der hier in Erinnerung gerufenen Schriftsteller sind längst verstorben. Einige von ihnen lernte Gröhler kennen, wenn er die bekannte Fotografin Brigitte Friedrich zu verabredeten Fototerminen begleitete. Mit ihren Porträtfotos sind viele Einzelkapitel ausgestattet.

● Porträts großer Autoren

Gröhler traf unter anderem Thomas Bernhard, Wolf Biermann, Hans Magnus Enzensberger, Erich Fried, Gisela Elsner, Peter Handke, Heinrich Böll, Ernst Jandl, Marie Luise von Kaschnitz, Walter Kempowski, Wolf Wondratschek, Wolfgang Koeppen, Reinhard Lettau, Friederike Mayröcker, Gabriele Wohmann, Peter Rühmkorf, H.C. Artmann und Gerhard Zwerenz.

Auffällig viele Vertreter der Schriftstellergeneration der 60er bis 80er Jahre gerierten sich offenbar als Exzentriker, waren schwierig bis ungenießbar im persönlichen Umgang. Gröhler unterscheidet dennoch pflichtgemäß zwischen Person und Werk. Seinerseits hält er nicht hinter dem Berg mit wenig schmeichelhaften Zuschreibungen, insinuiert durch Hervorhebungen von Eitelkeit oder hervorstechenden Geschäftssinn. In einigen Fällen scheute er selbst vor grenzüberschreitenden Enthüllungen à la Boulevard-Journalismus nicht zurück – aus Gründen der Absatzförderung für sein Buch?

● Viele waren Exzentriker

An diesem Buch mit Dutzenden jahrzehntelang zurückliegenden Erfahrungsberichten fällt auf, dass die auf den Punkt gebrachte Wiedergabe von Beobachtungen und Gesprächen des Autors mit den vielen prominenten Schriftstellerpersönlichkeiten den Eindruck erweckt, als lägen diese Begegnungen lediglich ein paar Jahre zurück. Wie das zustande kam, erklärt der Autor nicht. Er lieferte weder eine Vorbemerkung noch ein Nachwort mit. Der Klappentext verrät lapidar: Harald Gröhler hat seine Begegnungen aufgezeichnet. Nun gut, herausgekommen ist ein flott geschriebenes, trotz allem sehr unterhaltsames Buch auf der Basis von subjektiven Wahrnehmungen und der Wirkungskraft berühmter Namen.

Dagmar Jestrzemska



Harald Gröhler: „Dichter! Dichter! So begegneten sie mir“, Verlag Königshausen & Neumann, Würzburg 2019, broschiert, 308 Seiten, 24,80 Euro

Lieb und teuer

Familiengeschichten und Erfahrungen spielend leicht in einem schön gestalteten Album festhalten



Wie es damals war Das hehre Ziel des kleinen Familien-Verlages ist das Anliegen, ältere und jüngere Generationen einander näherzubringen.

Kostbare Erinnerungen der Älteren, die mehr als aufschlussreich den Kindern und Enkeln die persönliche Vergangenheit präsentieren könnten, gehen im Normalfall leider verloren, da es oft an der Zeit fehlt, die Dinge zu

berichten. Der Prager Verlag hat zwei Bücher auf den Markt gebracht mit den Titeln „Opa, wie war's bei Dir damals?“ und als Gegenstück, gerichtet an die Großmutter, „Oma, wie war's bei Dir damals?“, die als eine Art Aufbewahrungsalben dienen. Der ansprechende Einband verlockt zum Hineinschauen und Durchblättern. Und fast ist man beim noch leeren Album ein wenig ent-

täuscht, dass es noch keine Eintragungen gibt.

Das sollen erst die Beschenkten selbst hineinschreiben. Es geht los mit einem Stammbaum und der Frage, an wen aus ihrer Familie sich die Großeltern noch erinnern. Wo haben die Vorfahren gewohnt und wie lebten sie der- einst? Wie war die eigene Kindheit in früheren Zeiten? Ausreichend Platz für

Fotos ist auch gegeben. Für Rezepte, die überliefert wurden, ist ebenfalls Raum vorhanden. Wie war es in der Schule früher, was machte man in der Freizeit, wie sah das erste Auto aus, und wie und wo haben Oma und Opa sich verliebt? Wo wohnten die Großeltern, und wie war es, als die Kinder auf die Welt kamen?

Die Arbeit und die Urlaube in der Vergangenheit unterschieden sich sehr von denen in der heutigen Zeit. Oma und Opa werden angehalten, auch darüber zu berichten.

● Gemeinsam die Zeit verbringen

Das Ausfüllen kann als angenehmer Zeitvertreib betrachtet werden, und das gesamte Werk ist später für die Angehörigen von unschätzbarem Wert.

Ein Geschenk an die ältere Generation, das von ihnen irgendwann komplettiert zurückgeschenkt wird, ist ein wunderbarer Gedanke, die Generationen einander näherzubringen. Mit Sicherheit werden so manche Augen leuchten, wenn dieses Präsent unterm Weihnachtsbaum oder zum Geburtstag verschenkt wird. Das Interesse der Jüngeren an ihren Vorfahren bedeutet ja auch Zuneigung und Zuwendung. Und davon kann es zwischen den Generationen nie genug geben.

Silvia Friedrich

● Buchinfos

„Oma, wie war's bei Dir damals?“ „Opa, wie war's bei Dir damals?“ Familium Verlag, Prag 2020, gebunden, je 132 Seiten, je 29,99 Euro

● BIOGRAPHIE

Ein Diktator, der Ängste schürt

Ex-CIA-Analystin Jung H. Pak sieht in Kim Jong einen brutalen Unterdrücker, dessen wichtigstes Anliegen sein Atomprogramm ist

VON F.-W. SCHLOMANN

Die Autorin Jung H. Pak arbeitete jahrelang als führende CIA-Analystin über Nordkorea und vermittelt in ihrer Biographie einmalige Einblicke in Charakter und Denkweise des Diktators Kim Jong-un. Diese seien geprägt durch Koreas Geschichte sowie die Kim-Dynastie. Die Propaganda stelle ihn als Reinkarnation seines verehrten Großvaters Kim Il-sung dar. Dieser führte Partisanen gegen die Besatzungsmacht Japan, die später in der UdSSR zu Kommunisten wurde. Im Bürgerkrieg besiegte er „als einziger Retter Koreas“ die US-Truppen.

Zu seinem Nachfolger bestimmte er „als einzig legitimen Erben der Revolution“ seinen Sohn Kim Jong-il, dessen Geburt 1942 zum übernatürlichen Akt stilisiert wurde. Am 65. Jahrestag der Gründung der Staatspartei sah man neben ihm seinen Sohn Kim Jong-un, was dessen Status als Nachfolger zementieren sollte. Obwohl dieser keinerlei militärischen Rang hatte, wurde er zum Vier-Sterne-General ernannt.

Mittels Propaganda trieb er sein Kernwaffenprogramm voran. Ziel sei auch, einen Mythos der überlegenen Macht der Kim-Dynastie zu erzeugen. Ein Charakterzug Jong-uns sei seine Brutalität. Erfolgt frühere Säuberungsaktionen Kims geheim, so lässt er seine Rivalen mittlerweile öffentlich, im Beisein von deren Angehörigen hinrichten – das gilt selbst für Familienmitglieder. Im Gegensatz zu seinem Vater, der

öffentliche Reden vermied, liebt Jong-un lange Ansprachen.

Wie Pak darlegt, besteht seine Verhandlungsstrategie darin, Spannungen zu erzeugen sowie Ängste zu schüren und je nach Situation die USA, Japan, Südkorea oder China zu verärgern, um dann im Zeichen einer vorgetäuschten Entspannung politische und wirtschaftliche Zugeständnisse abzupressen.

● Trump überschätzte sich

US-Präsident Trump habe geglaubt, mit seinem Verhandlungsgeschick den Nordkoreaner zum Verzicht auf Atomwaffen zu bewegen. Er habe CIA-Warnungen negiert und weder Kims Charakter noch dessen bisheriges Verhalten hinterfragt. Kims Verpflichtung, „auf eine vollständige Denuklearisierung hinzuwirken“, sei nichtssagend.

Sein Ziel seien Sicherheitsgarantien der USA und die Rücknahme der von ihnen verhängten Sanktionen. Den Fortbestand der Kim-Dynastie glaube Jong-un durch weitere Unterdrückung seiner Untertanen und Fortsetzung seines Atomwaffenprogramms zu sichern.



Jung H. Pak: „Kim Jong-un“, DuMont-Verlag, Köln 2020, gebunden, 416 Seiten, 24 Euro

● ZEITGESCHICHTE

Mordermittlung im Nachkriegs-Berlin

In seinem fünften Roman lässt Harald Gilbers Kommissar Richard Oppenheimer den Fall eines vom Turm gefallenen Mannes untersuchen

VON ANGELA SELKE

„Hungerwinter“ ist der fünfte Roman, den Harald Gilbers über den jüdischen Kriminalbeamten der Mordkommission Richard Oppenheimer geschrieben hat. Gilbers führt mit dem Kommissar durch das kriegszerstörte Berlin im Jahr 1947. Es ist Anfang November, die ersten Schneeflocken fallen und kündigen einen harten Winter an, bei dem wieder viele Menschen leiden und sterben werden, denn die Häuser sind immer noch einsturzgefährdet und in jeder möglichen Kellernische oder löcherigen Wohnung richten Menschen sich ein. Sie verfeuern selbst Türzargen in den Büros, in denen sie in Mantel und Hut arbeiten. Ein Ersatzkaffee aus Bucheckern ist eine der Freuden, die noch möglich sind.

Kommissar Oppenheimer ist beauftragt, einen Mord aufzuklären. Ein Mann ist von einem Turm gefallen, oder es wurde nachgeholfen. In seinem Mantel befanden sich Ausweis- und Ausreisepapiere nach Argentinien. Es stellt sich heraus, dass diese Papiere sehr wertvoll sind, denn sie ermöglichen hochrangigen Nationalsozialisten die Flucht aus Deutschland sowie die Nachverfolgung ihrer Untaten im Krieg.

Diese Fahndung ist nicht ungefährlich für die Ermittler. Die vier Besatzungsmächte sind sich in keiner Weise einig, es ist schwierig, in einem russisch besetzten Gebiet zu ermitteln, manche kamen danach nicht wieder. Gilbert hat eine sehr

ausführliche und anschauliche Schreibweise, durch die der Leser sich die historischen Umstände, Nachkriegsdeutschland und das Elend auch emotional gut vorstellen kann.

Man kann es sich heute nicht mehr vorstellen, welche Freude eine richtige Tasse Kaffee hervorrufen kann oder ein Geschenk zu Weihnachten.

Die Menschen sind sehr dankbar für alles Essbare, und alle versuchen, durch diese schwere Zeit zu kommen – ein Ende ist noch nicht in Sicht. Jeder handelt auf dem Schwarzmarkt, selbst Kinder sind reine Überlebenskünstler geworden und hausen, wenn sie ihre Familie verloren haben, in Gruppen in Ruinen. Sie sind auf sich gestellt und handeln skrupellos. Bei Not und Hunger kommt das menschliche Tier zum Vorschein. Das hat sich auch zwei Jahre nach dem Krieg nicht geändert.

Gilbers hat gut recherchiert und erwähnt einige Tatsachen, die im Allgemeinen nicht bekannt sind. Seine Romane sind sehr zu empfehlen, führen sie dem Leser doch das vergessene Elend vor Augen, welches der Zweite Weltkrieg hervorgerufen hat und auch die Deutschen erlitten haben. Das sollte man nie vergessen.



Harald Gilbers: „Hungerwinter“, Knaur Verlag, München 2020, Taschenbuch, 446 Seiten, 9,99 Euro



**Kaffeeteller
Schlesien**
Steingutbecher mit
Goldrandverzierung
Nr. P A0804 12,95 €



**Kaffeeteller
Oberschlesien**
Porzellanbecher mit
den Wappen von
Oberschlesien
Nr. P A0812 12,95 €



Hanna Caspian
**Gut Greifenau –
Abendglanz**
Roman – Greifenauerie Band 1
560 Seiten/Taschenbuch
Nr. P A1329 9,99 €

Downton Abbey in Hinterpommern von 1913 bis 1919 – Der erste Teil der großen Familien-Saga über eine Grafen-Familie zwischen Tradition und wahrer Liebe am Vorabend des 1. Weltkriegs. Mai 1913: Konstantin, ältester Grafensohn und Erbe von Gut Greifenau, wagt das Unerhörte: Er verliebt sich in eine Bürgerliche, schlimmer noch – in die Dorflehrerin Rebecca Kurscheid, eine überzeugte Sozialdemokratin. Die beiden trennen Welten: nicht nur der Standesunterschied, sondern auch die Weltanschauung. Für Katharina dagegen, die jüngste Tochter, plant die Grafenmutter eine Trauung mit einem Neffen des deutschen Kaisers – obwohl bald klar ist, welch ein Scheusal sich hinter der aristokratischen Fassade verbirgt. Aber auch ihr Herz ist anderweitig vergeben. Beide Grafenkindest spielen ein Versteckspiel mit ihren Eltern und der Gesellschaft.



Hanna Caspian
**Gut Greifenau –
Nachtfeuer**
Roman – Greifenauerie Band 2
560 Seiten/Taschenbuch
Nr. P A1330 9,99 €

Der 2. Band der großen Familien-Saga um das Gut Greifenau von Hanna Caspian voller dramatischer Verwicklungen für alle Leser von Anne Jacobs und alle Fans von Downton Abbey. August 1914: Der Erste Weltkrieg beginnt, und Konstantin muss an die Front. Sein Vater ist unfähig, das Gut zu führen, das bald hochverschuldet ist. Die Verbindung von Katharina mit dem Kaiserneffen Ludwig von Preußen wird nun zur Überlebensfrage. Doch Ludwig tritt nicht nur seiner Verlobten Katharina zu nahe ... Es droht ein Skandal! Katharina setzt ihre ganze Hoffnung auf eine Rettung durch den Industriellensohn Julius. Doch soll eine Ehe mit ihm nur den Eintritt in den Adelsstand ermöglichen? Und dann ist da noch der Kutscher Albert, der sein Geheimnis nur im Dorf Greifenau klären kann.



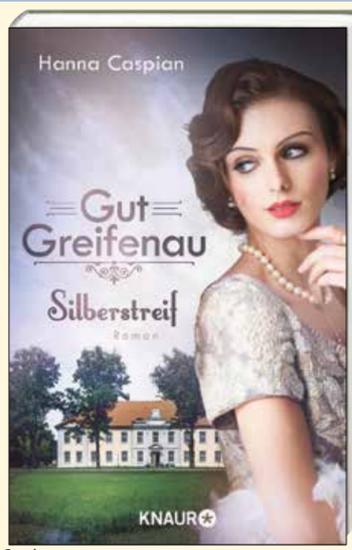
Hanna Caspian
**Gut Greifenau –
Morgenröte**
Roman – Greifenauerie Band 3
576 Seiten/Taschenbuch
Nr. P A1364 9,99 €

Der 3. Band der großen Familien-Saga um das Gut Greifenau von Hanna Caspian voller dramatischer Verwicklungen für alle Leser von Anne Jacobs und alle Fans von Downton Abbey. 1918 ist der Frieden mit Russland in greifbarer Nähe. Nach einem Mordanschlag ist es fraglich, ob Konstantin das noch erleben wird. Immerhin pflegte die Dorflehrerin Rebecca ihn aufopferungsvoll. Graf Adolphus indes ist verzweifelt. Durch den Kauf von Kriegsanleihen ist das Gut hoch verschuldet. Gräfin Feodora drängt Katharina zur Hochzeit mit dem Scheusal Ludwig, einem Neffen des Kaisers. Diese Verbindung wird zur Überlebensfrage für Gut Greifenau. Doch Katharinas Herz schlägt für den Industriellensohn Julius. Kurz vor der Hochzeit flieht sie. In Berlin gerät sie mitten in die Wirren der Novemberrevolution. Der Krieg ist zu Ende und der Kaiser selbst geflohen.



Hanna Caspian
**Gut Greifenau –
Goldsturm**
Roman – Greifenauerie Band 4
576 Seiten/Taschenbuch
Nr. P A1493 9,99 €

Der 4. Band der großen Familien-Saga um das Gut Greifenau in Pommern von Hanna Caspian. Konstantin und Rebecca kämpfen mit den Folgen, die Misswirtschaft und Krieg auf ihrem Pommerschen Gut hinterlassen haben. Doch schwerer als die aufkommende Hyperinflation wiegen die persönlichen Schicksalsschläge. Noch ist nichts entschieden, wenn es um Greifenau geht – nicht, solange Konstantin keinen Erben hat. Die ehemalige Komtesse Katharina dagegen kann sich alles leisten, was sie will. Dieser Luxus ist nicht nur allzu verführerisch, er führt auch zu Neid, der in Bösartigkeit umschlägt. Doch bleibt Katharina der eine große Traum vom Medizin-Studium versagt. Daran ist sie allerdings nicht ganz unschuldig. Erst als sie das erkennt, findet sie zurück auf ihren Weg. Das gefällt allerdings nicht allen.

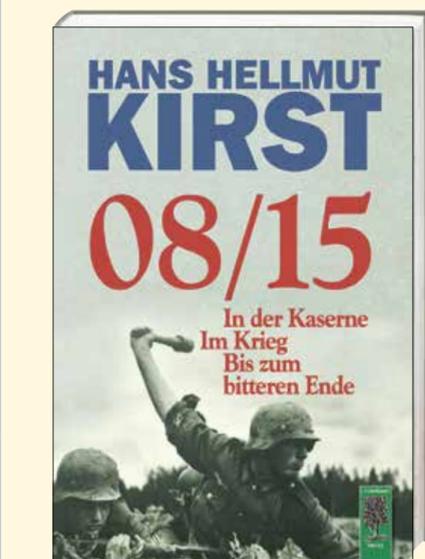


Hanna Caspian
Gut Greifenau – Silberstreif
Roman – Greifenauerie Band 5
Der 5. Band der erfolgreichen Familiensaga von Bestseller-Autorin Hanna Caspian. Herbst 1923: Deutschland befindet sich auf dem Höhepunkt der Hyperinflation. Das Geld verliert stündlich seinen Wert, Existenzen werden vernichtet, die Menschen sind verzweifelt. Auch an den Bewohnern von Gut Greifenau geht die Wirtschaftskrise nicht spurlos vorbei. Doch dann kommt ausgerechnet die Inflation Konstantin zu Hilfe, und er kann das bedrohte Familiengut retten. Als Konstantins geliebte Frau Rebecca ein Mädchen zur Welt bringt, scheint das Glück vollkommen. Doch immer noch schwelt in Rebecca die Angst vor Konstantins hinterhältigem Bruder Nikolaus, und auch das Gutpersonal taumelt von einer Krise in die andere. Währenddessen scheint Katharina endlich ihren Traum vom Medizinstudium verwirklichen zu können. Opulent, brillant recherchiert und fesselnd geschrieben. 544 Seiten
Nr. P A1563 Taschenbuch 9,99 €

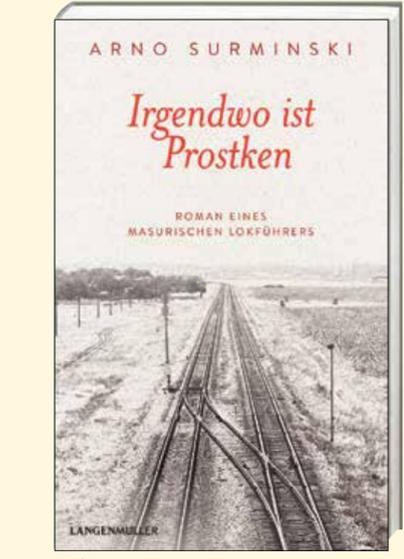


Der 2. Weltkrieg
• Die Hitlerjugend
• Die Wehrmacht
• Sturmtruppen
Laufzeit: ca. 162 Minuten/DVD
Nr. P A1192 9,99 €

Der Zweite Weltkrieg forderte weltweit rund 60 Millionen Menschenleben. Auf seinem Höhepunkt waren zwei Drittel aller Staaten und drei Viertel der Weltbevölkerung davon betroffen. Dieser zweite, weltumspannende Konflikt des 20. Jahrhunderts brachte neue, verheerende Waffentechnologien und nicht gekannte Formen der Kriegsführung hervor. Die britische Serie dokumentiert anschaulich die militärischen Aspekte eines Krieges, der im Abwurf der ersten Atombomben über Hiroshima und Nagasaki gipfelte und eine neue Weltordnung hervorbrachte. Jeder der drei Filme in dieser DVD-Box hat eine Laufzeit von ca. 54 Minuten.



Hans Hellmut Kirst
08/15
Trilogie: In der Kaserne, Im Krieg, Bis zum bitteren Ende
Null-acht-fünfzehn war ein Universalwort des deutschen Soldaten über ständig wiederkehrende Typen, Dinge und Geschehnisse seines Alltags, über Routinehandlungen, die ihren Sinn längst verloren hatten, über Schikanen und Qualen, die man hinnahm, ohne mit dem "Warum" zu fragen. Hass und Eulenspiegelerei, Tragik und grimmiger Humor, Anklage und ein unerschütterlicher Glaube an die Würde des Menschen und den Sieg des gesunden Menschenverstandes geben diesem einmaligen Buch von deutschen Soldaten das Gepräge. Entscheidend aber bleibt die bedingungslose Absage des Autors an den Krieg, an die Unmenschlichkeit und an die Mächte des Chaos.
890 Seiten
Nr. P A1528 Kartoniert 38,00 €



Arno Surminski
Irgendwo ist Prostken
Roman eines masurischen Lokführers
Wilhelm Bubatz, 1888 im masurischen Prostken geboren, träumt seit früher Jugend davon, Lokomotivführer zu werden. Als junger Eisenbahner gehört er zur Armee des Kaisers und fährt von Tannenberg bis Verdun. Im nächsten Weltkrieg ist er wieder unterwegs, befördert Kohle und Menschen, auch in die Konzentrationslager Sachsenhausen und Auschwitz. Die Fracht ist egal – er erfüllt seine Pflicht, schweigt und leidet ... Eindringlich schildert Arno Surminski die Schrecken der Weltkriege, Flucht und Vertreibung – lebendige Geschichte aus der Perspektive der einfachen Leute. Arno Surminski, 1934 in Jäglack/Ostpreußen geboren, wuchs als Flüchtlingskind im schlesisch-holsteinischen Trittau auf. Er hat 19 Bücher veröffentlicht, darunter die Bestsellerromane „Johanneken“, „Sommer vierundvierzig“ sowie den Erzählband „Die masurischen Könige“. 384 Seiten
Nr. P A1538 Gebunden mit Schutzumschlag 24,00 €

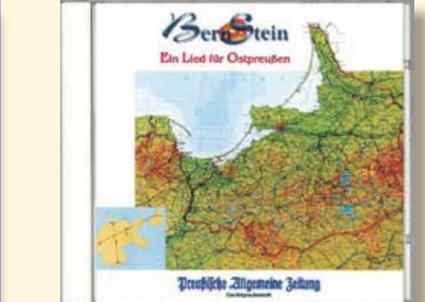


Buchständer aus Holz und Stoff für kleinere Bücher
Für Bücher mit einer Buchhöhe von maximal 24 cm. Mehrere einstellbare Lesewinkel fördern eine den Rücken schonende Sitzhaltung. Farbe des Bezugs: Blau
Nr. P A0443 Buchständer aus Holz 9,95 €



Der 2. Weltkrieg
• Die Deutsche Luftwaffe
• Der Luftkrieg
• Die Deutschen Fliegeraspekte
Laufzeit: ca. 164 Minuten/DVD
Nr. P A1231 7,99 €

Der Zweite Weltkrieg forderte weltweit rund 60 Millionen Menschenleben. Auf seinem Höhepunkt waren zwei Drittel aller Staaten und drei Viertel der Weltbevölkerung davon betroffen. Dieser zweite, weltumspannende Konflikt des 20. Jahrhunderts brachte neue, verheerende Waffentechnologien und nicht gekannte Formen der Kriegsführung hervor. Die britische Serie dokumentiert anschaulich die militärischen Aspekte eines Krieges, der im Abwurf der ersten Atombomben über Hiroshima und Nagasaki gipfelte und eine neue Weltordnung hervorbrachte. Jeder der drei Filme in dieser DVD-Box hat eine Laufzeit von ca. 55 Minuten.



Bernstein – Ein Lied für Ostpreußen
Lieder: Ostpreußen, mein Heimatland; Hafflied; Sie sagen all, du bist nicht schön; Königsberg in Preußen; Abends treten Elche ...; Wild flutet der See; Rominter Heide; Anne Mämel; Ännchen von Tharau; Unsere Nehrung; Allenstein-Lied; Samlands schönste Blume.
Nr. P 9776 CD 10,00 €



Johannes Thiele
DVD – „Solang noch unterm Linden“ – Ein Cocktail aus Spielfilm und Dokumentarfilm
Laufzeit ca. 90 Minuten
Nr. P A1476 DVD 19,95 €

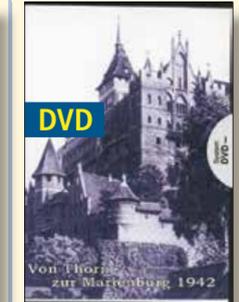
Willi Kollo, Schöpfer des melodien-sprühenden Films, setzt dem Vater Walter Kollo und der Stadt Berlin ein klingendes Denkmal! Ein musikhistorischer Spielfilm von 1958 über das Leben des Operettenkomponisten Walter Kollo, der aus dem ehemaligen ostpreußischen Neidenburg stammt, und die geschichtlichen Hintergründe der Stadt Berlin von 1900–1945. Walter Kollos Lieder sind bis heute lebendig geblieben. Und die Berliner glaubten nach der Teilung ihrer Stadt fest daran, dass jene Melodie, der sein Sohn Willi 1958 für diesen Film neue, strahlende Worte gegeben hatte, eine Prophezeiung ist, die einmal Wirklichkeit werden wird! Und seit 1989 ist diese endlich in Erfüllung gegangen und der Weg durchs Brandenburgertor nun schon seit 30 Jahren wieder offen.



Fritz Baumgarten
Schnatterich und Puttiputt (Format 27 x 21 cm)
Herr Schnatterich, der Enterich, sagt: Puttiputt, so geht das nicht! Willst du in deinen jungen Tagen dich hier mit Eierlegen plagen? Komm mit, wir ziehen in die Welt! Sollst sehen, wie dir das gefällt! Fritz Baumgarten, der ein umfangreiches Werk hinterlassen hat, gehört zu den bekanntesten deutschen Kinderbuchillustratoren. 24 Seiten
Nr. P A1256 Gebunden 8,95 €



DVD – Von Elbing nach Tannenberg 1912
DVD mit historischen Aufnahmen (Laufzeit ca. 25 Minuten)
Nr. P 9293 DVD 19,95 €



DVD – Von Thorn zur Marienburg 1942
DVD mit historischen Aufnahmen (Laufzeit ca. 25 Minuten)
Nr. P 9295 DVD 19,95 €



DVD – Das war Königsberg
DVD mit historischen Aufnahmen (Laufzeit ca. 25 Minuten)
Nr. P 9294 DVD 19,95 €



DVD – Flug über Nord-Ostpreußen – Tl. 1 Die Küste
DVD mit den schönsten Abschnitten der ostpreußischen Küste (Laufzeit 52 Minuten)
Nr. P 9462 DVD 14,95 €



DVD – Schlesien wie es war ...
In Filmaufnahmen aus den 20er/30er Jahren wird Schlesien wieder lebendig.
Spielzeit: ca. 55 Minuten
Nr. P 9478 DVD 12,95 €



DVD – Reise nach Schlesien
Breslau und Umgebung – Riesengebirge – 6 Bonusfilme Historisches Schlesien
Spielzeit: ca. 130 Minuten
Nr. P 9774 DVD 12,95 €

RAUTENBERG BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:
RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg
Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,50*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname Name

Straße/Nr. Telefon

PLZ/Ort

Datum Unterschrift

● AUFGESCHNAPPT

Sie sind die letzte Bastion der Geselligkeit im öffentlichen Raum: Glühweinstände. Es war daher wohl absehbar, dass die Politik hier als Nächstes aktiv wird. Mehrere Städte von Leipzig bis Lüneburg hatten bis Dienstag den Alkoholausschank in der Öffentlichkeit bereits verboten, zwei von sieben Hamburger Stadtbezirken ebenso. Baden-Württembergs Gesundheitsminister Manne Lucha (Grüne) will ein Verdict für sein ganzes Bundesland, und in Berlin schießen sich die Medien auf die Stände ein. Kritiker sehen hier vor allem Aktivismus am Werk. Tatsächlich sind selbst große Menschenansammlungen unter freiem Himmel bislang kaum als Ansteckungsbrennpunkte hervorgetreten. Der Feldzug gegen den Ausschank an der Straße kontrastiert zudem augenfällig mit der relativen Gleichgültigkeit, mit der enges Gedränge in den öffentlichen Verkehrsmitteln der Ballungsräume oder den Schulbussen des ländlichen Raums begegnet wird, zumal die Wirksamkeit der allermeisten Masken bei so großer Nähe im geschlossenen Raum begrenzt sein soll. H.H.



● STIMMEN ZUR ZEIT

Nikolaus Blome kritisiert bei „ntv“ (3. Dezember) die immer neuen Verschärfungen von Corona-Restriktionen in einzelnen Ländern und den „Verlängerungsbeschluss“ bis 10. Januar:

„Die Verantwortlichen sollten die Bürger nicht für dumm verkaufen ... Etwas ‚Verlängerung‘ zu nennen, was sich rasch als ‚Verschärfung‘ entpuppt, nutzt niemandem, auch den Politikern nicht. So geht nur das Vertrauen der Bürger verloren, dass die Runde im Kanzleramt weiß, was sie tut. Und vor allem: tut, was sie sagt.“

Alexander Kissler beschreibt anlässlich der Debatte über eine weitere Gebührenerhöhung in einem von „Focus-online“ (7. Dezember) veröffentlichten Gastbeitrag die frappierende politische Einseitigkeit der öffentlich-rechtlichen Sender:

„Nachrichtenmoderatoren lassen sich von zugeschalteten Gästen die eigene Meinung soufflieren. Politische Magazine wirken – nicht immer, aber oft – wie gebildete Wahlprogramme der Grünen. Büchersendungen gehorchen dem Motto ‚Linkes von Linken für Linke‘, in Kulturprogrammen wird von Kant mehr Diversity und von Bruckner weniger Abendland verlangt.“

Berlin-Neuköllns neuer Bezirksbürgermeister Martin Hikel (SPD) beklagt gegenüber dem „Tagesspiegel“ (5. Dezember), wie ein falscher „Antirassismus“-Affekt die Integration von Ausländern behindert habe:

„Heinz Buschkowsky wurde als Rassist beschimpft, weil er die Bußgelder für das Schulschwänzen ernst genommen hat ... Er hat nicht ‚Ausländer raus‘ geschrieben, sondern ‚alle rein in die Schule‘, Sozialkompetenz und Mathe und Selbstermächtigung lernen. Und dafür wurde er – auch in der eigenen Partei – ausgebuht.“

Sachsen-Anhalts entlassener Innenminister und ehemaliger CDU-Chef Holger Stahlknecht sprach mit der Magdeburger „Volksstimme“ (4. Dezember) über die geplante Erhöhung der Rundfunkgebühren:

„Es wird der Eindruck erweckt, es gehe nur um 86 Cent ... Insgesamt reden wir hierbei jedoch über eine Summe von 1,5 Milliarden Euro in vier Jahren, die die öffentlich-rechtlichen Sender pro Jahr mehr bekommen sollen. Es wird aber eine Stimmung organisiert, die von einer sachlichen Debatte ablenken soll.“

Zur Rolle der öffentlich-rechtlichen Sender sagte Stahlknecht in dem Gespräch:

„Ich beobachte mit Sorge, dass wir zunehmend eine von einer intellektuellen Minderheit verordnete Moralisierung erleben. Diese entfernt sich völlig von dem, was das Alltagsleben der Menschen bestimmt.“

● WORT DER WOCHE

„Deutschland ist die weltweit wohl einzige Demokratie, die den Inlandnachrichtendienst gegen Parteien einsetzt, die in Konkurrenz zu den regierenden Parteien stehen.“

Roger Köppel, Chefredakteur, in der Schweizer „Weltwoche“ (1. Dezember) zur Beobachtung der AfD durch den Verfassungsschutz

DER WOCHENRÜCKBLICK

Sommerferien

Was die Politik die ganze Zeit gemacht hat, und wer das am Ende bezahlen soll

VON HANS HECKEL

Es breitet sich eine gewisse Nervosität aus, die wir durchaus verstehen können. In immer schnellerer Folge prasseln Forderungen nach weiteren Verboten und schärferen Corona-Vorschriften aus Politikermündern. Man kommt gar nicht mehr nach, was da alles auf uns zu kommen soll.

Die Politik scheint ziemlich überrascht zu sein über die jüngste Entwicklung des Corona-Geschehens, was wiederum jeden überraschen muss, der ein Gedächtnis hat. Erinnern wir uns an den vergangenen Mai, als die erste Welle gerade hinter uns lag. Keiner sollte sich einbilden, dass die Krise nun hinter uns liege, mahnten uns säuerliche Politikern damals. Wer auf sich hielt, raunte den gesamten Sommer hindurch von der „zweiten Welle“, die uns spätestens im Oktober heimsuchen werde, wenn wir nicht alle ganz artig seien. Wir waren artig, Restaurants bauten Plexiglaswände zwischen die Sitzgruppen, Kneipen rückten die Hocker auseinander, alles verschwand hinter Masken.

Wirte, Hoteliers, Ladenbetreiber werkelteten unter Hochdruck den ganzen Sommer hindurch an der Verfeinerung ihrer „Hygiene- und Abstandskonzepte“, von Kranken- und Pflegeeinrichtungen ganz zu schweigen. Aber auch die Politik hat die langen Monate der niedrigen Positiv-Testzahlen nicht ungenutzt verstreichen lassen. Zwischen den wiederkehrenden Ermahnungs-Appellen ans Volk hat man da offenbar vor allem ausgiebig Ferien gemacht.

Anders ist kaum zu begreifen, dass die Herbstwelle niemanden kälter erwischt hat als Angela Merkels Busenfreund Peter Altmaier, der immerhin über Jahre ihr Kanzleramt geleitet hatte, ehe er in seine jetzige Position des Bundeswirtschaftsministers aufstieg. „Schnell und unbürokratisch“ werde man denen helfen, deren Geschäfte im Zuge des zweiten Lockdowns dichtgemacht worden seien, versprach Altmaier bereits Ende Oktober.

Und was geschah? Erst einmal nichts. Mittlerweile gilt es schon als Hoffungsschimmer, wenn die „Novemberhilfe“ im Januar bei den strauchelnden Adressaten eintrudeln sollte. Wann haben es wohl die Zahlungen für den Dezember zu den Unternehmen geschafft? Verraten wir nicht, nur so viel: Das wird ein wundervolles Osterfest!

Am 25. November endlich durften die Gewerbetreibenden die erlösende Botschaft lesen: Ab jetzt könnten die Hilfen für den fast ausgehauchten Monat beantragt werden. Doch obwohl, wie verlautet, die Beantragung wegen der komplizierten Bürokratie „nicht ganz einfach“ sei, versprach Altmaier abermals, die Hilfe werde „schnell und unbürokratisch“ geleistet.

Ist das noch Frechheit oder schon Verzweiflung? Vermutlich keines von beidem. Die Phrase von der „schnellen und unbürokratischen Hilfe“ hatte sich nur schon derart fest im Floskelkopf des Politikers festgefressen, dass sie ganz von selbst aus ihm herausperlt, sobald es irgendwo irgendwas zu „helfen“ gibt. Er merkt gar nicht mehr, wie urkomisch dieser Satzbaustein bei der Vorgeschichte wirken muss. Glücklicher Altmaier, den bringt nichts aus seinem Trott, egal was kommt und ganz gleich, wie schief es geht.

Angeblich funktionieren selbst die Computerprogramme zur Abwicklung der Hilfe nicht richtig. Das hätte man natürlich vorher bereinigen können, dafür hatten die Verantwortlichen nur leider gar keine Zeit wegen ihrer langen Sommerferien ab Mai. Sie kamen sogar im September noch nicht dazu, als die Möglichkeit eines zweiten Lockdowns bereits durch die Medien gefächelt wurde, weshalb wir annehmen dürfen, dass die Novemberschließung hinter den Kulissen der Politik da schon längst ernsthaft erwogen wurde.

Mitten im Getümmel stolpert die Regierung nun auch noch über das EU-Recht, das einem bei staatlichen Zuschüssen für Privatunternehmen streng über die Schulter guckt, damit hier nicht der Wettbewerb verzerrt werde. Dieses Recht haben deutsche Politiker eigentlich mitbeschlossen.

Dennoch hieß es erst vor einigen Tagen, man sei diesbezüglich „in Gesprächen“ mit der EU-Kommission. Heißt das, die allseits bekannten EU-Richtlinien zum fairen Wettbewerb hatte in Berlin ebenfalls niemand auf dem Radar, weshalb erst jetzt „Gespräche“ darüber geführt werden, wo das Geld doch schon längst bei den leidenden Unternehmen sein müsste?

An dieser Stelle wird uns klar, wie wichtig und wertvoll die öffentlich-rechtlichen Sender für die politische Kultur und eine harmonische Stimmung in unserem Lande sind. Denn wer außer denen wird Merkel und Co. angesichts all dessen noch für ihre „starke Führung in der Krise“ loben wollen?

„Schnell und unbürokratisch“: Altmaier merkt gar nicht, wie urkomisch diese Phrase nach der Vorgeschichte wirken muss



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de

Zu guter Letzt dringt den politischen Entscheidungsträgern nach und nach ins Bewusstsein, wie teuer all die Milliardenversprechen werden, mit denen sie ihr „starkes Zeichen“ setzen wollten. Bei der Kostenverteilung kriegen sich Bund und Länder immer heftiger in die Haare, seitdem die phantastischen Zusagen zu knallharten Haushaltszahlen gerinnen. Da hatte wohl jeder gedacht, dass er die meisten Kosten im Zuge von „Solidarität und sozialer Gerechtigkeit“ bei einem anderen abladen könne, um selbst nur die Lorbeeren für staatliche Hilfsbereitschaft zu ernten. Das wird aber nichts, wenn alle so denken.

Ja, wer soll das bezahlen? Finanzminister Scholz macht sich nach eigenem Bekunden bereits Gedanken darüber, wie die Lasten nach der Krise „gerecht verteilt“ werden könnten. Wer dabei bereits „Steuererhöhung“ heraushört, kann sich den nächsten Gang zum Ohrenarzt sparen. Sie haben genau richtig verstanden.

Blöderweise sind genau in dem Moment, als Scholz seinen Gedanken erste Flügel wachsen ließ, die Italiener auf die Bühne gesprungen und haben etwas in die Runde geschleudert, was ausgerechnet jetzt nun wirklich nicht hilfreich ist. Während die Deutschen, die ohnehin viel höhere Steuern und Abgaben zahlen als ihre römischen Freunde, auf weitere Lasten vorbereitet werden, diskutieren einflussreiche Regierungskreise in Rom die Forderung, man möge Italien doch einen Großteil seiner Schulden erlassen. Mit „man“ sind am Ende der Zählerkette vor allem wir gemeint, die Deutschen.

Während nämlich die Hilfen an zwangsgeschlossene deutsche Klein- und Mittelbetriebe auf sich warten lassen, ist man am Tiber schon groß am Planen, was man mit seinem Teil der 750-Milliarden-Corona-Beute aus dem EU-Säckel alles anstellen könnte. Vor allem denken italienische Politiker da an Entlastungen für die von der Lockdown-Krise schwer gebeutelten italienischen Steuerzahler.

Wie solche Gedanken bei deutschen Steuerbürgern ankommen, die ohnehin schon mehr zahlen müssen als fast alle anderen (zumal als die Italiener) und denen man statt Entlastung eine „Teilhabe“ an den Lasten in Aussicht stellt, muss sich zeigen. Am besten, wir reden gar nicht so viel über diese Sache. Sie weckt nur ungute Gefühle und könnte von den Populisten missbraucht werden, um Zweifel an der EU zu säen.